

ERNÄHRUNGS

WENDE!

EUROPÄISCHE
FALLSTUDIEN

Nachhaltige Ernährung in Schulen. Fallbeispiele aus Österreich und Schweden

Materialienband

Mag^a. Gabriele Mraz, Mag^a. Roswitha Hofmann,

Markus Gruber, Esther Egger-Rollig

Österreichisches Ökologie-Institut

Wien, September 2005

„Ernährungswende – Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungsverbundes Ökoforum unter der Leitung des Öko-Instituts. Beteiligt sind folgende Verbundpartner:

- Öko-Institut e.V. – Institut für angewandte Ökologie
- Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
- KATALYSE – Institut für angewandte Umweltforschung
- Österreichisches Ökologie-Institut

Nähere Informationen zum Forschungsvorhaben auf der Projekt-Website unter www.ernaehrungswende.de, dort finden Sie Diskussionspapiere und Materialienbände auch als pdf-Datei zum Download.

Das Projekt wird im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Zusammenfassung	4
1 Fragestellung und Zielsetzung	5
2 Methode	6
3 Rahmenbedingungen der Schulernährung in Österreich und Schweden	7
3.1 Länderspezifische Strukturdaten	7
3.1.1 Demografie	8
3.1.2 Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Lage	10
3.1.3 Strukturen des Zusammenlebens	14
3.2 Gleichstellungs- und Familienpolitik	16
3.2.1 Schweden	16
3.2.2 Österreich	18
3.2.3 Fazit	18
3.3 Bildungspolitik und Schullandschaft	19
3.3.1 Schulwesen im Vergleich	19
3.3.2 Die Diskussion um die Ganztagschule in Deutschland und Österreich....	20
3.3.3 Bildungspolitische Leitbilder	24
3.3.4 Fazit	25
3.4 Ernährung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	25
3.4.1 Ernährungs- und Gesundheitsstatus und -verhalten von Kindern und Jugendlichen im Vergleich	25
3.4.2 Ernährungs- und Gesundheitspolitik in Bezug auf Kinder und Jugendliche	26
3.5 Schulverpflegung	28
3.5.1 Schulverpflegung in Österreich	28
3.5.2 Schulverpflegung in Schweden	32
3.5.3 Fazit Schulverpflegung	35
3.6 Zusammenfassung der Rahmenbedingungen	36

4	Fallbeispiele in Österreich und Schweden	38
4.1	Schulische Fallbeispiele.....	38
4.1.1	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft (HBLA).....	39
4.1.2	Landhauptschule (HS NÖ)	40
4.1.3	Volksschule (VS NÖ).....	41
4.1.4	Hauptschule Graz (MHS).....	44
4.1.5	Ganztagshauptschule Graz	45
4.1.6	Ganztagsvolksschule Wien VSW	48
4.1.7	Ganztagsvolksschule Wien VSA.....	49
4.1.8	Ganztagsvolksschule Wien VSR.....	51
4.1.9	Schwedische Schule am Land SVS1	53
4.1.10	Schwedische Schule (SS)	54
4.1.11	Schule in Stockholm (ES)	55
4.1.12	Schule in Karlstadt (SHS1)	55
4.1.13	Fazit Schulen	57
4.2	Schulische Netzwerke.....	59
4.2.1	Ökolog und Umweltzeichen für Schulen	59
4.2.2	Österreichisches Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen (ÖNGS).....	62
4.2.3	Fazit Netzwerke.....	64
4.3	Gemeinden.....	64
4.3.1	Gemeinde Stockholm, Bezirk Kungsholmen	65
4.3.2	Gemeinde Karlstadt	66
4.3.3	Fazit Gemeinden.....	67
5	Ansatzpunkte für Good Practice einer nachhaltigen Schulernährung in Österreich und Schweden	68
5.1	Good Practice für die Übernahme von Ernährungsverantwortung und für die Entlastung von KonsumentInnen.....	70
5.2	Good Practice für nachhaltige Ernährungsangebote und -strukturen	71
5.3	Good Practice für die Konstituierung eines Politikfelds Ernährung	73
5.4	Ausblick.....	74
	Abkürzungsverzeichnis	75
6	Literatur	76

Zusammenfassung

Nachhaltige Ernährung in Schulen. Fallbeispiele aus Österreich und Schweden im Rahmen des Verbundprojekts Ernährungswende¹

Das Handlungsfeld Ernährung stellt viele europäische Länder vor die gleichen Herausforderungen. Ernährungsabhängige Krankheiten mit ihren sozioökonomischen Folgekosten sind im Zunehmen, die Nahrungsmittelproduktion und –verarbeitung soll umweltverträglicher gestaltet werden, Ernährungskompetenzen schwinden, die Verantwortung für Ernährung ist ungleich verteilt und liegt nach wie vor hauptsächlich in den Haushalten und hier bei den Frauen, es existiert kein eigenes Politikfeld Ernährung.

Für den hier vorliegenden Materialienband wurde der Frage nachgegangen, ob in Schweden und Österreich innovative Alltagspraxen, Erfahrungen und strukturelle Lösungen in der Schulernährung auffindbar sind, die für eine Ernährungswende in Deutschland nutzbar gemacht werden könnten. Dazu wurden Schulen, Netzwerke und Gemeinden interviewt, und die Rahmenbedingungen der beiden Länder recherchiert.

Ergebnis der Untersuchung sind Ansatzpunkte für Good Practice einer nachhaltigen Schulernährung.

Verantwortungsteilung zwischen Staat und Frauen

In Österreich und in Deutschland liegt die Verantwortung für Ernährung großteils in den privaten Haushalten und dort bei den Frauen. Anders ist es in Schweden. Dort wird von staatlicher Seite Verantwortung für die Kinderbetreuung inklusive dem Mittagessen übernommen.

Ein Blick auf die politischen und kulturellen Rahmenbedingungen Schwedens zeigt, dass das Kernstück der schwedischen Gleichstellungspolitik das Leitbild der/des durch Erwerbstätigkeit finanziell unabhängigen Schwedin/Schweden ist. Auch die Familienpolitik ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Seit den 70er-Jahren werden daher berufstätige Eltern bei der Kinderbetreuung unterstützt. Diese Politik hat zu einem Quasi-Monopol des Staates in der Kinderbetreuung geführt.

Die öffentliche Kinderbetreuung wird in Schweden für Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren bereitgestellt, wodurch jedes Kind, unabhängig von seiner/ihrer Herkunft, dasselbe Recht auf Betreuung und schulische Erziehung hat.

Im schwedischen Schulgesetz ist festgelegt, dass jeder Schüler und jede Schülerin ein freies Essen (Finanzierung aus Steuergeldern) erhalten muss. Seit den 70er-Jahren sind nun mehr die Gemeinden für die Bereitstellung des Schulessens verantwortlich.

¹ www.ernaehrungswende.de

Mitbestimmung als zentraler Wert für Strukturen

Die schwedische Bildungspolitik betrachtet demokratische Werte als fundamental verwoben mit organisationalen Strukturen und Ressourcen. Um dem bildungspolitischen Anspruch auf Erziehung zu demokratischen Werten gerecht werden zu können, sollen die Schulen selbst demokratisch organisiert sein. Die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Schulen liegt bei den Gemeinden und somit sind diese verpflichtet Ressourcen zur Verfügung zu stellen und Aktivitäten zu ermöglichen, die im Einklang mit den demokratischen grundlegenden Werte stehen.

Mitbestimmung in der Organisation des Schulessens wird von schwedischen Gemeinden vorgeschrieben. Im Rahmen der Anforderungsspezifikationen an Caterer, die das Schulessen kochen bzw. liefern, wurde definiert, dass auf Betreiben der Firma viermal im Jahr ein sogenannter Essenbeirat abgehalten werden muss. Dieser Essensbeirat wird besetzt aus VertreterInnen der Eltern, der SchülerInnen, der Schulangestellten, der Schuldirektion und des Caterers. Bei diesem Beirat werden eventuelle Probleme und der Bedarf an Veränderungen diskutiert. Die Firma ist verpflichtet, die auf dieser Versammlung beschlossenen Änderungen umzusetzen.

Auch in Österreichs Schulen gibt es alle zwei Monate sogenannte Speiseplansitzungen, die einem ähnlichen Anliegen wie in Schweden dienen.

Leistungsverzeichnisse als integrierte Instrumente für nachhaltige Schulernährung

Leistungsverzeichnisse für Caterer von Schulessen sind Instrumente, in denen die verschiedensten Anforderungen an Schulernährung aufgegriffen werden können. Lebensmittelauswahl und Gestaltung der Mahlzeiten können hier ebenso geregelt werden wie etwa ein Mindestprozentsatz an Öko-Lebensmitteln, verbindliche Qualitätskriterien, die Gestaltung der Speiseräume und die Anlieferung des Essens.

Die Festlegung eines Öko-Anteils in Leistungsverzeichnissen alleine reicht jedoch nicht aus. Schulessen wird in Österreich nicht wie in Schweden über die Gemeinden finanziert, daher können Schulen solche Öko-Beschlüsse manchmal aus finanziellen Gründen nicht erfüllen. Auch in Schweden ist es nicht immer möglich, mit dem vorgegebenen Budget pro Kind Öko-Lebensmittel zu kaufen. Es ist daher notwendig, dass nicht nur politische Beschlüsse vorgegeben werden sondern auch deren Umsetzung finanziell ermöglicht und ein entsprechendes Angebot von Caterern zur Verfügung gestellt wird.

Innerhalb der Leistungsverzeichnisse sollte Flexibilität gegeben sein, damit jede Schule die diversen Bedürfnisse ihrer SchülerInnen befriedigen kann. In Schweden beinhalten Leistungsverzeichnisse die Verpflichtung für die Caterer, Mitbestimmung von Gemeinden, Eltern und EssensgästInnen (SchülerInnen und LehrerInnen) in einem Essensbeirat zu ermöglichen. Die Vorteile einer solchen Mitbestimmungsmöglichkeit liegen auf der Hand. Erfahrungen aus Österreich zeigen etwa, dass Öko-Angebote von Caterern nicht angenommen werden, wenn diese nicht bereit sind auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern einzugehen, z.B. indem sie Menüs für islamische Kinder liefern.

Nachhaltigkeitsgütesiegel als Instrument für die Schulprofilbildung

Mit einem Nachhaltigkeitsgütesiegel können Schulen nach außen ein deutlich sichtbares Zeichen für Nachhaltigkeitsbewusstsein und –engagement setzen und sich damit profilieren. Zugleich etablieren sie nach innen Strukturen, in der die Beschäftigung mit Nachhaltigkeit einen dauerhaften Platz einnimmt.

Beispiele wie das österreichische Umweltzeichen für Schulen bieten bereits Ansatzpunkte, nicht nur Umweltthemen zu bearbeiten, sondern auch Gesundheitsförderung und Ernährung. Um dieses Gütesiegel zu erhalten, müssen die Schulen Kriterien erfüllen, unter anderem auch für Lebensmittel und Schulbuffet.

Ein Kriterienkatalog für ein Nachhaltigkeitsgütesiegel könnte noch viel weitergehende Kriterien beinhalten. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit der Netzwerke für Umweltbildung und für gesundheitsfördernde Schulen an. Kriterien sollten unter Partizipation von allen SchulakteurInnen und schulrelevanten PartnerInnen und NGOs erstellt werden.

Koppelung der Netzwerke aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung

Eine bessere Verbindung der Netzwerke aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung wäre eine interessante Möglichkeit, um von den jeweils erworbenen Erfahrungen profitieren zu können, und um gemeinsame Qualitätskriterien festlegen zu können. Während die Netzwerke der Gesundheitsförderung stark auf Partizipation und Settingansatz Wert legen, können die Umweltbildungsnetzwerke den in der Gesundheitsförderung oft vernachlässigten Aspekt der Umweltverträglichkeit einbringen. So könnten z.B. gemeinsame Kriterien für die Förderung von Schulprojekten erstellt werden, oder ein wie oben bereits erwähntes gemeinsames Gütesiegel für nachhaltige Schulen entwickelt werden.

Die schwedische Ernährungspolitik

Die schwedische Regierung genehmigte bereits 1995 einen Aktionsplan für Ernährung ("Schweden Nutrition Action Plan"), der von 1999 bis 2004 umgesetzt wurde. Im Zuge der Evaluierung der Effekte des Aktionsplans wurde eine Reihe von Defiziten festgestellt und in Forderungen für einen neuen Aktionsplan umgelegt (NFA 2005). Unter anderem ist die Forderung inkludiert, dass alle AkteurInnen, die von dem Aktionsplan betroffen sind, mitbestimmen können.

So wurden im März 2004 drei Hearings abgehalten, an denen VertreterInnen der Regierung, diverser Behörden und Organisationen, der Universitäten, Gemeinden, NGOs, des Gesundheitssektors, aus Schulen, Apotheken etc. teilnahmen. Es wurden 79 Vorschläge in den Bereichen lokale Umgebung, Schulen und Vorschulen, Gesundheits- und Medizinservices, professionelles Training und Kommunikation, Arbeitsplatz und Lebensmittelsektor als Basis für den zukünftigen Aktionsplan erarbeitet.

Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden prioritär gesetzt. Sie betreffen die Lehrpläne (auch für LehrerInnenbildung), die Vergabe von Geldmitteln, die Erstellung von Qualitätsindikatoren und Monitoringprogrammen, Vorschläge für gesetzliche Regelungen, aber auch außerschulische Ziele wie etwa das EU-weite Verbannen von Lebensmittelsmittelwerbung für Kinder aus dem Fernsehen. Auch wird die Wichtigkeit einer gendersensiblen Vorgangsweise betont.

Da in Deutschland die fragmentierte Ernährungspolitik als Problem definiert wurde, könnte die Vorgangsweise für die Erstellung des schwedischen nationalen Aktionsplans, der übergreifend verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert, als Vorbild dienen. Die Einbindung aller relevanten AkteurInnen bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen politischen Konzepts zu ermöglichen hat sich als notwendig erwiesen, wie die Evaluation des ersten schwedischen Aktionsplans zeigte.

Diese Ergebnisse werden in die Erstellung von Leitlinien für eine Ernährungswende in Deutschlands Schulen einfließen. Diese Leitlinien sind ab Juni 2005 verfügbar.

1 Fragestellung und Zielsetzung

Das Handlungsfeld Ernährung stellt viele europäische Länder vor die gleichen Herausforderungen. Ernährungsabhängige Krankheiten mit ihren sozioökonomischen Folgekosten sind im Zunehmen, die Nahrungsmittelproduktion und –verarbeitung soll umweltverträglicher gestaltet werden, Ernährungskompetenzen schwinden, die Verantwortung für Ernährung ist ungleich verteilt und liegt nach wie vor hauptsächlich in den Haushalten und hier bei den Frauen, es existiert kein eigenes Politikfeld Ernährung (vgl. Eberle u.a. 2005).

In jedem Land werden entsprechend den spezifischen kulturellen und politischen Rahmenbedingungen und den vorhandenen institutionellen Strukturen Strategien zum Umgang mit diesen Problemen entwickelt. Diese unterschiedlichen Perspektiven sollen für das vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Projekt „Ernährungswende“, in dessen Rahmen dieser Materialienband erarbeitet wurde, nutzbar gemacht werden.

Da Ernährungsverhalten nicht nur im Elternhaus, sondern insbesondere in der Pflichtschule eingeübt wird, kristallisierte sich dieser Bereich als Recherchefeld des Moduls "Ernährung außer Haus" des Projekts Ernährungswende heraus. Im Projektverlauf erfolgte zudem aufgrund der verstärkten Manifestation des politischen Willens in Deutschland hinsichtlich der Einrichtung von Ganztagschulen eine Fokussierung auf Schulen mit Ganztagsbetreuung bzw. Nachmittagsbetreuung vorgenommen.

Für den hier vorliegenden Materialienband wurde der Frage nachgegangen, in welchen Ländern innovative Alltagspraxen, Erfahrungen und strukturelle Lösungen in der Schulernährung auffindbar sind, die für eine Ernährungswende in Deutschland nutzbar gemacht werden könnten. Zu diesem Zweck wurden in zwei EU-Ländern Recherchen durchgeführt.

Österreich wurde als Länderbeispiel gewählt, weil hier eine zunehmende Ökologisierung der Ernährung festzustellen ist und damit einhergehend das Bestreben Ernährung in Schulen und Großküchen von Landeseinrichtungen nachhaltiger zu gestalten. Schweden bot sich als Beispiel an, weil sich aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedingungen in diesem Land einen gänzlich anderes Verständnis von Schulernährung als in Österreich oder Deutschland etablieren konnte.

Ziel der Recherche in diesen beiden Ländern war die Identifikation von für das Thema relevanten

- historischen, gesetzlichen, kulturellen, ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund des sozialen Wandels in Österreich und in Schweden,
- von Strukturen (Regeln und Ressourcen), sowie
- von Alltagspraxen, Erfahrungen und Problemlösungen

die eine nachhaltige Schulernährung ermöglichen und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für eine Ernährungswende in Deutschland unterstützen können.

2 Methode

Zur Erreichung der Untersuchungsziele wurde folgende Vorgangsweise gewählt: Ausgehend von der Frage, welche Rahmenbedingungen, Strukturen und Alltagspraxen der Schulernährung in Österreich und Schweden für eine Ernährungswende in Deutschland nutzbar gemacht werden können, wurden Literatur und Desktop-Recherchen sowie explorative ExpertInneninterviews durchgeführt.

In einem zweiten Schritt wurden in beiden Ländern Schulen recherchiert, die Ernährungsprojekte durchführen bzw. durchgeführt haben. Diese Schulen wurden anhand der Kriterien Problembewusstsein, Neuigkeitsgrad des Projekts, Kooperationsbeziehungen, partizipative Prozesse sowie Verbesserungspotenziale ausgewählt. Diese Kriterien wurden entlang einer dementsprechenden Arbeitsdefinition von Innovation entwickelt. Es folgten Leitfadenterviews mit den Ernährungsverantwortlichen dieser Schulen.

Durch die verstärkte Orientierung des Gesamtprojekts an den Prämissen nachhaltiger Ernährung (nachhaltige Ernährung ist umweltverträglich, gesundheitsfördernd, alltagsadäquat und soziokulturell vielfältig, vgl. Eberle u.a. 2005) sowie die zunehmende Diskussion über die Schaffung von Ganztagschulen in Deutschland und Österreich wurden in einem dritten Schritt speziell Schulen mit Ganztagsangeboten im urbanen Bereich und Schulnetzwerke bearbeitet. In Österreich wurden als Fallbeispiele Ganztagschulen aus zwei Bundesländern ausgewählt, die Regelungen zur nachhaltigen Schulverpflegung haben, nämlich aus Wien und der Steiermark (Gemeinde Graz). Neben Desktoprecherchen wurden fünf leitfadengestützte Interviews mit den DirektorInnen dieser Schulen geführt. Weiters wurden zwei VertreterInnen von schulischen Netzwerken interviewt, die zu Ökologisierung und Gesundheitsförderung von Schulen arbeiten.

Im Laufe der Recherche hat sich herausgestellt, dass in Schweden die Gemeinden eine wesentliche Rolle in der Organisation der Schulernährung spielen. Daher wurden für die weitere Untersuchung zwei schwedische städtische Gemeinden ausgewählt (Stockholm und Karlstadt). In jeder der Gemeinden wurde jeweils ein Interview mit der Person durchgeführt, die für Schulernährung zuständig ist.

Die Analyse der Fallbeispiele erfolgte auf Basis der Interviewleitfäden, die entlang der oben erwähnten Prämissen des Gesamtprojekts zu nachhaltiger Ernährung entwickelt wurden. Die Ergebnisse wurden schließlich fallübergreifend zusammengefasst und auf das Forschungsziel – Strukturen, Alltagspraxen, Lösungen und Erfahrungen aufzufinden, die für eine nachhaltige Ernährungswende in der deutschen Schulernährung nutzbar gemacht werden können – bezogen.

Geplantes Endergebnis ist die Zusammenführung der Resultate dieses Materialienbands mit den Ergebnissen des Moduls "Ernährung außer Haus" in Form von Leitlinien für eine nachhaltige Schulernährung. Diese Leitlinien werden im Juni 2005 fertiggestellt.

3 Rahmenbedingungen der Schulernährung in Österreich und Schweden

Fallbeispiele können nur aus ihrem Kontext heraus bewertet werden, vor allem da die Schulernährung zwar in Deutschland und Österreich ähnlich, in Schweden jedoch grundsätzlich anders organisiert ist. Um Fallbeispiele aus Österreich und Schweden für eine Ernährungswende in Deutschlands Schulen nutzbar machen zu können, ist daher eine Untersuchung der Rahmenbedingungen notwendig, die den Fallbeispielen zugrunde liegen.

Die Rahmenbedingungen umfassen neben einer Kurzdarstellung länderspezifischer Strukturdaten einen Überblick über verschiedene für die Schulernährung relevante Politiken wie Gleichstellung-, Familien und Bildungspolitik und die unterschiedlichen Strukturen des Schulwesens. Weiters werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ernährungs- und Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen diskutiert, ebenso wie Ernährungspolitik und konkrete Rahmenbedingungen für den Umgang mit Ernährung, Gesundheit und Umwelt in der Schule.

3.1 Länderspezifische Strukturdaten

Demografische Daten bieten einen ersten Überblick, in wie weit sich Österreich und Schweden von Deutschland unterscheiden und in welchen Aspekten sie ähnliche Strukturen aufweisen. Dafür werden die Größe, die Bevölkerungszahlen inklusive Trends in Zu- bzw. Abnahme, der Anteil an MigrantInnen, der Arbeitsmarkt und die Strukturen des Zusammenlebens verglichen.

3.1.1 Demografie

Österreich

Die Republik Österreich ist mit einer Fläche von rund 83.900 km² das zwölftgrößte Land der EU. Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 wurden etwas mehr als 8 Mio. EinwohnerInnen registriert, das entspricht der vierzehnt-größten Bevölkerungszahl der EU. Von den 8 Mio. leben 1,6 Mio. in Wien (19,3 % der Gesamtbevölkerung). Graz als zweitgrößte Stadt hat 226.000 EinwohnerInnen (2,8 % der Gesamtbevölkerung). Alle anderen Städte haben EinwohnerInnenzahlen unter 200.000.

91 % der österreichischen Bevölkerung haben die österreichische Staatsbürgerschaft, in der Bundeshauptstadt Wien 84 %. Die Herkunftsländer der neuen StaatsbürgerInnen sind vor allem das ehemalige Jugoslawien, die Türkei und Rumänien.

Im Jahr 2001 waren 16,8 % der EinwohnerInnen unter 15 Jahre alt, 67,7 % zwischen 15 und 64 Jahre, und 15,5 % 60 Jahre und älter. Die Lebenserwartung der Männer ist von 1983 bis 2002 um 6,3 Jahre gestiegen (2002: 75,8 Jahre), die der Frauen um 4,9 Jahre (2002: 81,7 Jahre).

Für Österreich wird bis 2050 eine leichte Bevölkerungszunahme auf 8,16 Mio. EinwohnerInnen prognostiziert. Davon sollen 12,2 % unter 15 Jahre, 58,3 % zwischen 15 und 64 und 29,5 % über 65 Jahre alt sein. Während die Anzahl der unter 15-Jährigen um 4,6 % und die der 15 bis 64-Jährigen um 9,4 % abnimmt, steigt die Zahl der 65+-Generation um 14 % an. (alle Daten aus ÖSTAT 2004/1)

Schweden

Schweden ist mit einer Fläche von 450.000 Quadratkilometern flächenmäßig zwar das drittgrößte Land der EU, liegt jedoch mit einer EinwohnerInnenzahl von ca. 9 Mio. an dreizehnter Stelle. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 20 EinwohnerInnen pro km², in den walddreichen Gegenden jedoch nur 1 Person pro km². 760.000 Menschen leben in der Hauptstadt Stockholm. Insgesamt hat Schweden drei Städte mit mehr als 200.000 EinwohnerInnen (Stockholm, Malmö und Göteborg).

Von den 9 Mio. EinwohnerInnen Schwedens sind 5,2 % MigrantInnen. In Stockholm leben 9,2 %, in Karlstadt 3,6 % MigrantInnen.

Die Lebenserwartung schwedischer Männer ist von 1983 bis 2003 um 4,3 Jahre gestiegen (2003: 77,9 Jahre), die der schwedischen Frauen um 2,8 Jahre (2003: 82,4 Jahre).

Im Jahr 2004 waren 17,6 % der schwedischen Bevölkerung bis zu 15 Jahre, 65,2 % bis zu 64 Jahre und die restlichen 17,2 % über 64 Jahre alt. Die Bevölkerungsschätzung bis 2050 ergibt einen prognostizierten Anstieg der Gesamtbevölkerung auf 10,6 Mio., wobei sich die Altersstruktur geringfügig ändert: 17,1 % bis 15-Jährige, 59,9 % bis 64-Jährige und 23,0 % über 65-Jährige werden erwartet. (alle Daten aus Statistics Sweden)

Fazit

Deutschland ist das viertgrößte Land der EU und hat mit 82 Mio. EinwohnerInnen die größte Bevölkerung. Während Österreich und Schweden jeweils nur zwei bzw. drei Städte mit mehr als 200.000 BewohnerInnen haben, hat Deutschland 37 Großstädte mit über 200.000 EinwohnerInnen.

In Deutschland leben zur Zeit 8,9 % MigrantInnen, dies ist vergleichbar mit Österreich (8,8 %), und mehr als in Schweden (5,2 %). Daher sind vor allem Österreich und Deutschland vor ähnliche Herausforderungen gestellt, unter anderem was die Bedürfnisse von MigrantInnen in Schulen und in weiterer Folge auch in der Schulernährung betrifft.

Während in Deutschland bis 2050 eine Abnahme der Bevölkerung prognostiziert wird², wird die EinwohnerInnenzahl in Österreich und in Schweden leicht ansteigen. Die Alterung der Bevölkerung ist in Österreich als stärker eingeschätzt als in Deutschland, sie wird in Schweden jedoch deutlich schwächer ausgeprägt sein.

Die Geburtenrate in Deutschland fällt seit 2000 stetig und lag 2002 bei 1,31 Kindern pro Frau. Währenddessen steigen die Geburtenraten seit 2000 in Österreich und in Schweden an (Stand 2002: Österreich: 1,4, Schweden 1,65). Die Geburtenraten in der EU lagen 2002 zwischen 1,17 und 2,00, wobei sich alle skandinavischen Länder gemeinsam mit Serbien, Mazedonien, Frankreich, den Niederlanden und Irland im obersten Drittel befanden. (Statistics Sweden)

Dass die Geburtenrate in den skandinavischen Staaten relativ hoch ist, scheint im Zusammenhang mit der Gleichstellungs- und Familienpolitik und den daraus folgenden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stehen (siehe Kapitel 3.2).

Eine sinkende Bevölkerungszahl hat auch Folgen für das Bildungssystem. Wenn die Bevölkerung abnimmt, müssen Schulen geschlossen werden, was den Alltag von Kindern und Eltern verändert. Es wird auch weniger Budget für Schulen bereitgestellt, was wiederum Zusatzangebote wie etwa Ernährungsprojekte gefährdet.

² Deutschland: Abnahme der Gesamtbevölkerung von derzeit 82 Mio. auf 76,2 Mio. in 2040, Abnahme der unter 15-Jährigen von 2000 bis 2040 um 4,6 %, Abnahme der 15 bis 64-Jährigen um 7,3 %, Zunahme der Generation 65+ um 11,8 % (Kistler und Huber 2002)

3.1.2 Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Lage

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt und in weiterer Folge auf die verfügbaren Einkommen und die soziale Lage der Bevölkerung in Österreich und Schweden lässt erste Rückschlüsse auf die Organisation bzw. die finanziellen Möglichkeiten verschiedener sozialer Gruppen für die Kinderbetreuung zu. Vor allem die Beschäftigungsrate der Eltern steht in direktem Zusammenhang mit Kinderbetreuungsangeboten, wobei zu berücksichtigen ist, dass Frauen nach wie vor den Großteil der Kinderbetreuungsarbeit übernehmen.

Je mehr Frauen und Männer Vollzeit arbeiten, desto mehr ganztägige Angebote muss es in der Kinderbetreuung und in der Schule geben, oder desto höher müssen die Einkommen sein, um private Kinderbetreuung finanzieren zu können. Diese ganztägigen Angebote müssen Mittagsverpflegung umfassen und in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten der Haushalte gestaltet sein.

Österreich

Der wirtschaftliche Schwerpunkt Österreichs, das seit 1995 EU-Mitglied, liegt im Tertiären Sektor, 62 % des Bruttoinlandprodukts werden dort erwirtschaftet. Vor allem der Tourismus ist eine der wesentlichen Säulen der österreichischen Wirtschaft.

Seit Jahren fordert der Europäische Rat Österreich auf, Maßnahmen zur Steigerung der Frauenerwerbquote zu schaffen. Um die europäischen Beschäftigungsziele zu erreichen, müsste Österreich bis 2010 eine Frauenerwerbsquote von 66,8 % aufweisen. Zur Zeit beträgt die Gesamterwerbsquote 69,2 %, die Frauenerwerbsquote hingegen nur 62,8 %. (AK 2004/4) Die Arbeitslosenquote in Österreich lag im Jahre 2003 bei 4,1 % (Frauen: 4,4 %) . (AMS 2003)

86 % aller Teilzeitbeschäftigten sind derzeit Frauen. (ÖSTAT 2004) Eine Erhöhung der Erwerbsquote bedeutet jedoch nicht automatisch eine Erhöhung der Frauen-Vollzeiterwerbsquote. So ist von 1999 bis 2002 die Vollzeiterwerbstätigkeit bei Frauen nur um 0,4 % gestiegen. In Schweden ist sie im Vergleich dazu im selben Zeitraum um 4,9 % gestiegen, in der EU um 2,5 %. (AK 2004/4) Seit 2001 gab es einen Anstieg der Frauen-Teilzeitarbeit von 33,6 auf 35,3 %, die Männer-Teilzeitarbeit hingegen stieg nur von 4,3 % auf 4,8 %. (ÖSTAT 2004)

Atypische Beschäftigungsverhältnisse (geringfügige Beschäftigung, freie Dienstverträge und sogenannte "neue Selbstständige") nehmen zu. Vor allem Frauen sind davon betroffen. Oft müssen sie zwei oder mehr solcher atypischen Beschäftigungsverhältnisse ("McJobs") annehmen, um ein ausreichendes Einkommen zu erlangen.

Frauen sind laut ÖSTAT (2004) vor allem deshalb teilzeitbeschäftigt damit sie Kinder oder Erwachsene betreuen können, was auf eine nach wie vor stark geschlechtsstereotypische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen schließen lässt, worin Männer sich kaum für Erziehung und Betreuungstätigkeiten zuständig fühlen und Frauen in heterosexuellen Beziehungen, aber auch als Alleinerzieherinnen neben ihrem Erwerbsleben diese Tätigkeiten nach wie vor mehrheitlich übernehmen.

Generell lässt sich in Österreich ein Backlash feststellen. Frauen werden in Österreich zunehmend aus dem Vollzeitberufsleben gedrängt. Gleichzeitig gibt es nach wie vor einen Mangel an Ganztags-Kinderbetreuung mit Verpflegung (siehe Kapitel 3.3.2). Mangelnde Kinderbetreuungsangebote resultieren in hohen Teilzeitquoten bei Alleinerzieherinnen, in Erwerbsunterbrechungen und geringeren Entgelten. (Armutskonferenz 2004/2)

Das von der ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld veranlasst Frauen dazu, länger bei ihren Kindern zu bleiben und erst später wieder in ihren Beruf zurückzukehren. Prinzipiell ist die Einführung einer Zuverdienstmöglichkeit während der Karenz als Fortschritt zu werten. Durch die ungünstige Gestaltung der Zuverdienstgrenze beim Kindergeld wird nun jedoch die Rückkehr in den Job erschwert. Zuverdienst ist kaum möglich, ohne das Kindergeld zu verlieren. (diestandard.at 30.3.2004)

In Österreich verdienen Frauen um 22 % weniger als Männer, wenn die arbeitszeitbereinigten³ Bruttolöhne verglichen werden. (diestandard.at 15.12.2003)

4,9 % aller Frauen in Österreich leben in akuter Armut, fast doppelt so viel wie Männer. Jede sechste Alleinerzieherin erhält weder Kindesunterhalt noch Unterhaltsvorschuss. Für viele MigrantInnenkinder gibt es keine Familienbeihilfe und kein Kinderbetreuungsgeld. (Armutskonferenz 2004)

Von Armutsgefährdung wird in Österreich gesprochen, sobald das Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter 780 Euro liegt. In Österreich sind 945.000 Personen armutsgefährdet, das sind 12 % der Bevölkerung. Ohne Sozialtransfers wären 41 % armutsgefährdet. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist besonders hoch, nämlich 14 % der männlichen und 16 % der weiblichen unter 20-jährigen sind armutsgefährdet. 4 % der männlichen und 5 % der weiblichen Jugendlichen sind zudem akut arm.

Vergleicht man die Einkommensverteilung nach Haushaltsform, so sind Haushalte mit zwei oder mehr Kindern und Alleinerziehende überrepräsentiert. Je mehr und je jünger die Kinder, desto höher die Armutsgefährdung. (Armutskonferenz 2004/2)

³ Arbeitszeitbereinigt bedeutet, dass die Teilzeitlöhne auf Vollzeit hochgerechnet werden. Teilzeit ist jede Beschäftigung unter 35 Wochenstunden.

MigrantInnen in Österreich haben ein doppelt so hohes Risiko der Armutsgefährdung, wobei Frauen noch mehr gefährdet sind als Männer. Charakteristische Merkmale für die Ausbildungssituation der Kinder von MigrantInnen der sogenannten Zweiten Generation sind der hohe Anteil an Jugendlichen in Sonderschulen, der frühe Eintritt ins Erwerbsleben und der geringe Anteil am Mittelschul- und Universitätsbesuch. Geringe Einkommen kombinieren sich mit höheren Mieten (aufgrund des weitgehenden Ausschlusses vom sozialen Wohnbau) und der Notwendigkeit, aufgrund verunsichernder Rechtslage finanziell für eine Rückkehr ins Herkunftsland vorzusorgen. (Armutskonferenz 2004/3)

15 bis 25-jährige ÖsterreicherInnen haben heute im Durchschnitt 252 Euro pro Monat zur Verfügung, sei es aus Taschengeld oder aus Nebenjobs. Ausgegeben wird das Geld vorrangig für Kleidung, CDs und Videos, Süßigkeiten, Ausgehen und Sport. (Der Standard 28.5.2002)

Eine Studie aus Vorarlberg bei 12- bis 19-Jährigen ergab dass vier von zehn Jugendlichen die Kontrolle über ihre Konsumausgaben fehlt. Über 70 % der Kids sehen sich selbst als verwöhnt, gut die Hälfte fühlt sich von der Konsumwelt überfordert (Der Standard 26.4.2002). Dem entgegen steht die wachsende Armut in Österreich, durch die eine zunehmende Gruppe von Kindern wenig bis gar kein Geld zur Verfügung hat. (Armutskonferenz 2004/2)

Schweden

Im 20. Jahrhundert entwickelte sich Schweden in nur kurzer Zeit von einem armen Agrarland zu einer bedeutenden Industrienation. Ausgangspunkte für diese auch als "schwedisches Wirtschaftswunder" bezeichnete Entwicklung bildeten die Naturreichtümer Wald und Erz, und ein ausgeprägter UnternehmerInnengeist.

Der aus den wirtschaftlichen Erfolgen resultierende Wohlstand kam ausgewogener als vielleicht in irgendeinem anderen Land der gesamten Bevölkerung zugute. Schweden wurde weltweit für seinen hohen allgemeinen Lebensstandard mit staatlich finanzierten sozialen Sicherungssystemen für alle Menschen in allen Lebensabschnitten bekannt. Die schwedische Vision der 30er-Jahre, für alle Mitglieder der schwedischen Gesellschaft unabhängig von Geschlecht, Klassenzugehörigkeit und sozialer Herkunft finanzielle Sicherheit zur Deckung grundlegender Bedürfnisse zu schaffen, gilt heute noch. Dieses Wohlfahrtssystem wird durch Steuern finanziert, wobei reiche SchwedInnen die Hauptlast tragen. Laut OECD werden in Schweden mit 52 % des BIP weltweit immer noch die höchsten Steuern bezahlt. In den letzten Jahren kam das schwedische Wohlfahrtssystem unter ökonomischen Druck. Ebenso wie Österreich trat Schweden 1995 der EU bei. (Der Standard 5.9.2003, www.sweden.se)

In Schweden sind über 80 % der Frauen mit Kindern im Vorschulalter (bis zu 7 Jahren) berufstätig, auch wenn sie häufig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Der öffentliche Sektor war gegenüber den anderen Arbeitgebern beispielgebend, indem er Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Frauen schuf und somit Frauen und Männern in gleichem Ausmaß Familienleben und Erwerbstätigkeit ermöglichte.

Anfang der 90er Jahre entwickelte sich die schwedische Wirtschaft rückläufig. Mit der zunehmenden Wirtschaftskrise stieg die bis dahin auf einem sehr niedrigen Niveau liegende Arbeitslosenrate auf einen europäischen Durchschnitt an, derzeit liegt sie unter dem EU-Durchschnitt bei 5,6 %. (AMS 2003) Die Arbeitslosenrate bei MigrantInnen ist erheblich höher als bei in Schweden geborenen Personen. (Schwedisches Institut 2002/1) Der früher als Bastion für weibliche Erwerbstätigkeit geltende öffentliche Sektor erfuhr starke Einschnitte, die familienpolitischen Maßnahmen wurden nicht mehr so großzügig gehandhabt. (Schwedisches Institut 2004)

In den 40er Jahren machten Frauen ungefähr 25 % der Erwerbsbevölkerung aus. Im Jahre 2001 belief sich ihr Anteil auf etwa 48 %. Beinahe 24 % der SchwedInnen arbeiten weniger als 35 Stunden in der Woche. Bemerkenswert ist, dass der Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen in Schweden, Dänemark und Norwegen seit 1990 abnimmt, während er im übrigen Europa steigt. Da in diesen drei nordischen Ländern die Frauenerwerbstätigkeit insgesamt zunimmt, lässt sich daraus ableiten, dass Frauen mehr Vollzeitjobs annehmen. (Olsson 2000)

Schwedische Frauen verdienen im Durchschnitt 85 % des Gehalts der Männer. Die Unterschiede beruhen vor allem auf der langsameren Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst, in dem viele Frauen arbeiten. (Schwedisches Institut 2002/2)

Fazit

Die Arbeitslosenquote Deutschlands liegt mit 9,6 % im Jahr 2003 deutlich höher als in Schweden und Österreich (4,1 % bzw. 5,6 %). (AMS 2003)

Ähnlich wie in Österreich wird auch in Deutschland die Arbeit flexibilisiert, Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, geringfügige und befristete Beschäftigungsverhältnisse zeichnen sich durch einen hohen Frauenanteil aus. (Eberle u.a. 2004)

Im Unterschied dazu steigt in Schweden die Vollzeiterwerbsquote der Frauen. Dies ist u.a. nur deshalb möglich, weil der Staat entsprechende Verantwortung in der Kinderbetreuung übernimmt. Da Kinderbetreuung auch die Verantwortung für die Ernährung der Kinder umfasst, zeigt sich hier bereits, wie unterschiedlich Ernährungsverantwortung verteilt sein kann: Entweder liegt der Hauptteil bei den Eltern (und hier vor allem bei den Müttern), oder der Staat übernimmt einen Teil der Verantwortung.

Da Arbeitslosigkeit mit mangelnder finanzieller Stabilität einhergeht folgt weiters aus einer hohen Arbeitslosenrate dass jegliche Maßnahmen zur Schulernährung notwendigerweise auf soziale Bedingungen Rücksicht nehmen muss. Wenn Essen angeboten wird, muss auch die Finanzierung gesichert werden. Dies gilt vor allem für die besonders armutsgefährdeten Personengruppen wie MigrantInnen, Alleinerzieherinnen und kinderreiche Familien.

3.1.3 Strukturen des Zusammenlebens

Ebenso wie die Lage am Arbeitsmarkt geben auch die Strukturen des Zusammenlebens einen Einblick in die Aufteilung der Verantwortung für Kinder.

Österreich

Im Jahr 2001 gab es in Österreich 2,2 Mio. Familien mit 2,4 Mio. Kindern. 74 % dieser Kinder sind Kinder von Ehepaaren, 20 % von AlleinerzieherInnen und 6 % von Lebensgemeinschaften. Von den 2,2 Mio. Familien in Österreich sind rund 16 % AlleinerzieherInnen mit Kindern, wobei sich die 16 % in 14 % Alleinerzieherinnen und 2 % Alleinerzieher aufteilen. Im zeitlichen Verlauf von 1971 bis 2001 zeigt sich ein Zunehmen der Familienanzahl gesamt von rund 14 %. Der Anteil an Ehepaaren mit Kindern ist seit 1971 am Sinken (1971: 55 %; 2001: 45 %), der Anteil der Lebensgemeinschaften mit Kindern (1971: 1 %; 2001: 5 %) sowie der Anteil der AlleinerzieherInnen (1971: 12 %; 2001: 16 %) konstant am Steigen. Der Anteil der Alleinerzieherinnen ist von 1991 bis 2001 von 13 auf 14 % gestiegen, wogegen der Anteil der Alleinerzieher konstant bei 2 % geblieben ist. (ÖSTAT 2004/1, ÖIF 2003)

Im Jahr 2001 hatten rund 1,7 Mio. Kinder bis zum vollendeten 19. Lebensjahr zumindest noch einen lebenden Großelternanteil. Im Alter bis 14 Jahre haben durchschnittlich 42 % der Kinder täglich Kontakt zu den Großeltern. Im Alter von 15 bis 19 sinkt dieser Anteil auf rund 34 %.

Aus diesen Daten kann geschlossen werden, dass ein Großteil dieser Kinder und Jugendlichen von den Großeltern betreut werden, während die Eltern arbeiten. Diese Vermutung wird durch zwei Studien (AK 2003/1, IFES 2003) die im Auftrag der Kammern für ArbeiterInnen und Angestellte (AK) Oberösterreich und Steiermark durchgeführt wurden, bekräftigt. Wöchentlichen Kontakt zu den Großeltern haben Kinder bis 14 Jahre zu rund 31 %, in der Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren haben rund 27 % wöchentlichen Kontakt zu den Großeltern.

Schweden

Die Hälfte aller Kinder in Schweden ist heute außerehelich. Dies ist nicht etwa darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit der Mütter alleinstehend ist, sondern auf die Tatsache, dass das Zusammenleben ohne Trauschein immer üblicher geworden ist. Wie aus der Volksbefragung von 1990 hervorgeht, lebten 71 % aller EinwohnerInnen Schwedens in Kernfamilien, wozu entweder ein/e Alleinerziehende/r mit Kind oder eine Familie, bestehend aus einem verheirateten oder ohne Trauschein zusammenlebenden Paar mit oder ohne Kinder gehören. Seit Anfang der 90er-Jahre können in Schweden auch gleichgeschlechtliche Paare eine staatlich anerkannte Lebensgemeinschaft eingehen.

Ehe und außereheliches Zusammenleben werden heute als Synonyme angesehen, es gibt jedoch immer noch rechtliche Unterschiede. Die Scheidungsrate ist bis Ende der 70er-Jahre dramatisch angestiegen. Trotzdem lebt der Großteil der Kinder unter 18 Jahren mit beiden Elternteilen zusammen (78 %). Etwa 14 % wohnen bei einem Elternteil, üblicherweise bei der Mutter, während 7 % aller Kinder in „gemischten“ Familien leben, d.h. der Elternteil mit dem Sorgerecht ist wieder verheiratet oder lebt mit einem/r neuen PartnerIn zusammen. (Schwedisches Institut 2004)

Fazit

Auch in Deutschland verändern sich die Strukturen des Zusammenlebens. Einpersonenhaushalte nehmen stetig zu, der Anteil an AlleinerzieherInnen und nichtehelichen Gemeinschaften steigt. Seit Ende der 70er-Jahre werden mehr Ehen geschieden als geschlossen (StaBA 2002).

Somit zeigt sich in allen drei Ländern ein ähnliches Muster: Die Menschen heiraten weniger sondern leben vermehrt als Singles oder in Lebensgemeinschaften, wobei es in Schweden und in Deutschland auch die Möglichkeiten einer staatlich anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft gibt. Der Anteil der AlleinerzieherInnen nimmt zu (vor allem der alleinerziehenden Frauen, wenngleich der Großteil der Kinder nach wie vor mit beiden Elternteilen zusammenlebt).

Vor allem in Österreich und Deutschland ist aufgrund der nicht ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Rolle von Großeltern und anderen Verwandten maßgeblich. Eine Alternative sind staatliche Angebote für Kinderbetreuung, wie sie etwa in Schweden gesetzt werden.

3.2 Gleichstellungs- und Familienpolitik

Gleichstellungs- und Familienpolitik sind wichtige Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung. Da Schweden in diesem Bereich als Vorbild gilt, wird in diesem Kapitel der Schwerpunkt auf die schwedische Politik gelegt. Die österreichische Politik wird nur kurz vorgestellt. In einem Fazit wird die Relevanz von Gleichstellungs- und Familienpolitik für die Schullernährung in Deutschland umrissen.

3.2.1 Schweden

Das Kernstück der Schwedischen Gleichstellungspolitik ist das Leitbild der/des durch Erwerbstätigkeit finanziell unabhängigen Schwedin/Schweden. Auch die Familienpolitik ist durch eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf dieses Ziel ausgerichtet.

Die schwedische Gleichstellungs- und Familienpolitik beschränkt sich übrigens nicht auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern sie umfasst eine Fülle gesetzlicher Regelungen etwa zu Arbeitsleben, Ausbildung, Ehe und Lebensgemeinschaften, Elternurlaubsregelung mit Papamonat, Regelungen gegen Gewalt und Frauenhandel und zu Gender Mainstreaming. (Schwedisches Institut 2003)

So wurde schon 1980 das "Gesetz zur Gleichstellung im Arbeitsleben" erlassen. Dementsprechend muss in jedem schwedischen Unternehmen ein angemessenes zahlenmäßiges Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen herrschen, und die Arbeitsplätze müssen für Frauen und für Männer gleichermaßen geeignet sein. Die ArbeitgeberInnen müssen sämtliche Maßnahmen jährlich schriftlich in einem Gleichstellungsplan und einer Gehaltsanalyse darlegen.

Von feministischer Seite wird trotz vieler Errungenschaften kritisiert, dass auch in Schweden in Sachen Gleichstellung nicht alles zum Besten steht. Während in der Politik die Frauenquoten hoch liegen (generell zwischen 40 und 50 %), sind die Spitzenpositionen nach wie vor von Männern besetzt. Genauso stellt sich die Lage in der Privatwirtschaft dar. Hier liegt Schweden beim Frauenanteil in Spitzenpositionen sogar hinter Deutschland zurück (6 % in Schweden versus 11 % in Deutschland). (Steinberger 2004). Frauen in Schweden sind nach wie vor stärker in Branchen vertreten, die schlechter bezahlt werden. Durch den Sparkurs der Regierung sind vor allem Frauen in öffentlichen Institutionen betroffen, deren Arbeitsplätze unsicher geworden sind.

Auch in Schweden sind Frauen nach wie vor hauptsächlich für Haushalt und Kindererziehung zuständig. (Frauenbildungsnetz Ostsee 2000)

Ende des 19. Jahrhunderts begann in Schweden die öffentliche Betreuung von Kindern alleinerziehender Mütter und armer Familien. In den 30er- und 40er-Jahren wandelte sich die Einstellung weg von der Armenhilfe hin zu größerer Verantwortungsübernahme durch die Kommunen. In den 60er-Jahren stieg die Nachfrage nach der öffentlichen Betreuung aufgrund der wachsenden Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften stark an.

Schwedens Wohlfahrtsmodell beruht heute auf Vollbeschäftigung und Integration aller BürgerInnen in den Arbeitsmarkt. Auch die schwedische Familienpolitik ist seit den 70er-Jahren darauf ausgerichtet. Ihr Ziel ist die Unterstützung berufstätiger Eltern, während Nur-Hausfrauen als Ausnahmen gelten. Diese Politik hat zu einem Quasi-Monopol des Staates in der Kinderbetreuung geführt.

Seit den 70er-Jahren haben Kinder ein Anrecht auf eine gebührenfreie Vorschule, dies gilt auch für Kinder ausländischer BürgerInnen. Trotz intensivem Ausbau der Betreuungseinrichtungen gab es zu Beginn dieses Angebots lange Wartezeiten, auch infolge des Geburtenbooms, der u.a. durch diese Familienpolitik begünstigt wurde. Seit den 90er-Jahren deckt das Angebot in etwa die Nachfrage. (Schwedisches Institut 2002)

Die öffentliche Kinderbetreuung umfasst heute Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren. Für ein- bis sechsjährige Kinder werden Kindertagesstätten angeboten, die ganz- oder halbtägig besucht werden können. Danach können die Kinder eine Vorschule besuchen, die das ganze Jahr hindurch geöffnet hat. Während berufstätige Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Vorschulplatz haben und finanzielle Unterstützung erhalten, gilt dies nur bedingt für nicht erwerbstätige Eltern. Erst seit 2002 haben auch Kinder von Arbeitslosen, Nichterwerbstätigen und von Eltern im Elternurlaub Anspruch auf eine zumindest dreistündige öffentliche Betreuung am Tag. Für Kinder nicht erwerbstätiger Eltern sind die Vorschulen gebührenpflichtig. Von diesen Ausschlussmechanismen sind vor allem Kinder von MigrantInnen betroffen.

An die Vorschule schließt die Pflichtschule an. Für schulpflichtige Kinder gibt es vor der Schule, nachmittags und in den Ferien Freizeiteinrichtungen, deren Programmgestaltung den Arbeitszeiten der Eltern angepasst ist. Diese Freizeiteinrichtungen sind gebührenpflichtig. Seit den 90er-Jahren verzeichnen sie großen Zuwachs. Verbände mit Freizeitangeboten wie in Deutschland sind in Schweden nicht relevant. (Veill 2003)

Die Bruttoausgaben der Gemeinden für die gesamte Kinderbetreuung beliefen sich 2000 auf 4,4 Mrd. Euro, was einem Anteil von 13 % an den Gesamtkosten der Gemeinden entspricht. (SNW1 2002)

19 % der gesamten Ausgaben für die Kinderbetreuung werden durch die Eltern finanziert, der Rest durch kommunale Steuereinnahmen und staatliche Zuschüsse. Die Gebühren, die die Eltern zu tragen haben, sind abhängig vom Einkommen.

Die Gemeinden legen selber die Höhe der Gebühren fest. Dies hat zu starken Schwankungen zwischen unterschiedlichen Gemeinden geführt. Mit 2002 wurde ein neues System von Maximalbeträgen eingeführt. Diese Gebühr beträgt zwischen 1 und 3 % des monatlichen Einkommens, maximal jedoch 126 Euro pro Monat für die Vorschule und für das Freizeitheim höchstens 84 Euro (gestaffelt nach Anzahl der Kinder). Die Gemeinden bestimmen über die Einführung der Maximalabgabe. Falls sie sich dafür entscheiden, trägt der Staat die Einnahmenverluste.

In Schweden existiert ein System von Ausgleichszahlungen zwischen den Gemeinden. So zahlt z.B. die Gemeinde Stockholm an Gemeinden im Norden Schwedens. Vor allem die Höhe dieser Ausgleichszahlungen ist umstritten. In reicheren Gemeinden und Bezirken sind die Lebenskosten höher, daher besteht hier Bedarf nach mehr Budget. Andererseits ist der Anteil an Kindern, die spezielle Förderungen benötigen, in ärmeren Gemeinden höher, was ebenfalls mehr Budget erfordert. Ärmere Gemeinden sind vor allem im Norden Schwedens anzutreffen, wo ein Großteil der samischen Bevölkerungsgruppe lebt. (Kungsholmen 2004/2 833-905)

3.2.2 Österreich

Im Unterschied zu Schweden ist die Gleichstellungs- und Familienpolitik in Österreich nicht vom Leitbild einzelner (vollzeiterwerbstätiger und somit finanziell unabhängiger) Personen geprägt. Ähnlich wie in Deutschland wird hier nach wie vor von einem Familienernährermodell ausgegangen, auch wenn seit 1975 der Mann nicht mehr offiziell als Familienoberhaupt gilt.

Kinderbetreuung wird vor allem als Familienangelegenheit angesehen. Vom Staat werden Transferleistungen wie etwa das Kindergeld geleistet, während es in der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen Defizite gibt (siehe auch Kapitel 3.3.2).

Die Kosten, die die Eltern für die Kinderbetreuung zu tragen haben, sind in Österreich höher als in Schweden, da für ein eventuelles Mittagessen extra bezahlt werden.

3.2.3 Fazit

Staatliche Gleichstellungs- und Familienpolitiken folgen unterschiedlichen Leitbildern. So forciert Schweden – im Unterschied zu Österreich und Deutschland - ein Leitbild der vollzeitlich erwerbstätigen und somit finanziell unabhängigen Personen und unterstützt die SchwedInnen mit einer Reihe von weiteren Gleichstellungsmaßnahmen und der Übernahme von staatlicher Verantwortung für die Kinderbetreuung.

Als Konsequenz daraus wurde die ganztägige Kinderbetreuung eingeführt, die auch eine Mittagsverpflegung umfasst. Der schwedische Staat übernimmt sowohl für Kinderbetreuung als auch für die Schulernährung Verantwortung, indem Rechtsansprüche auf diese Betreuung gesichert wurden und indem sie organisiert und finanziert wird (siehe auch Kapitel 3.5.2).

Die Einführung von Ganztagschulen, wie sie in Deutschland derzeit durchgeführt wird, bietet eine Gelegenheit, Gleichstellungspolitik weiter zu forcieren, indem die Ganztagschule so gestaltet wird, dass sie zu einer Entlastung von erwerbstätigen Müttern aber auch Vätern beiträgt.

3.3 Bildungspolitik und Schullandschaft

Neben der Gleichstellungs- und Familienpolitik nimmt auch die Bildungspolitik Einfluss auf die Schulernährung. In diesem Kapitel wird daher das Schulsystem von Schweden, Österreich und Deutschland im Vergleich unter Berücksichtigung der Diskussionen um die Ganztagschule dargestellt. Weiters werden bildungspolitische Leitbilder und ihre Bezüge zur Schulernährung diskutiert.

3.3.1 Schulwesen im Vergleich

Während in Deutschland und Österreich die Kinder nach der Grundschule (Volksschule in Österreich) in Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgeteilt werden, existiert in Schweden sowohl eine Gesamtschule (Pflichtschule) für alle Kinder von sieben bis sechzehn Jahren, als auch danach. An die schwedische Pflichtschule schließt die Höhere Sekundarschule (upper secondary school, Gymnasieskola) für die Altersgruppe 16 – 19 an. 98 % der SchülerInnen besuchen diesen Schultyp. Alle Gemeinden sind verpflichtet, allen SchülerInnen, die die Pflichtschule beendet haben, den Besuch der Gymnasieskola zu ermöglichen.

	Österreich	Deutschland	Schweden
Primarbereich	Volksschule (6-10 Jahre)	Grundschule (Alter 6-10 (12) Jahre)	compulsory school = Gesamtschule (Alter 7-16)
Sekundarbereich I	Hauptschule (10-14 Jahre) Gymnasium (AHS)- Unterstufe (Alter 10-14 Jahre)	Orientierungsstufe (Alter 10-12 Jahre) Hauptschule (Alter 10-16 Jahre) Realschule (Alter 10-16 Jahre) Gymnasium (Alter 10-16 Jahre) Gesamtschule (Alter 10-16 Jahre)	
Sekundarbereich II	Polytechnischer Lehrgang (Alter 14-15 Jahre) Duales System ⁴ (ab 15 Jahren) AHS-Oberstufe (Alter 14-18 Jahre) Oberstufenrealgymnasium (Alter 14-18 Jahre) Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	Gymnasiale Oberstufe (Alter 16-18/19 Jahre) Berufsausbildung an beruflichen Vollzeitschulen Duales System (ab 15/16 Jahren)	upper secondary school, Gymnasieskola (Alter 16-19)

3.3.2 Die Diskussion um die Ganztagschule in Deutschland und Österreich

Während Schweden sowohl ein Ganztags- als auch ein Gesamtschulsystem hat, wird dies in Österreich nach wie heftig diskutiert. In Deutschland wird aufgrund der Ergebnisse der von der OECD durchgeführten PISA-Studie nun der Ausbau der Schulen in Richtung Ganztagschulen forciert. Die rot-grüne Bundesregierung will bis 2007 vier Milliarden Euro bereitstellen. Fast jede dritte Schule soll ein Ganztagsangebot bekommen. Dieses Angebot würde auch ein Mittagessen umfassen (Der Standard 1.12.2003).

⁴ Duales System: Die Ausbildung findet an der Berufsschule und im Lehrbetrieb statt (ab Beendigung der Schulpflicht).

Die Länder, die bei der PISA-Studie besonders gut abschnitten, sind Finnland und Frankreich. Die Schulsysteme beider Länder zeichnen sich durch ihr Ganztags schulwesen aus, das auch ein Mittagessen umfasst (in Finnland gratis, in Frankreich kostenpflichtig).

In Österreich werden derzeit etwa 5,8 % der sechs- bis vierzehnjährigen SchülerInnen in Ganztags schulen betreut. Die meisten Ganztags schulen befinden sich in Wien (AK 2004/1). Eine Reihe von Schulen bietet freiwillige Nachmittagsbetreuung an. Nur wenige Schulen mit ganztägigem Angebot sind echte Ganztags schulen mit entsprechendem pädagogischem Konzept, das Unterricht, Erholung, Essen, Spielen und Förderung miteinander verschränkt und dem Lebensrhythmus von Kindern anpasst.

Ähnlich wie Deutschland wird zur Zeit auch in Österreich die Diskussion über die vermehrte Einführung von Ganztags schulen bzw. von Nachmittagsbetreuung geführt. Öffentliche Diskussion dazu findet über Zeitungsreportagen über bereits existierende Ganztags schulen und Homepages diverser Initiativen statt.⁵ Zur ökonomischen Seite der Einführung von Ganztags schule hat die Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte Österreich (AK) ebenfalls eine Studie erstellen lassen. Ergebnis ist, dass sich Tagesschulen zur Gänze selbst finanzieren würden, und zwar durch die Einnahmen des Bundes aus der zusätzlichen bzw. erhöhten Erwerbstätigkeit (vor allem von Frauen). Gegenzurechnen wären die Zusatzkosten für LehrerInnen und die Adaption der Schulen. Im ersten Jahr wären bis zu 87 % der laufenden Kosten finanzierbar, nach drei Jahren würden die Ganztags schulen schwarze Zahlen schreiben. (Der Standard 25.5.2004)

Die Kammern für ArbeiterInnen und Angestellte (AK) für Wien, Steiermark und Oberösterreich ließen jeweils eine Studie über die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern durchführen (IFES 2003, AK 2003, AK 2003/1). Befragt wurden die Eltern von SchülerInnen. Hauptaugenmerk bei den Studien der AK wurde auf die grundsätzliche Einstellung zum Thema Nachmittagsbetreuung und auf die derzeitige Situation (Vereinbarkeit mit dem Beruf etc.) der Eltern gelegt. In der bundesweiten Studie sprachen sich 62 % der Befragten für ein Konzept der Ganztags schule bzw. einer schulischen Nachmittagsbetreuung für die unter 14-jährigen SchülerInnen aus, 17 % sind dagegen, der Rest ist neutral bzw. hat keine Meinung. Interessant ist, dass die Zustimmung höher ist, je östlicher das Bundesland liegt (Wien 75 %, Salzburg/Tirol/Vorarlberg: 52 %), und wenn beide Elternteile berufstätig sind. Dies liegt daran, dass der Anteil an konservativ eingestellten Personen, die der katholischen Kirche nahe stehen, im Westen Österreichs höher ist als im Osten.

Allerdings sollte eine schulische Nachmittagsbetreuung nicht verpflichtend sein: 55 % der ÖsterreicherInnen würden eine optionale Nachmittagsbetreuung ohne Anwesenheitspflicht der Kinder bevorzugen. Nur 20 % können sich eine verpflichtende Ganztags schule vorstellen. In den Studien für die AK Steiermark und AK

⁵ www.ganztagschule.at, www.klassezukunft.at, schuelerunion.at/zwangstagschule,

Oberösterreich zeigt sich ein ähnliches Bild. Auf die Frage welche Merkmale eine ganztägige Volksschule aufweisen muss, damit sie aus der Sicht der Eltern attraktiv ist, rangiert das Kriterium dass „...*die Kinder täglich ein warmes Mittagessen bekommen*“ in der Studie für die AK Oberösterreich auf Rang fünf. In der bundesweiten Studie für die AK Wien halten 65 % der Eltern ein tägliches warmes Mittagessen für sehr wichtig, 22 % für eher schon wichtig und rangiert daher nach der besonderen Unterstützung für Lernschwache und der täglichen Lernstunde mit Aufgaben machen auf Rang drei. (AK 2003/1)

Aus der Studie für die AK Steiermark geht hervor, dass es den Eltern der SchülerInnen keinesfalls reicht, ihr Kind am Nachmittag lediglich „unter Aufsicht“ zu haben. Auf die Frage worauf man bei einer schulischen oder sonstigen externen Nachmittagsbetreuung Wert lege, werden auf Platz vier Essen und Verpflegung mit 66 % genannt; auf Platz eins liegt eine gute Lernbetreuung mit 82 %, gefolgt von einer guten Freizeitbetreuung und Förderung bei Lernschwächen. Bei Eltern, die bereits eine schulische Nachmittagsbetreuung nutzen, wurde die Zufriedenheit abgefragt. Zumindest ein Teil der Eltern ist mit der Qualität der Verpflegung nicht ganz zufrieden. Auf die Frage, was sich die Eltern, die die nachmittägliche Betreuung bereits nutzen, zusätzlich wünschen stehen Essen und Verpflegung für das Kind mit 27 % an Stelle vier der Nennungen. An den Plätzen eins bis drei rangieren wiederum eine spezielle Förderung bei Lernschwächen, Betreuung an einzelnen schulfreien Tagen und allgemein eine bessere Lernbetreuung. (IFES 2003)

Dem Essen wird somit ein wichtiger Status in der Außer-Haus-Betreuung von Kindern zugesprochen.

Derzeit besuchen etwa 350.000 SchülerInnen in Österreich die Volksschule. 70.000 Kinder werden am Nachmittag betreut, entweder in der Schule oder im Hort. Eine österreichweite Umfrage vom Dezember 2003 ergab einen zusätzlichen Bedarf von 100.000 Nachmittagsbetreuungsplätzen, vor allem an Volksschulen und vor allem in größeren Städten. (AK 2004)

Die zuständige Ministerin Gehrler (ÖVP⁶) möchte jedoch lediglich 10.000 Plätze schaffen. Bildungssprecher Amon von der ÖVP findet es nach wie vor wünschenswert, dass die Kinder daheim eine (groß)elterliche Betreuung erfahren. Die ÖVP tritt gegen Zwangstageschulen und für ein moderates Angebot an freiwilliger nachmittäglicher Betreuung ein (Der Standard 5.12.2003). Die SPÖ⁷ hingegen fordert bis zum Jahr 2010 den Ausbau der Hälfte aller Schulen zu Ganztagschulen mit einer Fünftagewoche von halb neun bis ca. halb fünf Uhr, mit Betreuungsmöglichkeit am Morgen (Der Standard 15.3.2003). Der Grüne Bildungssprecher Brosz wiederum möchte eine verpflichtende Ganztagschule, die zugleich eine Gesamtschule ist, einführen, um den Einfluss der Eltern auf die Bildungschancen ihrer Kinder abzumildern (Der Standard 5.12.2003).

⁶ Österreichische Volkspartei (Ausrichtung christlich-konservativ), zur Zeit in Regierungskoalition mit der FPÖ (Ausrichtung rechtspopulistisch)

⁷ Sozialdemokratische Partei Österreichs

Die Kosten für die ganztägige Betreuung betragen z.B. in der Gemeinde Graz zwischen 13 und 120 Euro pro Kind und Monat, dazu kommen noch 10,3 Euro Organisationsaufwand und der Beitrag fürs Essen. Die Beiträge sind gestaffelt nach Anzahl der Kinder, nach Anzahl der Tage mit der notwendigen Nachmittagsbetreuung und nach Einkommen. (SSA 2004)

Für Schulen des Bundes werden pro Monat 80 Euro für die Betreuung in der Ganztagschule eingehoben. (BGBI 428/1994)

3.3.3 Bildungspolitische Leitbilder

Bildungspolitik und ihre Leitbilder sind nicht nur für die Bildungsinhalte relevant, sie bestimmen auch die Rahmenbedingungen für die Schulernährung mit.

In Deutschland wird derzeit über einen Kurswechsel in der Bildungspolitik diskutiert, hin zu Ganztagschulen, zu einem höheren Leistungsniveau und zu vermehrtem Erwerb sozialer Kompetenzen. (www.bmbf.de) In Österreich erstreckt sich die aktuelle bildungspolitische Diskussion vor allem auf die Frage nach Ganztagschulen und Gesamtschulen.

In Schweden, das ja nicht mehr über Ganztags- und Gesamtschule diskutieren zu braucht, ist ein Aspekt besonders interessant: Demokratie ist ein grundlegender Wert im schwedischen Bildungssystem. Um dem bildungspolitischen Anspruch auf Erziehung zu demokratischen Werten gerecht werden zu können, hat die schwedische Kinderbetreuung (aber auch die Erwachsenenbildung) einen dreifachen demokratischen Auftrag zu erfüllen: Den SchülerInnen sollen die fundamentalen demokratischen Werte Solidarität, Gleichstellung und Chancengleichheit gelehrt werden. Die Schulen und Vorschulen selbst sollen demokratisch organisiert sein, und sie haben die Aufgabe, Mitglieder der Gesellschaft heranzuziehen, die fähig sind in einer demokratischen Gesellschaft zu leben. (Skolverket 2004)

Etwa 15 % aller SchülerInnen in der compulsory school sind MigrantInnen erster oder zweiter Generation oder Flüchtlinge. Jedes Kind hat in Schweden dasselbe Recht auf Kinderbetreuung und schulische Erziehung unabhängig von der Herkunft. Kinder von anerkannten Minderheiten haben zusätzliche Rechte. Falls Kinder spezielle Unterstützung benötigen (z.B. bei Behinderungen oder sozialen Problemen), haben sie ein Recht darauf diese zu erhalten. Dies ist im Schwedischen Schulgesetz verankert. (Skolverket 2004/1)

Die schwedische Bildungspolitik betrachtet demnach demokratische Werte als fundamental verwoben mit organisationalen Strukturen und Ressourcen. Die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Schulen liegt wie erwähnt bei den Gemeinden und somit sind diese verpflichtet Ressourcen zur Verfügung zu stellen und Aktivitäten zu ermöglichen, die im Einklang mit den demokratischen grundlegenden

Werte stehen. Demokratie und Gesundheitsförderung werden in Schweden ebenfalls als miteinander verbunden gesehen: "Learning, democracy, fundamental values and health go hand in hand" (Skolverket 2004). Während der Großteil der Eltern zufrieden ist mit diesem System, fühlen sich Lehrerinnen und Lehrer jedoch überlastet. (BMBF 2003)

Die Relevanz für die Schulernährung ergibt sich daraus, wie Gemeinden Mitbestimmung in der Organisation des Schulessens verankert haben (siehe Kapitel 3.5.2).

3.3.4 Fazit

In Deutschland wird das Pflichtschulsystem derzeit zu Ganztagschulen umgestaltet. In der öffentlichen Diskussion wird auf die europäischen Vorbilder (z.B. Finnland.) Bezug genommen, die ein Gesamt- und Ganztagschulsystem aufweisen, so wie es auch in Schweden der Fall ist.

Als in verschiedener Hinsicht vorbildhaft kann die schwedische Politik gesehen werden. Jedes Kind hat in Schweden dasselbe Recht auf Kinderbetreuung und schulische Erziehung unabhängig von der Herkunft. Bei Bedarf haben die Kinder auch ein Recht auf spezielle Unterstützung.

Demokratische Werte in der schwedischen Bildungspolitik erweisen sich als grundlegend für die Ermöglichung von Partizipation, die in möglichst allen Bereichen des Schulalltags umzusetzen ist, so zum Beispiel auch in der Organisation des Schulessens in Form der Mitbestimmung durch den schwedischen Essensbeirat.

3.4 Ernährung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

In diesem Kapitel werden Ernährungs- und Gesundheitsstatus und –verhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland mit Österreich und Schweden miteinander verglichen, und die Rahmenbedingungen für diesen Status werden erörtert.

3.4.1 Ernährungs- und Gesundheitsstatus und -verhalten von Kindern und Jugendlichen im Vergleich

Ebenso wie in Deutschland sind 15 bis 20 % der schwedischen Kinder übergewichtig, davon 1 – 5 % adipös. (NFA 2005) Dies entspricht auch in etwa der Situation in Österreich. So weisen in Österreich bereits 15 % der Vorschulkinder ein zu hohes Körpergewicht auf. (Elmadfa u.a. 2003)

Neben Übergewicht ist auch Untergewicht ein Problem. Laut Wiener Jugendgesundheitsbericht (Kromer u.a. 2002) haben sogar 35 % der jungen Frauen in Wien (14 bis 24 Jahre) Untergewicht. Auch bei jüngeren Kindern kommt Untergewicht

vor. So sind 9 % der niederösterreichischen Schulkinder (7 bis 10 Jahre) untergewichtig. (Elmadfa u.a. 2003)

Laut der WHO-Jugendgesundheitsstudie (HBSC 2002)⁸ schneidet Schweden jedoch in vielen der untersuchten Bereiche besser ab als Deutschland. Schwedische Jugendliche bewegen sich mehr, rauchen weit weniger und konsumieren weniger Alkohol als deutsche Jugendliche. Sie essen auch häufiger Frühstück. Auch österreichische Jugendliche rauchen weniger als deutsche und bewegen sich etwa doppelt so viel.

Ein Unterschied in der Alltagsgestaltung der Kinder und Jugendlichen zwischen Schweden und Deutschland liegt darin, dass die schwedischen bis zu einem Alter von 16 Jahren ganztags in der Schule betreut werden. In Österreich gibt es nicht mehr Ganztagsbetreuung als in Deutschland und die Kinder bewegen sich trotzdem doppelt so viel. Es wird daher deutlich, dass neben der Betreuungssituation auch andere Aspekte Einfluss haben.

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland sind Unterschiede im Ernährungs- und Gesundheitsverhalten verschiedener Gruppen erkennbar (Mädchen – Jungen, verschiedene soziale Schichten). In beiden Ländern wird daher empfohlen, Gesundheitsförderungsmaßnahmen auf die entsprechenden Lebenssituationen und Gruppen abzustimmen. (Kromer u.a. 2002, NFA 2005) Dies steht in Übereinstimmung mit den Ergebnissen aus den Gruppendiskussionen zur deutschen Situation in Schulen (vgl. Simshäuser 2005) und sollte in Handlungsgrundsätzen Berücksichtigung finden.

3.4.2 Ernährungs- und Gesundheitspolitik in Bezug auf Kinder und Jugendliche

In diesem Kapitel sollen unterschiedliche Politiken in den drei zu vergleichenden Ländern dargestellt werden.

Schweden

Die schwedische Regierung genehmigte bereits 1995 einen Aktionsplan für Ernährung ("Schweden Nutrition Action Plan"), der von 1999 bis 2004 umgesetzt wurde. Im Zuge der Evaluierung der Effekte des Aktionsplans wurde eine Reihe von Defiziten festgestellt und in Forderungen für einen neuen Aktionsplan umgelegt (NFA 2005):

- Gesundheitsförderung für gesunde Ernährungsgewohnheiten und erhöhte Bewegung sollen sowohl auf lokalem als auch auf regionalem Level institutionalisiert werden um Koordination und Kontinuität zu garantieren.
- Alle AkteurInnen, die von dem Aktionsplan betroffen sind, sollten mitbestimmen können.

⁸ Befragt wurden ca 160.000 SchülerInnen im Alter von 11, 13 und 15 Jahren aus 36 Ländern/Regionen. HBSC = Health Behavior in School-aged Children

- Um die Umsetzbarkeit eines Aktionsplans zu gewährleisten muss nicht nur das "was" sondern auch das "wie" festgelegt sein.
- Adäquate Ressourcen für Verwaltung, Entwicklung und Umsetzung sind zu garantieren.
- Der neue Aktionsplan sollte von der Regierung und/oder dem Parlament stammen.
- Methoden für Monitoring und Evaluation sollten gefunden werden.

Im April 2003 wurde die Regierungsrichtlinie "Ziele für Public Health" beschlossen, deren Hauptziel lautet *"to create a social environment for health on equal terms for the entire population"* (NFA 2005/2). Mit dieser Richtlinie wurde die schwedische Public Health Strategie grundlegend geändert, und zwar wurde der Fokus von Krankheiten auf Gesundheitsprävention verschoben. Die Notwendigkeit der Beteiligung vieler AkteurInnen wird in der Richtlinie anerkannt. So wurden im März 2004 drei Hearings abgehalten, an denen VertreterInnen der Regierung, diverser Behörden und Organisationen, der Universitäten, Gemeinden, NGOs, des Gesundheitssektors, von Schulen, Apotheken etc. teilnahmen. Es wurden 79 Vorschläge in den Bereichen lokale Umgebung, Schulen und Vorschulen, Gesundheits- und Medizinservices, professionelles Training und Kommunikation, Arbeitsplatz und Lebensmittelsektor als Basis für den zukünftigen Aktionsplan erarbeitet.

Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden prioritär gesetzt. Sie betreffen die Lehrpläne (auch für LehrerInnenbildung), die Vergabe von Geldmitteln, die Erstellung von Qualitätsindikatoren und Monitoringprogrammen, Vorschläge für gesetzliche Regelungen, aber auch außerschulische Ziele wie etwa das EU-weite Verbannen von Lebensmittelmittelwerbung für Kinder aus dem Fernsehen. Auch wird die Wichtigkeit einer gendersensiblen Vorgangsweise betont.

Österreich

In Österreich existiert keine spezielle Ernährungspolitik, Ernährung wird im Rahmen der Gesundheitspolitik mitbehandelt. 1998 wurde das bundesweite Gesundheitsförderungsgesetz beschlossen (GFG 1998). Dieses Gesetz, das vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)⁹ umgesetzt wird, zielt darauf ab, den Wissensstand der Bevölkerung über Gesundheitsgefahren und gesundheitsfördernde Maßnahmen zu erweitern und die Entwicklung positiver Verhaltensweisen zu unterstützen. Dies soll vor allem durch den Aufbau von Strukturen für Gesundheitsförderung, durch Programme, Angebote und Fortbildungsmaßnahmen erfolgen. Der FGÖ finanziert Projekte zur Gesundheitsförderung mit. Ein Schwerpunkt der Umsetzung ist die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich.

⁹ www.fgoe.org

Fazit

Der Fonds Gesundes Österreich gilt in Deutschland als Vorbild. Bei der Evaluierung des FGÖs wurde festgestellt, dass die Gesundheitsförderung in Österreich im Vergleich zu Deutschland (Vergleich GFG 1998 und §20 SGB V) bei vergleichbarer Finanzierung pro Kopf eine deutlich bessere Umsetzung erfährt. Die Hauptgründe liegen in Deutschland in unzureichend geklärten regionalen Umsetzungsbedingungen des §20 SGB V und der durchaus als zögerlich zu bezeichnenden Haltung einzelner Krankenkassen hinsichtlich der Verstärkung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention, zu der nicht zuletzt auch die gemeinsame Erarbeitung und Festlegung von Richtlinien zur Durchführung und Evaluation von Projekten beigetragen hat. Es wird auch in Deutschland über die Einrichtung eines Fonds für Gesundheitsförderung und Prävention nachgedacht. (Kirschner u.a. 2002)

Da in Deutschland die fragmentierte Ernährungspolitik als Problem definiert wurde (siehe Kapitel 5), könnte die Vorgangsweise für die Erstellung des schwedischen nationalen Aktionsplans, der übergreifend verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert, als Vorbild dienen. Die Einbindung aller relevanten AkteurInnen bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen politischen Konzepts zu ermöglichen hat sich als notwendig erwiesen, wie die Evaluation des ersten schwedischen Aktionsplans zeigte.

3.5 Schulverpflegung

Schulverpflegung umfasst in Ganztagschulen bzw. in Schulen mit Nachmittagsangeboten das Mittagessen, oft aber auch die Angebote des Schulbuffets/kiosks. In manchen Schulen wird eine Jause organisiert und Schulmilch angeboten.

In diesem Kapitel werden die gesetzlichen Regelungen für die Schulverpflegung, die Kosten und Umweltverträglichkeit der verwendeten Lebensmittel dargestellt.

3.5.1 Schulverpflegung in Österreich

Der Halbtagsunterricht war in Österreich nicht immer der Regelfall. Bis ins späte 19. Jahrhundert war der Unterricht am Vormittag und am Nachmittag durchaus üblich. Die Halbtagschule wurde zunächst nur an Volksschulen in ländlichen Gebieten eingeführt, da die Schulwege oft zu weit waren oder die Kinder als Arbeitskräfte gebraucht wurden. Erst im 20. Jahrhundert wurde die Halbtagschule zur Regel. Seit Mitte der 70er-Jahre gibt es in Österreich Schulversuche mit Ganztagschulen und Tagesheimschulen, die 1993 in beiden Formen gesetzlich eingeführt wurden (www.ganztagschule.at 7.10.2003).

In Wien war im 20. Jahrhundert vor allem die 1919 für die Volksausspeisung der hungernden Menschen nach dem ersten Weltkrieg gegründete „Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft – WÖK“ für die Außer-Haus-Verpflegung und auch für die Schulspeisung zuständig. Die Ausspeisungen waren anfangs besonders für Klein- und Schulkinder, aber auch für Erwachsene und PensionistInnen gedacht. Im Jahr 1923 wurden ca. 5 Mio. Portionen ausgegeben, im Jahr 1930 wurde mit ca. 9 Mio. der vorläufige Höchststand erreicht. Nach dem zweiten Weltkrieg war 1947 die Spitze mit 41,4 Mio. Portionen erreicht. Die WÖK war ein angestellten- und publikumsfreundliches fortschrittliches Unternehmen. Die Beschäftigten, mehrheitlich Frauen, erhielten mehr Lohn als die Beschäftigten in Gasthäusern, ebenso waren die Kosten für das Essen durch Unterstützung der Gemeinde Wien und des Bundes gering. Wie vergleichsweise gut es den WÖK-Beschäftigten gegenüber Bediensteten anderer Gemeinschaftsküchen ging, ist daran ersichtlich, dass sie nie an Streiks dieser Bediensteten teilnahmen und dies von den Streikenden auch verstanden wurde. (Hörander k.J.)

Mittagessen

In den Ganztagschulen wird ein Mittagessen für die SchülerInnen angeboten. Für die Bereitstellung dieser Verpflegung ist laut Pflichtschulerhaltungs-Grundgesetz der Schulerhalter (=Schulträger¹⁰) zuständig. (PflSchErh-GG 1996 §10)

In Wien ist dies die Magistratsabteilung 56 der Gemeinde Wien. Aufgrund der geltenden rechtlichen Bestimmungen müsste die Gemeinde Wien die bestbietende Firma mit der Schulverpflegung beauftragen. Wien geht aber andere Wege und führt keine Ausschreibung durch sondern eine Unternehmenssuche, aus der sich die jeweiligen Ganztagschulen eine Anbieterfirma auswählen können (MA 56 und EV 2005). Die Firmen müssen den Kriterienkatalog der Gemeinde Wien erfüllen. Die Elternvereine der Ganztagschulen können nun eine der Firmen auswählen, der Landesverband der Elternvereine schließt einen Vertrag mit der Firma ab. Falls ein Elternverein keine Firma auswählt, wird von der Gemeinde Wien öffentlich ausgeschrieben und die bestbietende Firma beauftragt.

Diese neue Art der Ausschreibung besteht seit März 2005 und wurde u.a. deshalb eingeführt, da die Gemeinde Wien seit 2005 einen 30 % Mindestanteil an Bio-Lebensmitteln in der Schulverpflegung verpflichtend vorgeschrieben hat (SPÖ 2005) und sicherstellen wollte, dass sowohl die Wahlfreiheit der Eltern erhalten bleibt als auch dass der Bio-Anteil umgesetzt wird.

Derzeit bieten sechs Firmen für Wien Schulverpflegung mit einem 30%-igen Bioanteil an. Interessant ist, dass die Kosten für die Menüs bei den meisten Firmen nicht

¹⁰ Schulträgerschaft umfasst das Errichten einer Schule, die Instandhaltung des Schulgebäudes, das Aufkommen für die Betriebskosten, das Anschaffen von Einrichtungen und Lehrmitteln, die Kosten für die SchulärztInnen sowie das Einstellen von erforderlichem Hilfspersonal (SchulwartIn, HeizerIn, etc.). Das Bereitstellen von LehrerInnen ist hingegen bei den Pflichtschulen stets Aufgabe der Bundesländer.

gestiegen sondern sogar gegenüber dem letztjährigen Angebot gesunken sind, obwohl der Bio-Anteil erhöht wurde. Dies könnte eventuell auf eine Änderung der Zusammensetzung der Menüs zurückzuführen sein.

In den Anforderungen der Gemeinde Wien ist auch enthalten, dass täglich ein schweinefleischfreies, ein vegetarisches, ein kalorienreduziertes und ein DiabetikerInnenmenü zur Auswahl stehen muss.

Die Kosten für ein Volksschulmenü betragen zwischen 2,51 und 2,92 Euro, die Kosten für ein Hauptschulmenü zwischen 2,77 und 2,99 Euro. Die Kosten einer Schuljause liegen zwischen 7,79 und 1,00 Euro. Von der Gemeinde werden im Falle sozialer Bedürftigkeit Zuschüsse zu den Essenskosten bezahlt.

In dem Kriterienkatalog für die Mittagsverpflegung der Gemeinde Wien ist festgelegt, dass die Firma zur regelmäßigen Betreuung am jeweiligen Schulstandort verpflichtet ist und an periodisch zu vereinbarenden Treffen teilnehmen muss. Dies wurde auch von den interviewten Schulen bestätigt. Alle zwei bis drei Monate finden in Wien Speiseplanbesprechungen zwischen der Firma, der Magistratsabteilung 56, den Schuldirektionen, den FreizeitleiterInnen, einer VertreterIn der SchulärztInnen, VertreterInnen des Elternvereins und dem Küchenpersonal statt. (VSR 263-294)

Während in Wien die Firmen (Tief)Kühlkost liefern, werden die Grazer Ganztagschulen von einer Zentralküche beliefert.

Schulbuffets

In vielen Schulen werden Schulbuffets angeboten. Die Schulen vergeben Pachtverträge anhand einer Richtlinie und eines Mustervertrags vom Bildungsministerium, die von den jeweiligen LandesschulrätInnen abgeändert werden können (BMBWK 1997/2). In diesen Pachtverträgen sind die zu verkaufenden Produkte (der sogenannte Warenkorb) geregelt.

Der Warenkorb soll Vollkornbrot, Knäckebrötchen, Weißbrotgebäck, Milchgetränke, Mineralwasser, Fruchtsaftgetränke, belegte Brote, Joghurt, Obst je nach Jahreszeit sowie gegebenenfalls warme Suppen und die verschiedensten Formen von Müsli enthalten. Produkte aus biologischem Anbau und möglichst ökologische Verpackungen werden empfohlen. Nicht enthalten sein sollen stark zuckerhaltige Speisen und Getränke, Rauchwaren, alkoholische Getränke und Rohmilchprodukte.

Es scheint jedoch so zu sein, dass dieses Mindestangebot nicht immer eingehalten wird, da das Bildungsministerium in der Buffetrichtlinie extra um konsequentere Beachtung als bisher ersucht. (BMBWK 1997/2)

Falls das Angebot des Buffets z.B. aufgrund von Wünschen seitens der SchülerInnen, Eltern oder der Schulleitung geändert wird, könnten diese Pachtverträge theoretisch gekündigt werden, da der Warenkorb verändert wurde. (LSR Szbg 2003, ÖNGS-K 2002). Diese Möglichkeit dürfte aber in der Praxis kaum wahrgenommen werden.

Vom Landesschulrat Salzburg wurde angemerkt, dass zwar laut Vertrag beim Schulbuffet auf gesunde Ernährung zu achten sei, dies aber in der Realität nicht immer eingehalten werde, da es schwer sei von den BuffetbetreiberInnen, denen in der Regel die entsprechende ernährungswissenschaftliche Kompetenz fehle, zu verlangen, den SchülerInnen gesunde Ernährung nahe zu bringen. In diesem Punkt seien auch die Eltern gefragt. (LSR 2003)

Ein Preisvergleich der Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte (AK) ergab, dass das Angebot in Schulbuffets durchschnittlich teurer ist als im Supermarkt. Obst ist um 12 % teurer, Gebäck um bis zu 5 %, belegte Weckerl um 13 %, Mehlspeisen um 27 % und Trinkkakao um 51 %. Billiger sind lediglich Würstel mit Senf.

Gesundheitlich vorteilhafte Produkte sind oft teurer: Am beliebtesten ist nach wie vor die Extrawurstsemmel (0,85 Euro). Ein Kornspitz mit Tomaten und Mozzarella kostet hingegen das Doppelte (1,59 Euro). (AK 2004/3)

Diese Preisunterschiede lassen Konkurrenz zwischen den Schulbuffets und den Geschäften in der Schulumgebung vermuten. Anreize, damit Kinder trotzdem – falls vorhanden - gesundheitsfördernde Angebote im Schulbuffet kaufen statt in den Supermarkt ums Eck zu gehen, wären nötig.

Gesunde Jause

In etlichen Schulen gibt es Projekte zur "gesunden Jause" (siehe auch Kapitel 4.2.2). Zum Teil sind hier die Schulbuffets einbezogen, oft verkaufen die SchulwartInnen diese Jause, manchmal organisieren Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen die Jause selbst. Wie die untersuchten Fallbeispiele zeigen, funktioniert das Angebot aufgrund des jeweiligen Engagements der Beteiligten unterschiedlich gut. Es gibt keine strukturelle Verankerung einer Jause, sie basiert auf Einzelinitiativen. In Ganztagschulen kann der Elternverein eine Jause beim Essenslieferanten mitbestellen.

Ökologisch produzierte Lebensmittel in der österreichischen Schulverpflegung

Österreich hat den Ruf in Sachen Bio Lebensmittel "Europameister" zu sein. Rund jedeR 10. BäuerIn ist BiobäuerIn, im Jahr 2001 wurden 9,22 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach biologischen Kriterien bewirtschaftet¹¹. Die Anzahl der biologisch wirtschaftenden Betriebe ist in Österreich seit 1998 zurückgegangen, trotzdem konnte die biologisch bewirtschaftete Fläche erhöht werden: Die biologisch bewirtschaftete Ackerfläche nahm stärker zu als die biologisch bewirtschaftete Grünlandfläche abnahm. (BMLFUW 2002/1, BMLFUW 2001)

Damit dieser Trend anhält, wurde gemeinsam mit den Bio-Verbänden ein Bio-Aktionsprogramm vereinbart und schrittweise umgesetzt. (BMLFUW 2002/2; BMLFUW 2002/1) Darin enthalten ist u.a., dass die biologische Landwirtschaft bei KonsumentInnen und in Schulen und Kindergärten immer bekannter gemacht werden soll. In einigen Schulen wurden biologische Landwirtschaft in Form von neuen Unterrichtsgegenständen bzw. Veränderungen im Lehrstoff eingebracht.

In Niederösterreich, Steiermark und Burgenland existieren seit 2001 bzw. 2002 Entschließungen der Länder, den Anteil der Bio-Lebensmittel in der Schulverpflegung und anderen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung auf 25 % anzuheben. (Entschließung Bgl. 2001, Entschließungen Stmk 2002) In Niederösterreich wird auch verstärkt auf die Herkunft der Lebensmittel geachtet, indem überwiegend direkt bei bäuerlichen DirektvermarkterInnen eingekauft werden soll. (Entschließung NÖ 2001)

In Wien wurde die Verwendung von biologischen Lebensmitteln in Schulen im Unterschied zu den anderen Bundesländern bis 2005 im Rahmen des Klimaschutzprogrammes als freiwillige Selbstverpflichtung angeregt. Seit 2005 müssen jedoch – wie weiter oben bereits erwähnt - in den Wiener Ganztagschulen mindestens 30 % Bio-Lebensmittel in der Schulverpflegung eingesetzt werden. In Kindergärten werden bereits 43 % aller Lebensmittel in Bio-Qualität angeboten, in Spitälern 30 %. (SPÖ 2005)

3.5.2 Schulverpflegung in Schweden

Der Beginn des Angebots an Verpflegung in schwedischen Schule datiert mit 1946 (vereinzelt auch schon früher), und zwar für Familien, die Bedarf anmeldeten. Von 1946 an wurde die Schulverpflegung zu 100 % durch den Staat finanziert und reguliert. In der Folge verringerte sich der staatliche Anteil immer mehr und die Verantwortung für die Schulverpflegung verlagerte sich in Richtung Gemeinden. (NFA 2002)

Seit den 70er-Jahren wird Verpflegung in Schulen flächendeckend in allen Gemeinden angeboten. Die Schulen erhalten das Schulessen entweder von Firmen, die

¹¹ Zum Vergleich: Deutschland hat 3,2 % Bio-Fläche.

entsprechende Ausschreibungen erfüllt haben, oder haben eigenes Küchenpersonal. (Kungsholmen 2004/2)

Zur Zeit werden täglich 1,5 Mio. Mittagessen in Schulen angeboten. (NFA 2002)

Im Schulgesetz ist festgelegt, dass jeder Schüler und jede Schülerin ein freies Essen (Finanzierung aus Steuergeldern) erhalten soll. (Skollagen 1997) Die Gemeinden sind sowohl für die Bereitstellung als auch für die Finanzierung des Schulessens verantwortlich.

Für die Grundschule wurden im Jahr 2000 6 Mrd. Euro ausgegeben. Darin sind auch die Kosten für die Schulverpflegung enthalten. Durchschnittlich 6 % des Gemeindebudgets wird darauf verwendet. (SNW1 2002)

Es gibt jedoch zwischen den einzelnen Schulen in Hinblick auf Qualität, Kosten, Organisation und Zuständigkeiten Unterschiede. Einige Gemeinden stecken einen größeren Anteil ihres Budgets für Kinderbetreuung in die Schulernährung, andere einen kleineren. (NFA 2002)

Im Vergleich zwischen frisch kochen und Essen zukaufen ergab sich in Schweden, dass frisch kochen billiger ist. (NFA 2002)

Schwedische Gemeinden verwenden Leistungsverzeichnisse für die Firmen, die Schulessen kochen oder liefern. So stellt zum Beispiel die Gemeinde Stockholm folgende Anforderungen: Das Essen muss wohlschmeckend, von guter Qualität und variationsreich sein, sowie den Schwedischen Ernährungsempfehlungen und den Bedürfnissen der aktuellen EssensgästInnen entsprechen. Das Mittagessen soll 30 % des Energie- und Nährstoffbedarfs der SchülerInnen abdecken. Es muss eine vegetarische Variante angeboten werden. Für die ca. 5 – 10 % der SchülerInnen, die eine spezielle Diät halten, muss geeignetes Essen in guter Qualität angeboten werden. Es soll ein Salat- und Rohkostbuffet geben. Einmal in der Woche muss KRAV-zertifiziertes¹² Essen serviert werden. Generell soll der KRAV-zertifizierte Bio-Anteil 10 % betragen, entsprechend dem Umweltprogramm der Stadt Stockholm. Die Firma muss ein Umweltsystem haben, die Mahlzeiten müssen mit umweltverträglichen Fahrzeugen transportiert werden, wobei die Transportstrecken zu minimieren sind, und die Abfallmengen müssen reduziert werden. Die Mahlzeiten müssen frei von gentechnisch veränderten Organismen sein, es darf kein antibiotikabehandeltes Fleisch verwendet werden, und generell muss das Herkunftsland des Fleisches angeführt werden.

Auf Betreiben der Firma muss viermal im Jahr ein Essenbeirat (matråd) abgehalten werden. (Kungsholmen 2004/1) Dieser Essensbeirat wird besetzt aus VertreterInnen der Eltern, der SchülerInnen, der Schulangestellten, der Schuldirektion und des Caterers.

¹² KRAV = Zertifizierungsorganisation für Bio-Lebensmittel, siehe Kapitel 6.5.

Bei diesem Beirat werden eventuelle Probleme und der Bedarf an Veränderungen diskutiert. Die Firma ist verantwortlich, dass die auf dieser Versammlung beschlossenen Änderungen durchgeführt werden. (Kungsholmen 2004 und 2004/1)

Obwohl in Schweden das freie Schulessen gesetzlich verankert ist, regelt das Schulgesetz nichts über die Qualität des Essens.

Um für eine gute Qualität zu sorgen veröffentlichte die National Food Administration 2001 Richtlinien für die Schulernährung und versandte eine Broschüre an alle Schulen in Schweden. Diese Richtlinien enthalten Vorschläge, die auf ernährungsphysiologischen Erkenntnissen der Nährstoffzufuhr (Nordic Nutrition Recommendations) basieren. Die National Food Administration hat diese Empfehlungen bereits in konkrete Vorschläge für Mahlzeiten umgelegt, da viele Schulen dazu nicht in der Lage sind. (NFA 2001)

Die Anwendbarkeit der Richtlinien steht somit im Vordergrund und findet auch im überragenden Echo der Schulen Bestätigung. Die Broschüre ist derzeit noch nicht evaluiert. Die Befolgung der Richtlinien ist freiwillig, werden aber von vielen Schulen gerne aufgegriffen.

Die Richtlinien basieren hauptsächlich auf den Erfahrungen der Organisation Stockholm County Council - Centrum för Tillämpad Näringslära, Stockholms läns landsting (regionalpolitische Einheit), die bereits davor eine Richtlinie für Stockholm und Umgebung ausgearbeitet und herausgegeben hat. (NFA 2002)

Ökologisch produzierte Lebensmittel in der schwedischen Schulverpflegung

In den Richtlinien der National Food Administration für Schulernährung wird auch auf Bio-Lebensmittel eingegangen. Allerdings blieb die Argumentation für Bio-Lebensmittel beim Nutzen für die Umwelt, da es über Unterschiede in ernährungsphysiologischer Hinsicht nach wie vor keinen wissenschaftlichen Konsens in Schweden gibt. Es wurden aber Empfehlungen für Bio-Lebensmittel und besonders für regional produzierte Lebensmittel abgegeben. (NFA 2002)

Die schwedische Regierung hat das Ziel bis 2005 20 % der landwirtschaftlichen Fläche auf biologische Bewirtschaftung umzustellen. Zudem sollen bis 2005 10 % der Milchkühe und des Rind- und Schaffleisches aus biologischer Tierhaltung stammen. Von den von staatlicher Seite dafür zur Verfügung gestellten Mittel wird etwa die Hälfte für Marketing und KonsumentInneninformation eingesetzt. Die ÖkobäuerInnen-Organisation Ekologiska Lantbrukarna hat ein noch weitergehendes Ziel, nämlich "302010", was soviel bedeutet wie 30 % Biolandwirtschaft bis 2010.

In Schweden gibt es derzeit 3329 zertifizierte Öko-Landwirtschaftsbetriebe und 120.000 ha ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche (dies entspricht 12 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche). Von diesen 12 % sind jedoch nur 5,2 % von der

einzigsten Bio-Zertifizierungsstelle KRAV ökologisch zertifiziert. Nur zertifizierte Lebensmittel können als Bio-Lebensmittel verkauft werden. Die Nachfrage ist größer als das Angebot an schwedischen Bio-Lebensmitteln, daher steigt der Import.

Viele Gemeinden treffen Entscheidungen über die Verwendung eines bestimmten Prozentsatzes an biologisch produzierten Lebensmitteln in Kindergärten und Schulen, aber auch in Krankenhäusern und Altersheimen. (SNW1 2002) Eine Studie aus dem Jahr 2001 hat ergeben, dass 46 % der befragten Kommunen politische Beschlüsse zur Verwendung von Bio-Lebensmitteln in ihren Großküchen haben. (Mikkelsen u.a. 2002)

Etwa ein Drittel des gesamten Catering-Angebots in Schweden kommt direkt aus Herstellerbetrieben, zwei Drittel werden über Catering-Firmen gehandelt. Etwa 150 dieser Catering-Firmen haben ein Zertifikat von KRAV. Ein solches Zertifikat besagt, dass eine bestimmte Anzahl von Menüs aus biologischen Lebensmitteln angeboten wird. Die Produktgruppen für die Gemeinschaftsverpflegung, die aus biologischem Anbau stammen, sind v.a. Milch, Milchprodukte und Gemüse. Darüber hinaus steigt der Absatz von Bio-Fleisch an. (Mikkelsen u.a. 2002)

3.5.3 Fazit Schulverpflegung

In Schweden und Österreich wird Schulverpflegung unterschiedlich organisiert. Während in Schweden die Gemeinden die Finanzierung übernehmen, bezahlen in Österreich die Eltern (bei Bedarf mit Beihilfen).

Verantwortlich für die Organisation des Mittagessens in der Schule sind in Österreich die Schulträger, also entweder Bundesländer, Gemeinden oder Gemeindeverbände. In Schweden sind die Gemeinden zuständig.

Ein wichtiges Instrument der Regelung der Schulverpflegung sind die Leistungsverzeichnisse bzw. Anforderungskataloge an Caterer. Da in beiden Ländern Qualitätsvorgaben an Schulverpflegung nicht gesetzlich verankert sind, kommt den Leistungsverzeichnissen hier Bedeutung zu. Beispiele aus beiden Ländern zeigen auch, dass die Verankerung eines Bio-Anteils an den verwendeten Lebensmitteln über die Leistungsverzeichnisse festgelegt werden kann.

Mitbestimmung von allen beteiligten AkteurInnen bei der Gestaltung des Mittagessens kann ebenfalls in den Leistungsverzeichnissen verankert werden. So werden in Schweden Essensbeiräte vorgeschrieben, deren Ergebnisse von den Caterern berücksichtigt werden müssen. Auch im Anforderungskatalog der Gemeinde Wien wird den Caterern vorgeschrieben, dass sie KundInnenwünsche erheben und umsetzen müssen, was in Form von sogenannten Speiseplansitzungen umgesetzt wird.

Die Verwendung von Lebensmitteln aus ökologischer und regionaler Produktion wird vor allem in Österreich auf der Ebene von Gemeinden und Bundesländern forciert. Um es allen Schulen und Eltern, die eine Mittagsverpflegung zukaufen, zu ermöglichen einen gewissen Bioanteil zu beziehen, dürfen sich die Kosten dadurch nicht oder nur sehr wenig erhöhen.

3.6 Zusammenfassung der Rahmenbedingungen

Der **demografische Vergleich** zwischen Deutschland, Österreich und Schweden zeigt einen wesentlichen Unterschied in der Zahl der Bevölkerung (Deutschland hat die meisten EinwohnerInnen der EU, während Österreich und Schweden jeweils etwa ein Zehntel dieser EinwohnerInnenzahl haben). Unterschiedlich ist auch die großstädtische Struktur Deutschlands zur ländlichen Struktur Schwedens und Österreichs.

Die **Geburtenrate** in Deutschland fällt seit 2000 stetig, während sie in Schweden wie auch in anderen skandinavischen Ländern im Steigen ist. Dass die Geburtenrate in den skandinavischen Staaten relativ hoch ist, scheint im Zusammenhang mit der Gleichstellungs- und Familienpolitik und den daraus folgenden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stehen.

Vor allem in Österreich und Deutschland ist aufgrund der **nicht ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten** die Rolle von Großeltern und anderen Verwandten maßgeblich. Eine Alternative sind staatliche Angebote für Kinderbetreuung, wie sie etwa in Schweden gesetzt werden.

Verschiedene Politiken wie Bildungspolitik, Gleichstellungs- und Familienpolitik, Ernährungs- und Gesundheitspolitik, aber die auch Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse und die Bedingungen des Arbeitsmarktes bilden einen Rahmen für Ernährung in der Schule.

Staatliche **Gleichstellungs- und Familienpolitiken** folgen unterschiedlichen Leitbildern. So forciert Schweden – im Unterschied zu Österreich und Deutschland- ein Leitbild der vollzeitlich erwerbstätigen und somit finanziell unabhängigen Personen und unterstützt die SchwedInnen mit einer Reihe von weiteren Gleichstellungsmaßnahmen und der Übernahme von staatlicher Verantwortung für die Kinderbetreuung.

Als Konsequenz aus diesem Leitbild wurde die ganztägige Kinderbetreuung eingeführt, die auch eine Mittagsverpflegung umfasst. Der schwedische Staat übernimmt sowohl für Kinderbetreuung als auch für die Schulernährung Verantwortung, indem Rechtsansprüche auf diese Betreuung gesichert wurden und indem sie organisiert und finanziert wird.

Im Hinblick auf die Kinderbetreuung ist die Vollzeit- und Teilzeiterwerbsquote von Frauen und Männern besonders interessant. Schweden ist das einzige der drei Länder, in dem die Vollzeiterwerbsquote der Frauen steigt. Dies ist unter anderem nur deshalb möglich, weil der Staat entsprechende **Verantwortung in der Kinderbetreuung** übernimmt. Da Kinderbetreuung auch die Verantwortung für die Ernährung der Kinder umfasst, zeigt sich hier bereits, wie unterschiedlich Ernährungsverantwortung verteilt sein kann: Entweder liegt der Hauptteil bei den Eltern (und hier vor allem bei den Müttern), oder der Staat übernimmt einen Teil der Verantwortung.

In Deutschland wird das Pflichtschulsystem derzeit zu **Ganztagschulen** umgestaltet. In der öffentlichen Diskussion wird auf die europäischen Vorbilder (z.B. Finnland.) Bezug genommen, die ein Gesamt- und Ganztagschulsystem aufweisen, so wie es auch in Schweden der Fall ist. Als in verschiedener Hinsicht vorbildhaft kann die schwedische Politik gesehen werden. Jedes Kind hat in Schweden dasselbe **Recht auf Kinderbetreuung** und schulische Erziehung unabhängig von der Herkunft. Bei Bedarf haben die Kinder auch ein Recht auf spezielle Unterstützung.

Demokratische Werte in der schwedischen Bildungspolitik erweisen sich als grundlegend für die Ermöglichung von Partizipation, die in möglichst allen Bereichen des Schulalltags umzusetzen ist, so zum Beispiel auch in der Mitbestimmung bei der Organisation des Schulessens durch den schwedischen Essensbeirat.

Die Verantwortungsübernahme von Staat und Gemeinden für die für Ganztagschulen notwendige Schullernährung ist in Schweden schon lange integriert, in Deutschland muss sie erst im Zuge des Umbaus des Schulsystems neu verteilt werden.

In Schweden und Österreich wird **Schulverpflegung** unterschiedlich organisiert. Während in Schweden die Gemeinden die Finanzierung übernehmen, bezahlen in Österreich die Eltern (bei Bedarf mit Beihilfen).

Ein wichtiges Instrument der Regelung der Schulverpflegung sind die **Leistungsverzeichnisse** bzw. Anforderungskataloge an Caterer. Da in beiden Ländern **Qualitätsvorgaben** an Schulverpflegung nicht gesetzlich verankert sind, kommt den Leistungsverzeichnissen hier Bedeutung zu. Beispiele aus beiden Ländern zeigen auch, dass die Verankerung eines Bio-Anteils an den verwendeten Lebensmitteln über die Leistungsverzeichnisse festgelegt werden können. Mitbestimmung von allen beteiligten AkteurInnen bei der Gestaltung des Mittagessens kann ebenfalls in den Leistungsverzeichnissen verankert werden.

Die Verwendung von **Lebensmitteln aus ökologischer und regionaler Produktion** wird vor allem in Österreich von Gemeinden und Bundesländern forciert. Um es allen Schulen und Eltern, die eine Mittagsverpflegung zukaufen, zu ermöglichen einen gewissen Bioanteil zu beziehen, wird Wert darauf gelegt, dass sich die Kosten dadurch nicht oder nur sehr wenig erhöhen.

Gerade weil in Deutschland die Arbeitslosigkeit höher ist als in Österreich und Schweden, folgt dass jegliche Maßnahmen zur Schulernährung notwendigerweise auf **soziale Bedingungen** Rücksicht nehmen muss. Wenn Essen (bestimmter Qualität) angeboten wird, muss auch die Finanzierung gesichert werden. Dies gilt vor allem für die besonders armutsgefährdeten Personengruppen wie MigrantInnen und Alleinerzieherinnen.

Der **Ernährungs- und Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen** ist in allen drei Ländern nicht optimal, vor allem zeigt sich die Zunahme von Übergewicht.

Da in Deutschland die fragmentierte **Ernährungspolitik** als Problem definiert wurde, könnte die Vorgangsweise für die Erstellung des schwedischen nationalen Aktionsplans, der übergreifend verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert, als Vorbild dienen. Die Einbindung aller relevanten AkteurInnen bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen politischen Konzepts zu ermöglichen hat sich als notwendig erwiesen, wie die Evaluation des ersten schwedischen Aktionsplans zeigte.

4 Fallbeispiele in Österreich und Schweden

Die Ergebnisse der Analyse der länderspezifischen Rahmenbedingungen für Schulernährung in Österreich und Schweden sollen durch die Untersuchung von Fallbeispielen vertieft und ergänzt werden. Auch wenn Regelungen und Strukturen bestehen, die Good Practice im Hinblick auf die Prämissen nachhaltiger Ernährung (siehe Kapitel 2) vermuten lassen, zeigt sich oft erst in konkreten Fallbeispielen, ob diese Strukturen anwendbar und somit alltagsadäquat sind und dazu beitragen, Probleme zu lösen.

Zuerst werden die schulischen Fallbeispiele beschrieben, danach die Fallbeispiele von Netzwerken und zuletzt die Fallbeispiele aus Gemeinden. Jedes Unterkapitel endet mit einem Fazit.

4.1 Schulische Fallbeispiele

In der ersten Phase des Projekts wurden sowohl in Österreich als auch in Schweden Schulen untersucht, die von ExpertInnen als vorbildlich in Bezug auf ihr Engagement für Ernährung beschrieben wurden (HBLA, HS NÖ, VS NÖ, SVS1).

In der zweiten Interviewphase wurden Ganztagspflichtschulen aus zwei österreichischen Städten untersucht, und zwar zwei Hauptschulen in Graz und drei Volksschulen in Wien. Generell wurden Ganztagschulen ausgewählt, um einen besseren Bezug zur Situation in Deutschland herstellen zu können, die ja derzeit gekennzeichnet ist durch

den Umbau auf Ganztagschulen. Die fünf untersuchten Schulen wurden weiters ausgewählt, da sie Regelungen zur nachhaltigen Schulverpflegung haben.

In Schweden wurden zwei Schulen aus den Gemeinden ausgewählt, in denen ebenfalls Interviews geführt wurden.

4.1.1 Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft (HBLA)

Bei der in Großstadtnähe gelegenen HBLA handelt es sich um einer direkt dem BMLFUW¹³ unterstellten Höheren Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft und Umwelttechnik, mit dazugehörigen Internat und biologisch wirtschaftendem landwirtschaftlichen Betrieb. Die SchülerInnen (ca. 350) kommen aus einem weiten Einzugsgebiet und sind zwischen 15 und 18 Jahren alt.

Im Jahre 2001 wurde bei einem Gespräch zwischen dem Direktor der Schule und dem damaligen Bundesminister für Landwirtschaft über die Umstellung der Küche auf biologische Lebensmittel diskutiert. In Absprache mit der Wirtschaftsleiterin, die auch die gesamte Planung dieses Projekts über hatte, wurde die Umstellung als Schulversuch gestartet. Dieser lief mit Ende 2002 aus. Aufgrund des Status als Schulversuch stellte die Finanzierung der durch das Projekt entstandenen Kostensteigerung um ca. 30-35 % kein Problem dar.

Zielsetzung der Schule ist es Bio-BäuerInnen zu fördern (HBLA) und Jugendliche auf gesunde Ernährung aufmerksam zu machen (HBLA 19-20). Die Zuständigkeiten für das Schulessen teilen sich die Wirtschaftsleiterin und das Küchenpersonal. Die Ernährungskompetenz wird dadurch gefördert, dass die Organisation und Vorbereitung des Essens teilweise in den Unterricht integriert sind. Gegenwärtig werden die Biolebensmittel zum großen Teil aus der eigenen Region zugekauft bzw. werden Tiere der eigenen Landwirtschaft von den SchülerInnen im Praxisunterricht verarbeitet. Was in diesem Fallbeispiel deutlich zu Tage tritt, ist die Schwierigkeit, Bioqualität in den richtigen Mengen zu bekommen, auch sind mehr Rücksprachen mit LieferantInnen, mehr Flexibilität und Kompromissbereitschaft nötig. (HBLA 77-88)

Es erfolgte nicht nur eine Umstellung auf biologische Lebensmittel, auch die Zusammensetzung der Mahlzeiten wurde verändert. Beim Frühstück wurden die bisher verwendeten Kaisersemmeln durch Kärntnersemmeln und Schwarzbrot sowie Müsli ersetzt. Beim Mittagessen gibt es seit Herbst 2001 zwei Menüs zur Auswahl – eines mit und eines ohne Fleisch, wobei letzteres insbesondere von Schülerinnen gut aufgenommen wird (HBLA 111-113): Mädchen werden somit als ernährungsbewusster wahrgenommen: „... dass wir immer mehr Mädchen an der Schule haben, die ja sehr viel ernährungsbewusster sich ernähren und u.a. mehr weg vom Fleisch essen ...“. (HBLA 31-33) Ein Salatbuffet mit verschiedenen Dressings rundet das Angebot ab.

¹³ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

In der HBLA existieren bezüglich Essen Organisations- und Kommunikationsformen, die den Kategorien nachhaltiger Ernährung entgegenkommen. So wird in Internatsbesprechungen Ernährung thematisiert. Die Wirtschaftsleiterin spricht sich mit den FachlehrerInnen bezüglich des Speiseplans ab, um eine Integration in den Praxis-Unterricht zu ermöglichen. (HBLA 66) Auch werden Anregungen bzw. Wünsche von SchülerInnen von der Wirtschaftsleiterin entsprechend in die Planung einbezogen. (HBLA 139-140)

4.1.2 Landhauptschule (HS NÖ)

Die Landhauptschule liegt im ländlichen Niederösterreich und betreut insgesamt ca. 560 SchülerInnen zwischen 10 und 14 Jahren.

Bereits im September 1997 starteten LehrerInnen das Projekt „Gesunde Ernährung“, das sich fächerübergreifend über ein Jahr durch alle Klassen zog.

Ziel des Projekts war die bewusste Auseinandersetzung mit Ernährung und Gesundheit, Ernährung und Umwelt sowie Ernährung und sozialen und lokalen Kreisläufen. Wandertage zu regionalen biologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben mit Verkostung von Bioprodukten und Mithilfe bei der Produktion, Kurse für Eltern und Kinder (z.B. zu vitaminschonendem Garen), Elternabende, Projekte zu Trinkgewohnheiten, Süßungsmitteln, Massentierhaltung, Lebensmitteletikettierung u.v.m wurden veranstaltet. Im Projekt wurde zweimal wöchentlich eine gesunde Schuljause angeboten. Die SchülerInnen bereiteten die gelieferten Produkte selbst zu und vertrieben sie anschließend in der Pause. Die Verrechnung wurde ebenfalls von den SchülerInnen durchgeführt.

Nach Ende des Projektes wurde dies beibehalten und die gesunde Schuljause täglich angeboten. Der Verkauf und Abrechnung erfolgt nach wie vor durch die SchülerInnen selbst. LieferantInnen sind regionale Biobetriebe, die Bäckerei und die Fleischhauerei des Ortes. Jeder Betrieb liefert an einem anderen Tag. Zuständig für die Jause ist ein Team aus LehrerInnen und SchülerInnen, das durch die Direktion unterstützt wird.

Ziel der Aktivitäten ist es, das Essbewusstsein der Kinder positiv zu beeinflussen (HS 104). Die Ernährungskompetenz wird neben den genannten Aktivitäten durch Vorträge und Exkursionen gefördert, wodurch auch ein Zugang zu den Eltern möglich wird. Veränderungen haben sich laut dem Interviewpartner bereits eingestellt: Bei Ausflügen ist es merklich, dass ein Teil der SchülerInnen kein Fast Food mehr isst. *„Wir sind dorthin gegangen, haben uns angemeldet, ich habe den Kindern die Gutscheine (Anm. von MacDonalds) gegeben, ich muss sagen, ich bin auf der Hälfte der Gutscheine sitzen geblieben, weil die Kinder einfach gesagt haben, das essen wir eh nicht“* (HS 161-163).

Bei der Organisation des Schulessens herrscht ein reger Austausch zwischen der Schule und regionalen LieferantInnen (Bauern/Bäuerinnen, FleischhauerInnen, BäckerInnen), die an bestimmten Tagen auch an die Schule kommen und ihre Produkte selbst verkaufen. Die Kooperation mit den LandwirtInnen ist ein wesentlicher Punkt im Projekt, der durch die ländliche Lage der Schule ermöglicht wird.

Finanziell erhält sich die Schuljause selbst. Gelder, die darüber hinaus erwirtschaftet werden, fließen in zusätzliche Essensangebote für die Kinder.

Was in diesem Fallbeispiel besonders zu Tage tritt ist der Gender-Aspekt in der Ernährungsverantwortung, ohne dass dieser wahrgenommen wird: „... *auch der Elternverein sich einschalten können mit Frauen, die uns streichen helfen. Und das haben wir so im Schneeballsystem gemacht, eine Dame hat von unseren Lehrern einmal gelernt, wie wir das gern hätten und jetzt haben wir schon bis zum Schulschluss Elternvereinsvertreter, die kommen und uns einen Tag streichen helfen.*“ (HS 64-69)

Was beklagt wird ist die zunehmende Verschlechterung der strukturellen Rahmenbedingungen (Stundenkürzungen, Personaleinsparungen, etc). Dennoch werden derzeit mehrere Nachhaltigkeitskriterien erfüllt: Die Verwendung von Vollkornprodukten wirkt gesundheitsfördernd, die Ernährung wird alltagsadäquat organisiert, da sie sich dem Schulalltagsverlauf anpasst, sie ist durch die Verwendung von Bioprodukten risikoärmer als konventionelles Essen und durch die Regionalität der LieferantInnen umweltverträglicher. Die Essenzubereitung gestaltet sich zudem zwischen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern partizipativ.

Generell überwiegt in diesem Beispiel der Gesundheitsaspekt gegenüber den ökologischen Ansprüchen. Trotz des Ernährungsschwerpunkts existiert keine Netzwerkeinbindung und sind die Bio-Regelungen der Niederösterreichischen Landesregierung (siehe Kapitel 3.5.1) unbekannt.

4.1.3 Volksschule (VS NÖ)

Die Volksschule liegt in einer ländlichen Gegend von Niederösterreich und betreut ca. 70 Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren. Die Schule ist zum Teil Montessoriorientiert. Die Tatsache, dass nicht alle Kinder eine Jause von zu Hause mitbekamen, war für die damalige Direktorin ein Grund, um 1993 das Projekt „Gesunde Gemeinde – Gesunde Schule“ zu starten. (VS 28) Zeitgleich startete die Gemeinde das Projekt "Gesunde Gemeinde".

Zu Beginn des Projekts wurde ab und zu Frühstück (Müsli) mit den Kindern zubereitet, dann einmal in der Woche ein gesundes Brötchen. Später wurde eine tägliche Jause angeboten, die monatlich bestellt und bezahlt wurde. Brot und Gebäck wurden von einer Bäckerei geliefert, die einen eigenen Schulschlüssel hat. Täglich gab es Butter, Käse, teilweise auch Wurst und diverse Aufstriche auf das Gebäck, die von den Eltern gespendet wurden. Seit Oktober 2002 beteiligte sich der Elternverein und liefert nun einmal wöchentlich Obst und Gemüse zum Knabbern, die zusammen mit der Jause

gegessen werden. Das Obst und Gemüse erhalten auch jene Kinder, die nichts bestellt haben.

Einmal im Monat gibt einen Gesundheitstag, an dem alle Klassen miteinander kochen und essen. Dazu werden auch die Eltern der Kinder zur Mithilfe eingeladen. Um dies alles zu ermöglichen wurde eine Küche eingerichtet und die Garderobe umgestaltet, sowie die starre Pausenordnung aufgehoben. Es gibt jetzt eine große Pause von 25 min, in der in der Garderobe, im Sommer auch auf der Terrasse oder im Garten, gegessen wird.

Die Ernährungskompetenz wird durch die Einführung eines monatlichen Gesundheitstages gefördert, an dem die LehrerInnen gemeinsam mit den SchülerInnen ihr Essen zusammenstellen und zubereiten. Zudem werden Exkursionen veranstaltet, um den Kindern Einblick in die Produktion von Lebensmittel zu gewähren.

Im Unterricht wird Ernährung fächerübergreifend behandelt: *„Wenn die Kinder jetzt abwägen, dann ist das Mathematik, wenn die Kinder ein Arbeitsblatt ausfüllen, was habe ich heute gekocht, dann ist das Deutsch. Wenn ich darüber spreche, ist es Deutsch-Sprecherziehung, wenn ich nachher Bewegung mache, habe ich Turnen, also es passt alles mit dem Lehrplan zusammen.“* (VS 283-287).

Kontinuität in der Wissensvermittlung kommt somit hohe Bedeutung zu: *„Heuer haben wir wieder einen Gesundheitsvortrag an der Schule gehabt, man muss die Eltern immer wieder – man muss immer wieder von vorne anfangen. Wenn man lange nichts macht merkt man – aha ...“* (VS 115-117) Erste Erfolge zeigen sich darin, dass die Schul-Praxis, für die Jause Bioprodukte zu verwendet und zusätzlich Gemüse mit Dips und Obst anzubieten, teilweise von den Eltern übernommen wird.

Wesentlich für das nachhaltige Bestehen des Projekts ist also die Zusammenarbeit der Beteiligten: Eltern (insbesondere Mütter und Großmütter), Elternverein, LehrerInnen und SchülerInnen und Schulwartin bilden eine SchulpartnerInnenschaft. Unterstützung erhält die Schule von der Gemeinde über das Schulbudget und im Rahmen des Projekts „Gesunde Gemeinde“. Die Bäckerei als Lieferant bietet eine Möglichkeit für Exkursionen und spendet Kostproben an den Einschreibetagen.

Als Kommunikationsschnittstellen sind insbesondere die Klassen- und Schulforen zu nennen, die partizipativ angelegt sind, sowie Vortragsveranstaltungen der Gemeinde und der Schule im Schulgebäude. (VS 86) Zudem werden Eltern an den Gesundheitstagen in die Schule eingeladen, um zu helfen. (VS 260-262) Hier tritt der Gender-Bias in der Betreuungslage zu Tage: Es sind insbesondere Frauen, die diese Leistungen – zumeist zusätzlich zu ihrer Berufstätigkeit erbringen, wodurch ihre individuelle Belastung steigt.

Finanziert wird die Jause von den Eltern, Gemüse und Obst stellt der Elternverein zur Verfügung. Entstehen höhere Kosten als geplant, so übernimmt das der Schulträger (Gemeinde). (VS 230, 235) Durch die Kooperation zwischen Schule, Gemeinde und Eltern existieren keine Finanzierungsprobleme.

In dieser Schule werden Umwelt- und Gesundheitsbereich generell als zusammengehörig betrachtet: „...wir wollen Schulen im Netzwerk, die im Umweltbereich etwas gemacht haben, aber genau so auch im Gesundheitsbereich, weil das gehört ja eh alles zusammen.“ (VS-323-324) Dies drückt sich unter anderem in der Teilnahme am Netzwerk Ökolog zur Ökologisierung von Schulen aus (siehe auch Kapitel 4.2.1). Ökologische Aspekte werden durch die Verwendung von Bioprodukten und die Vermeidung von Dosen, Folien und Plastik, sowie durch den Einsatz umweltfreundlicher Schulmaterialien berücksichtigt. „ Das heißt, Kinder, die eine Jause von zu Hause mitnehmen, nehmen sie im Tupper-Geschirr mit und nicht in Folie und nicht in Plastik und es gibt auch keine Dosen oder Packerln mit Saft an der Schule.“ (VS- 118-120) Es werden entsprechende Bemühungen unternommen, Ökologie und Ernährung attraktiv zu gestalten: „... weil immer wenn Ökologie oder Ernährung steht, das ist ja nicht sehr attraktiv, nicht, und das versuchen wir zu koppeln. Oder eben irgendwelche Veranstaltungen, kleine Theaterstücke mit den Kindern zu machen und das irgendwie zu koppeln mit anderen Sachen.“. (VS 92-95)

Für die Schulverantwortlichen besitzt Ernährung im Zusammenhang mit Gesundheit und Ökologie somit eine hohe Bedeutung. Bei den Eltern ist ein unterschiedliches Niveau des Bewusstseins vorhanden: „ ... wenn man sagt, bitte geben Sie den Kindern keinen Saft im Packerl mit, dass manche Eltern sagen, ist ja egal, dann fülle ich den Saft zu Hause in eine Flasche ...“ (VS 199-201)

Auch soziale Faktoren finden Berücksichtigung: Die Tatsache, dass nicht alle Kinder eine Jause mitbekommen, war ein Grund für den Projektstart. Dadurch dass der Elternverein Gemüse und Obst wöchentlich spendet, können auch Kinder partizipieren, die nichts für die Jause bezahlen können. (VS 28-29)

Ein weiteres internationales Projekt wird in dieser Schule umgesetzt („Learnsapes“), in dessen Rahmen das Schulgelände unter Einbeziehung aller SchulpartnerInnen zur nachhaltigen Nutzung umgestaltet wird. Dabei werden insbesondere die SchülerInnen in die Gestaltung des Schulgeländes einbezogen. So wurde der Schulhof neu gestaltet und ein Teil des Spielplatzes wurden seitens der Gemeinde der Schule zur Gestaltung überlassen. Dieses Projekt wird noch bis etwa 2006 dauern und ist mit dem „Comenius-Projekt“¹⁴ verwoben. Dabei kommen SchulpartnerInnen aus Schottland, Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland an die Schule und erstellen Programme für eine transnationale Zusammenarbeit, die ab 2007 umgesetzt werden sollen.

Insgesamt erfüllt diese Schule einen Großteil der Nachhaltigkeitsfaktoren: Die Vorgangsweise ist bedarfsgerecht, werden doch sozial Schwächere integriert, sie ist durch die eingesetzten Produkte gesundheitsfördernd und umweltverträglich. Die partizipativen Erfordernisse werden durch die Kooperations- und Mitsprachemöglichkeiten erfüllt.

¹⁴ Europäisches Projekt zum LehrerInnen-Austausch

Durch die kooperativen Rahmenbedingungen, der Zusammenarbeit unterschiedlicher AkteurInnen und die Verbindung mit einem thematischen Netzwerk (Ökolog) gelingt es Bedingungen zu schaffen, die Maßnahmen hinsichtlich einer gesunden Ernährung ermöglichen und gleichzeitig in die Alltagspraxis integrierbar machen.

4.1.4 Hauptschule Graz (MHS)

Diese Hauptschule im städtischen Umfeld mit 8 Klassen (180 SchülerInnen) bietet Nachmittagsunterricht an zwei Tagen in der Woche mit freiwilligem Essensangebot, das durch die städtische Zentralküche geliefert wird (25 % Biolebensmittel). Die Aufnahme der SchülerInnen wird durch einen Aufnahmetest gesteuert. Kinder von MigrantInnen sind für diese Schule keine Zielgruppe.

Die Schule hält keine expliziten Ernährungsprojekte ab. Ernährungskompetenz wird lediglich im Unterrichtsfach Ernährung und Haushalt (eine Wochenstunde) vermittelt. (MHS 397) Ernährungsrisiken und ernährungsbedingte Krankheiten sind ein Randthema im Unterricht, was mit Ressourcenproblemen begründet wird.

Das Essen wird von Zentralküche des Magistrats zugeliefert (MHS 35), Änderungen der Bestellung sind wöchentlich möglich. Es wird nur eine Menü-Schiene angeboten. Kinder, die alternatives Essen benötigen, wie VegetarierInnen oder MuslimInnen, erhalten dadurch keine alternativen Angebote: *„Ja, dann isst man halt das, was nicht Fleisch ist.“* (MHS Z 74) *„Wenn man Muslime ist hat man auch ein Pech gehabt, da gibt es halt was anderes dann, Erdäpfel oder nur Salat oder nur Suppe und das ist halt so.“* (MHS 78-79) Das Essensangebot wird in erster Linie von den kleineren Kindern wahrgenommen: *„Es essen nicht alle. Essen tun in erster Linie die Kleinen, die Großen gehen dann schon frei herum, (...) und fahren natürlich zum Jakominiplatz und sind halt eben beim McDonalds ...“* (MHS 521-524) Damit wird das Problem angesprochen, dass größere Kinder danach streben der schulischen Kontrolle zu entgehen: *„Ja, sie überreden die Eltern, dass sie nicht gehen wollen, die Eltern stimmen zu, weil sie eh nichts mehr zu Reden haben und dann ...“* (MHS 526-527) *„Man will ja frei sein, man will ja nicht dauernd unter Kontrolle sein.“* (MHS 541) Selbst wenn die Attraktivität des Essens erhöht werden würde, wird nicht mit einer höheren Akzeptanz gerechnet: *„Würde nicht mehr gehen, weil sie unter Aufsicht sind (beim Essen), oder wir versprechen den Eltern auch, wenn sie mit den Lehrern essen gehen, dass sie dann unter Aufsicht sind, da können sie nicht das tun, was sie vielleicht tun möchten.“* (MHS 535-537)

Einzelne Aktion werden von den Kindern auch längerfristig nicht angenommen wie z.B. die Apfel-Aktion: *„... wenn man jeden Tag einen Apfel in der Schule kriegt, dann wird es schon wieder fad. Das ist eine Zeitlang attraktiv und dann ist wieder aus“* (MHS 719-720)

Der Schulwart unterstützt Bestrebungen zur gesunden Ernährung nicht: *„... aber das ist das Problem, dass der Schulwart nicht einsteigt, weil wenn er eine gesunde Jause macht, macht er kein Geschäft ...“* (MHS Z 282) *„...Dass sicher nicht die Hälfte eine Jause mit hat. Man kauf sich das beim Schulwart, die Wurstsemmel oder was immer*

auch, und wenn man x-mal versucht, also wir haben es einfach aufgegeben jetzt.“ (MHS295-297) Auch das Engagement der Eltern ist bei gesunder Ernährung gering bzw. sogar kontraproduktiv: „Wir haben einen Fragebogen gemacht bezüglich Frühstück und dann auch die Kolleginnen über Ernährung, über’n Elternverein haben wir uns ein paar Spezialisten hergeholt, aber diejenigen, die man ja bewerben möchte oder die man umpolen möchte, die kommen ja eh nie.“ (MHS Z411-414) „...wenn die Eltern da nicht mitziehen, oder sagen, da hast 2 Euro und kauf dir wieder deine Wurstsemmel.“ (MHS 401-403).

Finanziell ist das Essen im Vergleich zu Alternativangeboten im schulischen Umfeld relativ günstig: *„Also das Essen da in der Schule ist so billig, die zahlen 1,80 Euro fürs Essen, mit Aufsicht, ...“ (MHS 732-733) „ Das ist wesentlich billiger als jeder Burger“ (MHS 743)*

Soziale Ungleichheit wird als Thema eher abgelehnt – die unterschiedlichen Lebensweisen hingegen problematisiert: *„...nachdem die Eltern den Kindern ja keine Jause mehr geben und selbst gar kein Frühstück haben ...“ (MHS 284-285) „Es kommt ja dazu, dass sehr viele Single-Erzieherinnen sind, das ist ja ein anderes Problem, die haben keine Zeit, die Kinder stehen alleine auf und man sieht einander am Abend vielleicht einmal, ja, ja, da sind einige Sachen.“ (MHS 367-369) Ungefähr ein Drittel der Eltern an dieser Schule sind Alleinerzieherinnen (MHS 378) Die zunehmend geringere Kinderzahl wird als Egoismus ausgelegt (MHS 183): *„Die (Eltern) können das nicht, und wollen das z.T. auch nicht leisten, weil es einfach unbequem ist dauernd fürs Kind da zu sein oder denken wir jetzt an die Single-Erzieherinnen, die ja irrsinnig viel Zeit aufwenden müssen, damit sie überleben, sprich einen Job haben und dann kommt noch ein Kind oder zwei Kinder dazu, da ist dann schon – ich mein, es gibt natürlich auch Mütter wie Sie, Gott sei Dank haben wir die auch, das ist vielleicht noch die Mehrheit, aber ...“ (MHS 607-611)**

Zusammenfassend stellt diese Schule eine Art von „worst case“-Szenario dar, das jedoch einige Problemfelder deutlich zu Tage bringt und deshalb für die Untersuchung interessant ist: Fehlendes Engagement und Berücksichtigung der Bedürfnisse seitens der SchülerInnen durch die Schule fällt hier zusammen mit Desinteresse am Thema bei den Eltern. Kooperationen funktionieren nicht und die Akzeptanz des Angebots bleibt gering. Interessant ist die Feststellung, dass die älteren SchülerInnen aufgrund ihres Freiheitsdranges sich im schulischen Umfeld mit Essen versorgen.

4.1.5 Ganztags Hauptschule Graz

Diese Hauptschule im städtischen Gebiet ist eine Gemeindeschule mit Tagesheim, bilingualen Klassen und kreativem Schwerpunkt. Sie bietet standortbedingt eine umfassende Betreuung von MigrantInnenkindern und von Kindern mit sonderpädagogischem Betreuungsbedarf. Es werden täglich ca. 120 Essen ausgegeben.

Die Schule betreibt ein Projekt mit der Österreichischen Gesellschaft für Gesundheitsförderung, welches wissenschaftlich begleitet wird durch die Universitätskinderklinik. Darin ist Ernährung und Ernährungsumstellung ein wesentliches Thema. (HSG 294-301)

Ziel der Schule ist es, die Einstellung der Kinder zum Essen zu ändern, was bei einzelnen auch gelingt. (HSG 437-441) Ernährung ist permanentes Thema - fast schon Unterrichtsprinzip. (HSG 363-364)

Die Lieferung des fertigen Essen erfolgt durch das eine andere Schule in Graz: Wobei die Zuverlässigkeit und die Qualität der Lieferanten als wichtig hervorgehoben wird (HSG 224-225): *„... nach einer leidvollen Geschichte, haben wir jetzt einen (Anm: Lieferanten) gefunden, der in der Qualität hochstehendes Essen liefert.“* (HSG 47-48) *„... das ist jetzt unser vierter Essenslieferant, und bei dem sozusagen, sind wir hoch zufrieden, weil er einerseits versucht, ähm, sehr kindergerecht zu kochen, dann Rücksicht nehmen muss beim Kochen auf die vielen islamischen Kinder. Und äh sozusagen am Tag relativ spät kocht, dass das Essen relativ (...) frisch noch in die Schule kommt, ...“* (HSG 57-61)

Die Planung des Essens erfolgt über Vorschlag des Kochs (mit Restauranterfahrung) der zuliefernden Schule, der Vorschlag kann jedoch seitens der Schule – je nach Erfahrungen und Akzeptanz des Essens durch SchülerInnen - abgeändert werden. Es wird damit betont, dass für die Akzeptanz des Essens Wissen über die Vorlieben der Kinder wichtig ist, d.h. man sich mit deren Rückmeldungen beschäftigen muss. Angeboten wird nur ein Menu, da Auswahl organisatorisch nicht möglich ist. (HSG 68-70)

Bezüglich des Essens wird auf Ausgewogenheit geachtet: *„Schau ma, dass im Laufe der Woche sozusagen die ganze Palette abgedeckt wird, und da haben wir so Erfahrungswerte, wo man sagen, das essen die Kinder sehr gern und das weniger. Und dann natürlich probieren wir, sozusagen in Richtung auf gesunde Ernährung hin Angebote zu machen. Ähm, was das eine mal mehr, das andere mal weniger angenommen wird.“* (HSG 76-79) *„... es ist kein Junk Food. Sie haben auch keine Fertigspeisen, die sie zukaufen, es wird alles dort in der Küche selbst zubereitet.“* (HSG 245-247)

Zusätzlich zum Menüangebot existiert ein Vertrag mit einem Bauern, der Äpfel liefert, die sich jedes Kind frei nehmen kann (HSG 370). Der Schulwart bietet gesunde Weckerl an, sowie Joghurt und Molkegetränke.

Das Essen wird als relativ biologisch eingeschätzt, weil es aus dem Klostergarten stammt: *„... ich kann sozusagen nachreden, was mir der Koch sagt, vieles Gemüse, das verkocht wird, kommt aus dem Bereich der eigenen Gärtnerei.“* (HSG 99-100) Bezüglich Ernährungsrisiken verlässt sich die Schule aus Ressourcengründen auf den Lieferanten, der in diesem Fall nicht gewinnmaximierend agiert und daher auch kaum Spritzmittel einsetzt (HSG 512-515): *„I muss mi irgendwie so verlassen, auf das was*

mir die Küche dort sagt und auch vorlegen kann, und sagt, sie lassen sich auch von steirischen Landwirten beliefern und sozusagen im Großen bei Unbekannten, aber mmh das Risiko bleibt sicher, ist sicher vorhanden.“ (HSG 512-515) Der Umgang mit Risiken wird als Ressourcenfrage behandelt (HSG 521-523). Vorgaben seitens des Schulträgers existieren diesbezüglich, außer hinsichtlich Hygienefragen, keine, was ebenfalls mit Ressourcenmangel begründet wird (HSG 164-165) Um die Biorichtlinien des Landes (siehe Kapitel 3.5.1) kümmert sich die Schule jedoch nicht (HSG 112), wobei auch dafür Ressourcen Gründe angeführt werden. (HSG 117-118)

Für die Eltern werden Elternseminare mit Kochbeispielen, Kochabende mit Information und Beratung abgehalten (HSG 467-468), wobei die Erfahrung gezeigt hat, das terminlich auf „Konkurrenzveranstaltungen“ wie Fußballspiele etc. Rücksicht genommen werden muss. (HSG 480-482)

Das Essen ist relativ preisgünstig, da die zuliefernde Schule in räumlicher Nähe liegt und kostengünstig arbeitet. Das Essen kann dadurch relativ billig angeboten werden: Die Eltern zahlen ca. 2,50 Euro pro Essen (HSG 95) Trotz des Angebots greifen SchülerInnen auf Versorgungsmöglichkeiten im schulischen Umfeld zurück, was mit dem „Abenteuercharakter“ solcher Jugendtreffs wie McDonalds erklärt wird. (HSG 455-457) Den SchülerInnen steht schulintern auch ein Cola-Automat zur Verfügung. (HSG 353-357)

Ein Spezifikum der Schule ist es, das sie in einem Gebiet verortet ist, wo es viele soziökonomische Probleme gibt und einen hohen Anteil an MigrantInnen. Die Lebensbedingungen lassen nicht wirklich zu, dass Eltern in Bioläden einkaufen – sie wählen daher den Billiganbieter. (HSG 442-444) Die Gemeinde springt mit Sozialtarifen beim Mittagessen ein, nicht jedoch bei der „gesunden Jause“. (HSG 342-343) Das Projekt musste eingestellt werden, weil es nicht mehr finanzierbar war. (HSG 304)

In Bezug auf ethnische und religiöse Unterschiede existiert laut Interviewpartner ein problemloser Umgang und gegenseitige Akzeptanz – Bräuche können gelebt werden (HSG 616-628) und LehrerInnen besuchen zum Teil interkulturelle Zusatzausbildungen (HSG 641). Die MigrantInnenkinder werden entsprechend mit alternativem Essen versorgt ((HSG 57-61)

Genderaspekte in der Ernährung und der Ernährungsverantwortung werden keine gesehen: *„Das Problem Mädchen und Buben stellt sich nicht so wirklich, sondern das Problem ist, welches Kind, oder welcher Jugendliche hat welche Probleme und die versuchen wir zu lösen.“* (HSG 649-651) Auch der zeitliche Aspekt tritt hervor: Eltern sind häufig überfordert, ihren Kindern täglich etwas Warmes zu kochen (HSG 445-446). Es besteht der Wunsch, noch besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder eingehen zu können. Durch die Ressourcenkürzung lassen sich viele Ideen jedoch nicht verwirklichen (HSG 687-690)

Anhand dieser Schule lassen sich die Grenzen eines von der Gemeinde verordneten Bio-Anteils an der Schulverpflegung festmachen. Die Schule war mit dem Angebot der Grazer Zentralküche nicht zufrieden, die versucht die Vorgaben der Gemeinde von über 25 % Bio-Lebensmittel umzusetzen. So wurde kurzerhand der Lieferant ausgetauscht. Dieser Lieferant kann auch die Bedürfnisse nach Menüs für verschiedene soziokulturelle Ansprüche erfüllen, was in dieser Schule als wichtig erachtet wird. ob die verwendeten Lebensmittel nun wirklich aus biologischer Landwirtschaft stammen, ist für den Schuldirektor zweitrangig.

4.1.6 Ganztagsvolksschule Wien VSW

Diese Wiener Volksschule ist eine Montessori orientierte Einrichtung mit 190 SchülerInnen. Die Schule bietet Nachmittagsbetreuung an

In dieser Schule existiert kein besonderes Konzept zur Schulernährung. Das Thema ist Teil des Lehrplanes, bleibt jedoch inhaltlich weitgehend unbestimmt. Hier wird deutlich, wie sehr die Vermittlung von Ernährungskompetenz von den jeweiligen LehrerInnen und deren Bewusstsein abhängt (VSW 382-383)

Die Jause am Vormittag klappt nicht. Die Eltern geben Kindern Geld mit, damit sie sich etwas unterwegs kaufen (VSW 544-546) Viele Eltern geben ihren Kindern keine Jause mit, sondern Geld: „... *da wäre die entscheidende Arbeit bei den Eltern zu tun, das ist sicher nicht mit einem Vortrag oder ähnlichem zu leisten.*“ (VSW 544-546, 555-556)

Das Mittagessen wird von einem Caterer geliefert. Diese Firma bietet an einem Tag in der Woche Bioessen an, das alle wählen müssen und das auch etwas teurer ist. Die Tage mit Bio-Essen werden gewechselt, damit alle Kinder – die ja nicht jeden Tag gleich lange in der Schule bleiben - die Möglichkeit haben, es zu konsumieren. An den anderen Tagen existiert eine Auswahl zwischen dem Tagesmenü und einem schweinefleischfreien Gericht. (VSW 191-192) Grundsätzlich erhalten die Kinder jenes Essen, das sie brauchen. „*Es gibt Kinder, die keine Milchprodukte essen dürfen. Es gibt, voriges Jahr hatten wir zwei Jahre lang eine Diabetikerin, das ist alles kein Problem, grundsätzlich.*“ (VSW 674-675) Auch gibt es entsprechendes Essen für islamische Kinder.

Der Lieferant sichert zu, dass alle Materialien die für das Bioessen verwendet werden aus biologischem Anbau stammen. (VSW 137-138) Das Bioessen wurde den Eltern vorgeschlagen und sofort angenommen. (VSW 230) Dennoch beschwerten sich Eltern von Zeit zu Zeit über alternatives, fleischloses Essen (VSW 218-221), weil es nicht ihren Vorstellungen entspricht. Sie fordern von Zeit zu Zeit gesundes Essen ein (VSW 208-209), obwohl sich das mit ihrem eigenen Verhalten oft nicht deckt: "*Wobei die nicht immer zusammen passen mit dem was sie tun. Also i erleb' dann sehr wohl, dass die Eltern von mit aus der Schule hinausgehen und direkt den Mac Donald ansteuern.*" (VSW 307-308). Auf Ernährungsrisiken reagieren die Eltern jedoch in manchen Fällen prompt und wollen Nachweise von der Schule (VSW 628)

Für die Nachmittagsverpflegung werden von den BetreuerInnen zum Teil Dinge besorgt, die keiner gesunden Ernährung entsprechen. (VSW 476-477) Im großen und ganzen wird aber schon darauf geachtet, dass das Essen nicht von vornherein ungesund ist (VSW 512) und dass es Angebote gibt, die es nicht selbstverständlicherweise bei den Kinder zu Hause gibt (VSW 516) Zudem, soll das Essen leistbar sein. (VSW 486-487) Es gibt keinen Cola-Automaten in der Schule, ein solcher wird definitiv abgelehnt. (VSW 533)

Bei den ökologischen Aspekten ist die Schule wenig erfolgreich. Ein Mülltrennungsprojekt scheiterte am Schulwart, der alles wieder zusammenwarf. (VSW 885) Dies ist jedoch nach Ansicht des Interviewten nicht alleine dem Schulwart anzulasten: Dieser Missstand hängt insbesondere an den Strukturen, die die Stadt vorgibt, da der Schulwart/Putzdienst nicht die entsprechende Dienstanweisung bekommen hat. (VSW 947) Die Kinder hingegen gehen zu den Papiercontainern (VSW 946) Glas und Küchenreste werden entsprechend getrennt und entsorgt. (VSW 926-938)

Was die Eltern an der Schule interessiert ist oft nicht die Reformpädagogik, auch nicht das Schulessen, sondern, dass sie grundsätzlich Nachmittagsbetreuung anbietet. (VSW 369-378) Nicht alle Eltern können sich das Essen für die Kinder leisten: „... *eine nicht kleine Anzahl von Eltern, die um eine Ermäßigung bei der Betreuung ... ansuchen und die sie auch bekommen.*“ (VSW 333-334)

Das Zeitproblem der Eltern tritt auch in diesem Beispiel zu Tage: „*Aber das kostet dann Energie, das kostet Zeit und die fehlt vielen Eltern. Das erleben wir sehr wohl.*“ (580-581) „*Da sind sie alle nicht ausgenommen. Auch diejenigen, die so alternativ aussehen, oder sich so alternativ geben, auch die stehen unter dem massiven Druck und müssen mit dem in irgendeiner Form zurechtkommen.*“ (VSW 589-591)

Im Fallbeispiel wird auch deutlich, dass die Ernährungsverantwortung bei den Frauen liegt (VSW 785): „*Naja, da gibt es sehr klare Strömungen also ich glaube dass also noch eine sehr konservative Haltung da sind, dass das in vielen Fällen die Frauen sehr für die Kinder zuständig sind. Weniger Männer, die sich zuständig fühlen, ähm, also das ist für mich sehr stark noch verwurzelt und wird es auch bleiben, glaube ich.*“ (VSW 714-717) „*Na, I erlebs a, wenn Sie wenn Sie junge Lehrerinnen anschauen, äh, schauen, Sie mal wie viele da kochen oder kochen können.*“ (VSW 810-811) Das Geschlechterverhältnis wird hier explizit auf Ebene der Schule reproduziert.

4.1.7 Ganztagsvolksschule Wien VSA

Diese Ganztagsvolksschule im städtischen Bereich betreibt verschiedene Ernährungsprojekte, u.a. "Gesunde Leopoldstadt", Zahngesundheit, gesunde Schultaschen usw. In der Schule wird Vollwertessen angeboten und an zwei Tagen Bioessen. Die Schule ist nicht Teil eines Netzwerkes. Ernährung erhält dennoch in dieser Schule schon seit Jahren besondere Aufmerksamkeit.

Ziel der Projekte ist es Ernährung mit Bewegung zu kombinieren. (VSA 71-74) Die Kinder sollen sich wohlfühlen, wenn sie lernen. (VSA 114, 139-141) Dafür will die Schule auch den entsprechenden Aufwand betreiben. Ernährung ist im Lehrplan verankert (VSA 295). Es werden zusätzlich Hobbygruppen angeboten. (VSA 300-301) Ähnlich, wie in anderen Schulen wird vieles den LehrerInnen überlassen und deren Art und Weise, den Unterricht zu gestalten. (VSA 325)

Mit dem Speiseplan für das Mittagessen ist ein ganzes Gremium beschäftigt (VSA 401, 562, 566-568) An der Speiseplansitzung nehmen VertreterInnen der MA 56, der Lieferfirmen, der Direktion, der FreizeitleiterInnen und der ElternvereinsvertreterInnen teil. Die Sitzungen finden alle zwei Monate statt und bieten die Möglichkeit Probleme anzusprechen und Lösungen zu schaffen. (VSA 243-244) Dabei wird darauf geachtet, dass die Ernährungswerte und Richtlinien eingehalten werden. (VSA 253-254) Beratungseinrichtungen werden kaum in Anspruch genommen. (VSA 88) Nur die Schulärztin wird in Ernährungsangelegenheiten involviert. (VSA 93)

Das Essensangebot umfasst derzeit Vollwertessen und 2 Biotage in der Woche. (VSA 32) Das Essen wird von einem Catering-Unternehmen und eine weitere Firma, die frisch kocht, angeliefert, wobei auf unterschiedliche Bedürfnisse eingegangen wird (427-428): *„... ist schon seit Jahren gelegt also mit dem Vollwertessen, vegetarischem Essen, und also das war so a Schiene und für die sich sehr viele Eltern entschieden und wir dann also beschlossen haben, wir werden das so weit es möglich ist eben aufbauen und vertiefen, daher gibt es auch für vegetarische Kinder an unserer Schule ein eigenes Menu, äh für islamische ist es selbstverständlich, dass sie ihr eigenes Menu bekommen, aber auch Diabetiker bekommen im Rahmen unseres also ihr Essen ...“* (VSA 105-110)

Die Jause organisiert der Elternverein. (VSA 618) Eine Küchenhilfe, die vom Elternverein bezahlter wird, lotet die Bedürfnisse der Kinder aus. (VSA 622-623) Auf diese Weise wird darauf geachtet, dass das Essen abwechslungsreich ist, damit es die Kinder annehmen. Das Essen muss gut ankommen, abwechslungsreich sein, Spaß machen und zum Wohlfühlen beitragen. (VSA 274-284) Zur Jause oder zum Mittagessen gibt es Obst. (VSA 609-610) Es wurde mehrheitlich beschlossen, dass in der Schule kein Getränkeautomat aufgestellt wird, sondern dass Wasser zur Verfügung gestellt wird. (VSA 872-874)

An der Schule existiert eine gelebte SchulpartnerInnenschaft (VSA 204-205) und damit auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Elternverein (VSA 349). Hier existiert eine Bereitschaft sich mit Ernährung auseinander zusetzen. (VSA 738) *„...ich denk mir jede Mutter ist, wenn sie sich's irgendwie leisten kann, bemüht, äh, das beste für ihre Kinder zu machen und ja, und ich denke mir, wir ersetzen ja in diesem Teil durch die Ganztagschule einen Teil des Elternhauses.“* (VSA 149-152) Auf Ernährungsrisiken

wie BSE und Salmonellen gab es dementsprechend sofortige Reaktionen. (VSA 377-380, 384, 388)

Die Entscheidung, ob die Eltern Bioessen haben wollten oder nicht war eine demokratische Mehrheitsentscheidung. (VSA 433-444) Die Jause bezahlen die Eltern selbst.

Auch an dieser Schule zeigt sich also, dass Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für Eltern wesentlich dazu beitragen, dass z.B. die Einführung von Bioessen akzeptiert wird.

Auch in diesem Beispiel werden die Geschlechterverhältnisse nicht reflektiert: „ ... *ich denk mir jede Mutter ist, wenn sie sich's irgendwie leisten kann, bemüht, äh, das beste für ihre Kinder zu machen und ja, und ich denke mir, wir ersetzen ja in diesem Teil durch die Ganztagschule einen Teil des Elternhauses.*“ (VSA 149-152) „*Na, ja, Ich weiß nicht, aber ich denke mir, dass ist halt, wenn ich schon als Mutter keine Zeit habe, jetzt präsent bei einem Kind zu sein, bin ich doch bestrebt, das optimalste für mein Kind zu ...*“ (VSA 784-786) Das Zeitproblem findet im Rahmen dieser Ganztagschule keine Erwähnung.

Im Hinblick auf ethnische Hintergründe wird seitens der interviewten Person bezweifelt, ob die Bereitschaft sich mit Ernährung auseinander zu setzen in anderen Kulturkreisen auch existiert. (VSA 739-740)

In ökologischer Hinsicht wird auf Abfallvermeidung geachtet. (VSA 859) So müssen LieferantInnen die Verpackungen retour nehmen. (VSA 864) Ebenso wird auf Mülltrennung geachtet.

4.1.8 Ganztagsvolksschule Wien VSR

Diese Ganztagsvolksschule im städtischen Bereich betreut Kinder bis maximal 17.30 Uhr, Freitags je nach Bedarf bis nach dem Mittagessen oder länger. In dieser Schule existiert eine hohe Fluktuation aufgrund von Zuzügen und Absiedelungen (Gemeindebauten).

Ressourcenkürzung verursachten eine Kürzung der unverbindlichen Übungen „Gesunde Ernährung“, in denen die Kinder kochen lernen. (VSR 789-803) Die unverbindlichen Übungen werden jedoch weniger wegen der Vermittlung der Ernährungskompetenz an die SchülerInnen angeboten, sondern vielmehr aufgrund der Tatsache, dass eine der angestellten Werklehrerinnen Stunden braucht. (VSR 819, 853)

Jause wird keine angeboten, aber Mittagessen und ein Biotag in der Woche. Für die konkrete Planung des Mittagessen wird alle drei Monate eine Speiseplanbesprechung mit der MA 56, der obersten Schulärztin, der Lieferfirma (ErnährungswissenschaftlerIn), der DirektorIn, der FreizeitleiterIn, dem Elternverein und dem Küchenpersonal abgehalten. (VSR 263-290) Dieses Gremium soll eine ausgewogene Ernährung

garantieren. (VSR 306-307) Trotz der angeblichen Ausgewogenheit hat die Schule sich die Mühe gemacht, die Kalorien zu zählen und ist drauf gekommen, dass es manchmal zu viele sind und manchmal pro Essen nur 330 kcal. (VSR 341-342) Die Firma hat seit Vertragsabschluss qualitativ nachgelassen und liefert zum Teil kein wirkliches Bioessen. So wurde einmal nicht biologisches Marillenkompott aus der Dose geliefert, was eine Urgenz der Schule zur Folge hatte. (VSR 458-471). Zudem schmeckt das Essen zum Teil nicht und wirkt unappetitlich, was der Akzeptanz des Essens bei den Kindern abträglich ist (VSR 485-490).

Bei der Vermittlung von Ernährungskompetenz auf Schulebene bleibt wie in den anderen befragten Schulen vieles den LehrerInnen überlassen: *„Also ich persönlich als Leiter habe da wenig Einfluss, also ich denke eher, dass da die Lehrer darauf schauen. Also ich weiß nur, ich hab einige Lehrer, da hamma einige Jahre hindurch Projekte „Gesunde Jause“ gehabt, ja.“* (VSR 764-766). *„Ah, ob die Klassenlehrer noch so was machen, das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen, weil des wird erst am Schulanfang in der ersten Konferenz besprochen.“* (VSR 857-858)

Der Elternverein hat die Einführung des Bioessen ohne Kostenerhöhung beschlossen. (VSR 628) Ein Drittel der Eltern haben einen Freibetrag und müssen daher weder für Betreuung noch für Essen bezahlen. Ein Drittel erhält eine Ermäßigung und ein Drittel bezahlt voll. (VSR 159, 177) Trotz der finanziellen Engpässe bekommen einige Kinder Geld um sich außerhalb der Schule mit Essen zu versorgen. (VSR 203-204): *„Es ist aber wirklich spannend, manche Kinder, die nichts zu essen mithaben, haben trotzdem Geld mit, ja, um sich irgendetwas zum Trinken zu kaufen.“* (VSR 212-213)

Die SchülerInnen erhalten in bestimmten Fällen alternatives Essen: *„Es gibt verschiedene Speisen, also es gibt vegetarisches und es gibt Diät und es gibt Schonkost.“* (VSR 565-566) *„Und eben mit oder ohne Schweinefleisch. Aber das ist bei dieser großen Zahl Kinder, die wir haben, nicht machbar.“* (VSR 570-571) *„Ist jedoch ein Kind krank und muss Diät oder Schonkost haben, ja.“* (VSR 575) Es ist zwar eine Schulküche vorhanden diese wird jedoch nicht für die Bereitstellung alternativer Menüs genutzt. (VSR 560-561)

Alternatives Essen aufgrund des ethnisch-religiösen Hintergrundes wird nur eingeschränkt angeboten: *„... dadurch, dass wir viele islamische Kinder haben, ... Schauen wir natürlich auch, dass wir relativ selten Schweinefleisch haben.“* (VSR 511-515) *„Und wenn halt jetzt ab und zu amal Schweinefleisch dabei ist, dann essen halt nicht alle, aber viele der islamischen Kinder also nur die Zuspeisen, also Zutaten.“* (VSR 526-527) Manchmal kommt es in diesem Zusammenhang zu Beschwerden von Eltern darüber, dass zuwenig Schweinefleisch serviert wird. (VSR 521-522) Gleichzeitig wird festgestellt: *„Wobei ja Fleisch an und für sich von den Kindern ohnehin ned so extrem gegessen wird.“* (VSR 535)

Als Reaktion auf Ernährungsrisiken wie BSE wurden bestimmte Speisen aus dem Speiseplan genommen (VSR 698), wodurch sich die Auswahl einschränkte: *„Eine Zeit*

lang, wobei also dann mit dem islamischen Essen, also es war dann scho'fies ...“ (VSR 702)

4.1.9 Schwedische Schule am Land SVS1

Die Schule liegt in einem Dorf mit 1300 EinwohnerInnen und betreut 125 SchülerInnen im Alter von 6 bis 10 Jahren. Der Schule angeschlossen ist ein Kindergarten für 14 Kindern im Alter von 1 bis 5 Jahren. Die Schule ist ökologisch orientiert und betreibt selbst ökologischen Landbau. Ökologisches Denken ist ein Grundwert der Schule. Die Verwendung und die Herstellung ökologischer Lebensmittel steht im Mittelpunkt. Interviewpartner war der Direktor, für den gesunde Ernährung im untrennbarem Zusammenhang mit ökologischem Handeln steht.

Die Kinder kümmern sich zum Teil um die Produktion der Nahrungsmittel und haben auch Gelegenheit zu kochen. Dabei ist der Wissensaustausch zwischen Kindern und älteren Menschen aus der Gemeinde und die Förderung des sozialen Zusammenhalts zentral: „*And I think the older generation wants the younger ones to be involved in the process of taking care of the knowledge that the old people have.*“ (SVS1 115-117, 125-126, 144-147)

Die Bio-Qualität der Lebensmittel ist wesentlich. Der Aufwand ist größer als bei konventionellem Kochen, was durch Mehrstunden des Küchenpersonals abgedeckt wird.

Das Küchenpersonal lehrt den Kindern Kochen, dieses wird u.a. mit Mathematik und Turnen verknüpft. Die Schule verbindet zudem Outdoor-Unterricht mit Essen. Verantwortung für die Nahrung zu übernehmen ist Teil des Unterrichts: „*...they all must take a responsibility to do different things.*“ (SVH1 162) Es werden Lebensmittel produziert, wodurch sich die Schule an die natürlichen Abläufe anpasst. Ist Erntezeit werden die Stundenpläne entsprechend abgeändert. Auch die Eltern übernehmen einen Teil der Nahrungsmittelproduktion. Zudem sind Treffen mit interessierten Eltern geplant, um über Kochkenntnisse – insbesondere das vegetarische Kochen - zu diskutieren. Derzeit existiert eine gute, aber nicht problemlose Zusammenarbeit zwischen Küchenpersonal, SchülerInnen, Gemeinde, Eltern, BäuerInnen, LehrerInnen, PolitikerInnen und der zentrale Einkaufsorganisation. Letztere hat keine ökologische Ausrichtung. (SVS1 321-323) Ein Erfolg ist, dass Kinder mehr essen, weil es ihnen schmeckt, dadurch entstehen theoretisch auch höhere Kosten. Dadurch, dass die Lebensmittel zum Teil selbstproduziert werden ist das Projekt jedoch finanzierbar. Aufgrund der jährlichen Budgetierung ist eine Mehrjahresplanung nicht möglich, da das Budget verbraucht werden muss. Um den Mehraufwand bei der Essenszubereitung zu decken, wird Geld umverteilt.

Die Ausdehnung des Projekts ist nicht gesichert, da Budgets gekürzt werden.

Anhand dieser Schule zeigt sich, dass das Budget, das von der Gemeinde für die Schule und das Schulessen zur Verfügung gestellt wird, knapp ist und außerdem von Kürzungen bedroht. Obwohl gerade dieses Beispiel zeigt, dass neben dem Angebot an Schulverpflegung auch eine weitergehende Beschäftigung mit Ernährung nötig ist, steht und fällt eine solche mit einer Budgetverknappung.

4.1.10 Schwedische Schule (SS)

Diese Schule ist organisiert im schwedischen Netzwerk der gesundheitsfördernden Schule. Der Interviewpartner ist erst seit kurzem als Direktor im Amt und war in den Projekt-Prozess nicht involviert.

Das untersuchte Ernährungsprojekt wurde 1994/95 begonnen. Es hatte nach einer dreijährigen Laufzeit eine positive Evaluation, ruht aber seit einigen Jahren. Die derzeitige Schulleitung möchte das Projekt im nächsten Schuljahr aufgrund des regen Interesses von vielen Seiten wieder aufgreifen und weiterführen. Einer der Gründe dafür ist, dass die Schulleitung gegen den von ihr wahrgenommenen Trend zum Fast Food anarbeiten möchte und hierfür die Schule als wertvollen Multiplikator sieht.

Derzeit ist die Entscheidung über die Verpflegung der SchülerInnen Sache der Gemeinde, wobei der Kostenfaktor die entscheidende Rolle spielt. In ein bis zwei Jahren erhofft sich die Schule ein eigenes Budget, um eigenverantwortlich entscheiden zu können, wer das Essen für die SchülerInnen liefert. Derzeit wird der Essensplan vom Lieferanten (einer eigenen Firma) für ein halbes Jahr erstellt. Feedback von Seiten der SchülerInnen ist möglich. Es kann zwischen zwei Mahlzeiten gewählt werden. Zu jeder Mahlzeit wird Rohkost angeboten. Ergänzend zu dieser Maßnahme wird versucht, den SchülerInnen ein Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit und Essverhalten mitzugeben.

Unterschiedliche kulturelle Zugänge zum Thema Ernährung sind an dieser Schule kein Thema: von 300 SchülerInnen sind max. 2 nicht-schwedischer Herkunft.

Die normativen Rahmenbedingungen werden von dem Gesetz über kostenlose Bereitstellung einer Mahlzeit für SchülerInnen und dem Lehrplan für das Fach "home knowledge and cooking" vorgegeben. Sie werden von der Schulleitung als unterstützend wahrgenommen, sie helfen bei der Aufgabe dem gesellschaftlichen Trend zu Fast Food entgegenzuwirken.

Nach Auskunft des Direktors war die Innovation bei diesem Projekt eine neue Art zu Denken. Davor gab es in Schweden kein weitläufiges Gesundheitsprojekt unter Beteiligung der WHO. Auch der multidisziplinäre Ansatz war neu. Es waren mehrere Gruppen involviert: the public health council, the public dental service, the local medical care center, the church, the central country hospital, non smoking generation, the police, the red cross, the environment comittee, counseling centre for young people,

the community meal service. Jede dieser Gruppierungen unterstützte das Projekt zumindest finanziell. Das Projekt ist jedoch unter SchülerInnen und LehrerInnen nicht gut implementiert gewesen.

Jetzt versucht die Schule einen Relaunch des Projektes auf einer niedrigeren Ebene, d.h. auf Basis der Ebene des Verhaltens zueinander, der sozialen Entwicklung, Wissen und verbesserter Selbstachtung. Ergänzend dazu gibt es eine Aufwertung des Essens mit viel Gemüse und viel Bewegungstraining.

Auch in dieser Schule wird die Knappheit des Gemeindebudgets für das Schulessen thematisiert. Als Alternative wird vorgeschlagen, den Schulen ein eigenes Budget zu geben, ohne jedoch diesbezügliche Pläne konkretisieren zu können.

4.1.11 Schule in Stockholm (ES)

Diese Schule ist eine primary school im Stockholmer Bezirk Kungsholmen mit 380 SchülerInnen. Die Interviewpartnerin ist Assistentin der Direktorin und Mitglied im Essensbeirat der Schule.

Die Schulverpflegung funktioniert laut ihren Aussagen hervorragend. Im Unterschied zu anderen schwedischen Schulen hat diese Schule keine Finanzierungsprobleme. Sogar Snacks können finanziert werden.

Die Kinder haben 25 Minuten Zeit zu essen. Vor allem jüngere Kinder kommen mit dieser Zeit oft nicht aus und essen daher weniger, um den älteren Kindern schneller Platz machen zu können.

Ernährung ist nicht nur in Form von Mittagessen Thema. Die Schul-Krankenschwester spricht mit den SchülerInnen über die Wichtigkeit gesunder Ernährung, im Unterricht werden diverse Ernährungsthemen eingebaut.

Auch an dieser Schule gibt es einen Essensbeirat, der sich zweimal pro Semester trifft um alle relevanten Fragen des Schulessens zu besprechen.

Für Kinder verschiedener Kulturen werden spezielle Menüs angeboten. Es besteht auch die Möglichkeit für Kinder mit Allergien geeignetes Essen zu bekommen.

Interessant an dieser Schule ist das angespochene Zeitproblem, dass jüngere Kinder weniger Zeit zum Essen haben als ältere.

4.1.12 Schule in Karlstadt (SHS1)

Diese Schule liegt in der Gemeinde Karlstadt, hat ca. 280 SchülerInnen, ist Montessori orientiert und Teil eines Schulzentrums. Interviewt wurde die Küchenchefin. Wie auch in anderen schwedischen Schulen wird das Mittagessen von der Gemeinde bezahlt.

In diesem Beispiel wird deutlich, dass Ernährungsprojekte häufig an persönliches Engagement gebunden sind. In dieser Schule wird ein Profi aus dem Restaurantwesen als Küchenchefin eingesetzt, die einen gänzlich anderen Blick auf Essen wirft als Fachkräfte, die nie in einem kundInnenorientierten Bereich gearbeitet haben. Die Küchenleiterin hält es für ihre Berufung, die Menschen, die in ihrem „Restaurant“ essen glücklich zu machen. Sie verbindet Essen mit den Bedürfnissen der Essenden – beobachtet und beschäftigt sich mit deren Gewohnheiten und zum Teil auch Problemen (Bulimie) und sucht das Angebot entsprechend darauf abzustimmen. Zentrales Ziel ist es, dass die Kinder essen. Deshalb werden die SchülerInnen durch Partizipationsmöglichkeit zum in der Schule essen motiviert. Sie haben zum Teil die Möglichkeit sich Essen auszusuchen und ihre Essumgebung zu gestalten. Durch mehr Auswahl und Abwechslung und eine angenehme Essumgebung wird das Essen erfolgreich gefördert. (SHS1 32-34, 48-49,53) Es wurde zudem das Interieur verändert, um die Kommunikation während des Essens zu erleichtern.

In einem bestimmten Alter kochen SchülerInnen mit: *„We have 2 children every day they come from class 6, they can be with us about 1,5 hours to help us and see how we work and it's good for me and good for them, they understand us more.“* (SHS1 1142-143). Wesentlich für die Umsetzung ist die Dezentralisierung, da dadurch kontextspezifisch, d.h. den Bedingungen und Erfordernissen entsprechend, gehandelt werden kann.

Die Ernährungsverantwortung teilen sich Küchenleiterin, SchülerInnen, Eltern, Direktor und Gemeinde. (SHS1 133-134)

Zu Hause wird aufgrund des Zeitmangels wenig gekocht. Die SchülerInnen sind dadurch verleitet sich im schulischen Umfeld mit Fast-Food zu versorgen. Um die Eltern einzubinden, veranstaltet die Schule einmal im Jahr ein Frühstück, bei dem die Eltern das Angebot beurteilen können. (SHS1 152) Für das Frühstück kommen die Eltern auf. Ein Erfolg des Engagements in diesem Bereich ist es, dass einige Kinder nun frühstücken, die das vorher nicht getan haben. Bei der Essenszubereitung wird generell Rücksicht auf alternative Bedürfnisse genommen: Für MuslimInnen und AllergikerInnen wird spezielles Essen zubereitet.

Generell wird auf kostengünstige Essensversorgung geachtet, denn mit dem Budget ist nicht alles möglich – d.h. es wird nach Spar- bzw. Einnahmemöglichkeiten gesucht (z.B. durch Butterproduktion und –verkauf). Das Frühstück ist im Gratisessen nicht enthalten. Mit mehr Budget könnte den Bedürfnissen der Kinder noch besser nachgekommen werden. Derzeit ist Kreativität gefragt.

In diesem Fallbeispiel ist Gesundheit nicht jedoch Ökologie bzw. Nachhaltigkeit zentrales Thema.

Auch hier wird die Budgetknappheit kritisiert und es wird nach alternativen Wegen gesucht um trotzdem gesundes Mittagessen zu ermöglichen. Frühstück wird in Schweden nicht von den Gemeinden bezahlt, dafür müssen die Eltern aufkommen.

4.1.13 Fazit Schulen

Während in Schweden alle Schulen ganztägig geführt werden, trifft dies nur auf wenige Schulen in Österreich zu. In der Auswertung der österreichischen schulischen Fallbeispiele ist daher zu differenzieren, ob es sich um eine Halbtags- oder Ganztagschule handelt.

Bei den in der ersten Interviewphase untersuchten Schulen wurde nach Good Practice-Ernährungsprojekten Ausschau gehalten, die **strukturell verankert** sind, damit ihr Erfolg nicht nur vom (oft unbezahlten) Engagement von Einzelpersonen abhängig ist.

Als wichtig für eine solche strukturelle Verankerung erweisen sich in Österreich **Netzwerke** wie Ökolog, die den Schulen Unterstützung geben und bis zu einem gewissen Grad Strukturen anbieten, etwa über internationale Vernetzungen (siehe auch Kapitel 4.2). Interessant ist, dass in keiner der befragten Schulen Netzwerke aus der Umweltbildung und der Gesundheitsförderung gemeinsam auftraten. Dies spiegelt sich in den unterschiedlichen Ausrichtungen dieser Netzwerke wieder. Trotz einiger Gemeinsamkeiten haben sie doch andere Schwerpunkte. Während in Umweltnetzwerken z.B. Bio-Lebensmittel und Mülltrennung wichtig sind, wird Gesundheitsförderung nur wenig berücksichtigt. Netzwerke der Gesundheitsförderung sind hingegen mit den ökologischen Auswirkungen von Ernährung nur wenig befasst.

Ernährungsprojekte konnten sich dann in den befragten Schulen dauerhaft etablieren, wenn verschiedene AkteurInnen einen **Nutzen** davon haben und das Projekt entsprechend finanziert wird, wie das Beispiel der von SchülerInnen in Kooperation mit Betrieben der Region selbst organisierten Jause. Wichtig für dauerhafte Strukturen scheint auch die Verantwortungsübernahme von Eltern für andere Kinder zu sein, die finanziell nicht in der Lage sind, sich eine Jause zu kaufen.

Als interessanter Aspekt erweist sich die Einstellung von **Küchenpersonal mit Restauranterfahrung**, die an den Umgang mit KundInnen gewöhnt sind und sich entsprechend auf die Wünsche und Bedürfnisse der SchülerInnen einstellen können.

Bei den Ganztagsvolksschulen aus Wien wurde der Schwerpunkt der Analyse darauf gelegt, ob und unter welchen Bedingungen ein solches Angebot überhaupt angenommen und aufgegriffen wird, bzw. ob ein **biologisches Mittagsmenü** weitreichendere Änderungen in Richtung Nachhaltigkeit hervorrufen kann.

In Wien ist im Lauf des Projekts eine Änderung eingetreten bezüglich des Anteils an Bio-Lebensmitteln im Mittagessen. Alle interviewten Schulen haben am Klimaschutzprogramm der Stadt Wien teilgenommen und boten in dessen Rahmen einmal in der Woche ein Biomenü an. Seit März 2005 müssen nun alle Anbieter für Schulessen in Wiener Ganztagschulen einen 30 %-igen Bioanteil nachweisen (siehe

auch Kapitel 3.5.1). Wie in vielen Interviews thematisiert wurde, ist die **Kostenfrage** wesentlich. Die neue Wiener Regelung konnte so getroffen werden, dass die Caterer trotz des Bioanteils keine höheren Preise in Rechnung stellten.

Eine Ganztags Hauptschule aus Graz wechselte den Anbieter, da dieser keine geeigneten Menüs für **verschiedene Bedürfnisse** anbieten konnte (z.B. für islamische Kinder). Obwohl die Gemeinde Graz über eine Regelung für den Bioanteil am Schulessen verfügt, wurde sie nicht berücksichtigt, da die Verwendung von Biolebensmitteln als weniger wichtiger erachtet wurde als ein bedarfsgerechtes Angebot und als die **Qualität** des Essens, mit der man auch nicht zufrieden war.

Für Good Practice lässt sich daraus ableiten, dass **Top-Down-Regelungen** von Bundesländern oder Gemeinden über einen gewissen Bio-Anteil an den Lebensmitteln so ausgerichtet sein müssen, dass die Kosten nicht steigen und dass die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Schulen Platz finden

Um solche Bedürfnisse überhaupt berücksichtigen zu können, ist es wesentlich **Mitbestimmungsmöglichkeiten** zu schaffen. Eltern, LehrerInnen, Schulverwaltung, SchulärztIn erhalten in Wien die Möglichkeit, in den Speiseplansitzungen Wünsche und Beschwerden kundzutun.

Auch in Schweden ist man sich der Wichtigkeit partizipativer Strukturen bewusst. Wie schon aufgrund der schwedischen Bildungspolitik vermutet wurde ist Demokratie nicht nur ein hohles Bekenntnis sondern zeigt sich bis hin zur Organisation des Schulessens. So haben schwedische Gemeinden Mitbestimmung in der Organisation des Schulessens in Form eines Essensbeirats (matråd) verankert. Im Rahmen der Anforderungsspezifikationen an Caterer, die das Schulessen kochen bzw. liefern, wurde z.B. von der Gemeinde Stockholm definiert, dass auf Betreiben der Firma viermal im Jahr ein Essensbeirat abgehalten werden muss. Dieser Essensbeirat wird besetzt aus VertreterInnen der Eltern, der SchülerInnen, der Schulangestellten, der Schuldirektion und des Caterers. Bei diesem Beirat werden eventuelle Probleme und der Bedarf an Veränderungen diskutiert. Die Firma ist verpflichtet, die auf dieser Versammlung beschlossenen Änderungen umzusetzen.

Generell wird an den interviewten schwedischen Schulen die Knappheit der Mittel als Problem gesehen, die die Gemeinden für die Schulverpflegung bereitstellen können. Einige Schulen würden gerne zusätzlich zum Mittagessen Frühstück damit finanzieren, was aber nicht möglich ist. So sind die Schulen darauf angewiesen, kreative Lösungen zu finden um trotzdem qualitativ hochwertiges Essen anbieten zu können.

4.2 Schulische Netzwerke

In Österreich wurde ein Schwerpunkt auf die Untersuchung der Beiträge schulischer Netzwerke zur Förderung nachhaltiger Schulernährung gelegt. Befragt wurden VertreterInnen zweier Netzwerke (je eines aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung) vor allem hinsichtlich förderlicher und hinderlicher Rahmenbedingungen für Schulernährung.

4.2.1 Ökolog und Umweltzeichen für Schulen

Das **Netzwerk Ökolog** ist ein Schulnetzwerk, das sich seit 2000 für die Ökologisierung von Schulen und für Bildung zum Thema Nachhaltigkeit einsetzt.

Aktivitäten im Umweltbereich haben für viele Schulen in Österreich Tradition. Unter dem Motto "Miteinander und voneinander lernen" will das Ökolog-Netzwerk diese Leistungen über das unmittelbare schulische Umfeld hinaus sichtbar machen und Einzelinitiativen miteinander verknüpfen.

Die Intention des Ökolog-Programms lässt sich dabei mit folgenden drei Prinzipien umreißen: (www.oekolog.at)

1. "Learning by doing": Während Jugendliche durch die aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen Eigeninitiative und verantwortungsbewusstes Handeln lernen, spart die Schule Ausgaben und Ressourcen.
2. "Think global, act local": Schulen treten als dynamische und zukunftsorientierte Unternehmen in die Öffentlichkeit. Sie leisten damit einen konkreten Beitrag zum Umweltschutz und setzen einen ersten Schritt in Richtung Nachhaltige Entwicklung.
3. Frei nach dem Motto "no risk - no fun" beinhaltet das dritte Prinzip die Herausforderung, sich auf ein interessantes Abenteuer einzulassen, das Schule wieder spannend macht: Neue Formen der Kommunikation, der Lernkultur und der Entscheidungsfindung an der Schule bringen Abwechslung in den Schulalltag.

Zur Zeit sind etwa 100 Schulen im Netzwerk, die in Ökolog.Regionalteams organisiert sind. Mitglied-Schulen müssen einmal jährlich einen Bericht über die gesetzten Umweltaktivitäten abliefern.

Finanziert werden Projekte im Rahmen von Ökolog zum Teil über das Bildungsministerium, zum Teil über Sponsoren und Regionalteams. Weiters gibt es die Möglichkeit, beim Umweltbildungsfonds Projekte einzureichen, dabei werden Ökolog-Schulen bevorzugt behandelt.

Das Netzwerk Ökolog ist eine wichtige Vorstufe zum **Umweltzeichen für Schulen und LehrerInnenbildungseinrichtungen (UZSB)**.

In Österreich wird für Schulen, die besonderes Engagement in umweltorientiertem Handeln, in der Umweltbildung und in der Förderung eines sozialen Schulklimas an den Tag legen, ein Gütesiegel vergeben, das österreichische Umweltzeichen. Um eine solche Auszeichnung erhalten zu können, müssen Schulen Kriterien aus den folgenden Bereichen erfüllen: (UZSB 2005)

- Umweltmanagement und soziale Schulentwicklung
- Umweltbildung
- Energienutzung und -einsparung, Bauausführung
- Gesundheitsförderung und Ergonomie
- umweltverträglicher Einkauf
- sparsamer Ressourceneinsatz
- Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung
- Initiativen für eine umweltverträglichere Mobilität
- Gestaltung, Pflege und Nutzung der Schulfreiflächen

Die konkrete Bewertung erfolgt anhand eines Kriterienkatalogs, der unter Mitarbeit von LehrerInnen, SchulwartInnen, SekretärInnen, Elternvertreterinnen und weiteren schulrelevanten PartnerInnen und NGOs erstellt und österreichweit abgestimmt wurde. Dieser Kriterienkatalog für Umweltzeichen-Schulen umfasst Muss-Kriterien und Soll-Kriterien. (USZB Richtlinie 2005)

In der (Wahl)Kategorie "Lebensmittel und Buffet" beinhalten die Muss-Kriterien die Verwendung von Mehrweggebinden und die Verwendung von saisonalen und regionalen Lebensmitteln, die regelmäßige Verwendung vegetarischer Lebensmittel und die Vermeidung von Portionsverpackungen. Soll-Kriterien sind die Verwendung von Lebensmitteln aus biologischem Anbau und fairem Handel, die Anlegung eigener Kräuter- und Gemüsekulturen, die (H)FCKW-Freiheit und Geeignetheit für Mehrweggebinde von Getränkeautomaten, die abfallarme Verpackung von Lebensmitteln und die Vermeidung von Einweggeschirr.

Mit dem Umweltzeichen können Schulen ein nach außen deutlich sichtbares Zeichen für Umweltbewusstsein und –engagement setzen. Dieses Umweltzeichen soll die Schlüsselrolle der Schule für die Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung im Alltag dokumentieren und nach außen im Sinne eines Schulprofils präsentieren. Das Zeichen ist in das bestehende System des Österreichischen Umweltzeichens eingebettet, um die Synergieeffekte mit dem Umweltzeichen für Produkte und dem Umweltzeichen für Tourismus effektiv nutzen zu können.

Unter nachhaltiger Entwicklung wird beim Umweltzeichen verstanden, dass sich alle am Schulalltag beteiligten Personen für ihre jetzige und zukünftige Lebenswelt engagieren. Der Schwerpunkt liegt auf Umweltprojekten, mittels derer nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll. Der Begriff "Umwelt" schließt sowohl Ökologie als auch physische, psychische und soziale Gesundheit ein. Dies zeigt sich auch in den

Kriterien für das Umweltzeichen. Verpflichtende Kategorien umfassen z.B. Umweltmanagement, Umweltpädagogik und Energienutzung, während Bereiche wie Gesundheitsförderung und Lebensmittel und Buffet sogenannte Wahlkategorien sind. Auch im Detail zeigt sich, dass die meisten Kriterien, die neben einem Umwelt- auch einen Gesundheitsbezug haben, keine Muss- sondern Soll-Kriterien sind.

Erfahrungen hinsichtlich förderlicher und hinderlicher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Schulernährung:

Im Vordergrund der Netzwerkarbeit steht der Ökologiegedanke, nicht der Nachhaltigkeitsgedanke. (Ökolog 2004 23-24) Wichtig wäre, so der Ökolog-Vertreter im Interview, mehr in die Breite zu gehen und auf Nachhaltigkeit zu setzen, nicht nur auf Umwelt, da sich Menschen eher darin wiederfinden können, wenn eine soziale und eine ökonomische Schiene berücksichtigt werden. (Ökolog 2004 465-473)

Um Ernährung laufend zu thematisieren braucht es neben der Beeinflussung des Angebots der Schulbuffets eine Etablierung von Ernährung als Standard-Unterrichtsthema, generell braucht es eine Struktur, die „...die Leute bei der Stange hält“. Eine solche Struktur kann von Netzwerken wie Ökolog, oder dem Umweltzeichen, aber auch EMAS¹⁵ geboten werden. (Ökolog 2004 382-408)

Auch beim Umweltzeichen wäre eine Erweiterung der verpflichtenden Kriterien in Richtung Gesundheitsförderung, Alltagsadäquanz und Ermöglichung soziokultureller Vielfalt wünschenswert, um ein solches Zeichen für nachhaltige Schulernährung, wie sie im Projekt Ernährungswende verstanden wird, anwendbar zu machen.

Als hinderlich wird die bundesländerweise Struktur von Ökolog angesehen, da unterschiedliche Bundesländer unterschiedlich viel Geld beisteuern, sodass in einigen Bundesländern Initiative mit "Selbstausschüttung" und "Freizeitspaß" einhergeht. (Ökolog 2004 168-171)

Zusätzlich wird befürchtet, dass aufgrund der aktuellen Sparpolitik im Bildungsministerium dieses Netzwerk trotz eines guten Starts in Zukunft kein potenter Akteur in der Umweltszene sein kann, falls nicht mehr Geldmittel hineinfließen. (Ökolog 2004 142-181) *"Ja, Umweltschutz ist Freizeitaktivität, ja. Mehr denn je. Man merkt es auch bei der Regierungspolitik, hat keinen Stellenwert. Umweltministerium wird völlig zugeschnitten, also im Gesamtbudget, was das ganze Landwirtschaftsministerium ist..."* (Ökolog 2004 196-198) Hier wird darauf Bezug genommen, dass in Österreich das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium ein gemeinsames Ministerium bilden (BMLFUW = Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, seit neuestem "Lebensministerium").

¹⁵ EMAS ist ein Umweltmanagementsystem, das auch von deutschen Schulen durchgeführt wird (siehe www.umweltschulen.de)

4.2.2 Österreichisches Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen (ÖNGS)

Österreich ist seit 1993 mit dem ÖNGS am Europäischen Netzwerk „Gesundheitsfördernde Schulen“¹⁶ beteiligt. Von 1993-1996 wurde österreichweit ein Pilotprojekt mit 11 Schulen durchgeführt. Die Erfahrungen des Pilotprojekts mündeten in den "Grundsatzterlaß zum Unterrichtsprinzip Gesundheitserziehung". Ab 1996 wurde das ÖNGS als offizielles Projekt, getragen vom BMBWK¹⁷ und BMSG, eingeführt.

Derzeit werden 102 Schulen vom ÖNGS betreut. Zehn Schulen sind sogenannte Schwerpunktschulen, die eine laufende Prozessbetreuung erhalten. Kooperationschulen erhalten Informationen vom ÖNGS, Netzwerkschulen führen selber Projekte durch, erhalten aber keine spezielle Betreuung, da sie bereits in den Vorjahren betreut wurden.

Die wichtigsten Ziele der gesundheitsfördernden Schulen in Österreich sind eine Entwicklung der persönlichen Kompetenzen der SchülerInnen in Hinblick auf gesundheitsbewusstes, eigenverantwortliches Handeln, Förderung von gemeinschaftlichen Problemlösungen in Schulen, Schaffung und Verankerung von gesundheitsfördernden Lebensweisen, sowie die Sensibilisierung für einen Gesundheitsbegriff, der körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden umfasst. Vom Netzwerksekretariat bekommen die Schulen Unterstützung durch Vernetzung, Weiterbildung etc.

Schulprojekte des ÖNGS unterliegen speziellen Bedingungen: Sie gehen von der Schule selbst aus, das Projekt muss einen/eine ProjektkoordinatorIn haben, es muss nachhaltig sein und der/die DirektorIn muss hinter dem Projekt stehen. Nachhaltig bedeutet u.a., dass das Projekt in den Alltag der jeweiligen Schule integriert sein muss, um auch nach Ablauf des Projekts weiter wirken zu können. Auch die anderen beteiligten AkteurInnen in der Schule sollen an den Projekten mitwirken, ebenso die Eltern.

Abgesehen davon ist die Wahl des Projektthemas frei. Unterstützung erhalten die ProjektkoordinatorInnen nicht nur vom ÖNGS sondern auch von GIVE¹⁸, z.B. in Form einer Einstiegsberatung zur Gesundheitsförderung. Semesterweise werden an das Sekretariat des ÖNGS Berichte über den Verlauf der Projekte geliefert, welche dann ausgewertet werden.

Im Rahmen des ÖNGS finden zahlreiche Ernährungsprojekte in Schulen statt, an denen sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen und Eltern teilnehmen. An erster Stelle stehen Projekte zur "Gesunden Jause". Der Verzehr von Obst, Gemüse, Biosäften, Vollkornbrot, mageren Aufstrichen etc. wird dabei forciert. Gleichzeitig wird versucht, den Verzehr von Süßigkeiten und kohlenensäurehaltigen Erfrischungsgetränken einzuschränken. Dazu werden z.B. in Unterrichtseinheiten zusammen mit dem

¹⁶ Das Europäische Netzwerk "Gesundheitsfördernde Schulen" wurde 1992 als Gemeinschaftsprojekt von WHO, Europarat und EU ins Leben gerufen.

¹⁷ BMBWK = Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, BMGS = früheres Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

¹⁸ Servicestelle für Gesundheitsbildung im Österreichischen Jugendrotkreuz

Lehrpersonal Jausenbuffets zusammengestellt und an die SchülerInnen der gesamten Schulen verkauft, oder es wird in Projektwochen auf gesunde und bewusste Ernährung aufmerksam gemacht. Teilweise wird auch im Hauswirtschaftsunterricht "gesund" gekocht, selbst gegessen oder ebenfalls an die MitschülerInnen verkauft.

Laut Auskunft des Sekretariats des ÖNGS werden in den unteren Schulstufen (Volksschulklassen) meist Projekte zu Ernährung und Bewegung durchgeführt, in den höheren Schulstufen betreffen die Projekte eher den psychosozialen Bereich, Themen sind Essstörungen oder Suchtprävention. Im ländlichen Raum werden eher Ernährungs- und Bewegungsprojekte abgehalten, im städtischen eher psychosoziale Projekte.

Erfahrungen hinsichtlich förderlicher und hinderlicher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Schulernährung:

Alle Projekte, die vom ÖNGS betreut werden, sollen nachhaltig sein, das bedeutet sie sollen nach Projektende nicht einfach aufhören und nicht dokumentiert werden, sondern sie sollen in den Schulalltag implementiert werden. (ÖNGS 2004 115-121)

Dass eine solche Implementierung im Bereich Ernährung gelungen ist, zeigen die Ergebnisse der Evaluierung der Schulprojekte. In den Schulen wurde eine Änderung der Jausengewohnheiten, eine höhere Akzeptanz von "gesunden" Lebensmitteln und ein bewussterer Umgang mit Nahrungsmitteln und der eigenen Ernährung beobachtet. Auch das Bewusstsein für die eigene Ernährung, für Ernährungsfehler und das Ernährungswissen wurde geschult. Es wurden auch Wege aufgezeigt, um diese Ernährungsfehler zu vermeiden. Auch Eltern konnten für eine gesunde Ernährung und die Umstellung der Ernährungsgewohnheiten in der Familie sensibilisiert werden, was sich z.B. in der Jausengestaltung der Kinder zeigt. (ÖNGS-K 2002, ÖNGS 2002)

Als wichtig dafür, ob eine Schule etwas umsetzt oder nicht, wird die Schulautonomie gesehen. Die Schule muss entscheiden können, wie weit sie geht und was sie umsetzt. So sind z.B. nicht Vorschriften zur Höhe des Bioanteils wichtig, sondern dass die Schulen Qualitätskriterien einhalten. Diese Qualitätskriterien umfassen die Einbeziehung der ganzen Schule und auch die Rückspiegelung an die Eltern. (ÖNGS 2004 143-159)

Als sehr wichtig für das Gelingen eines Projektes wird das Engagement einzelner Leute eingeschätzt, ebenso wie die aktive Unterstützung der Schulleitung. (ÖNGS 2004 219-231)

Als bedeutend für die LehrerInnen werden Teamarbeit und ressourcenorientierte Konfliktlösungen eingeschätzt. Wichtig ist dass sich LehrerInnen wohlfühlen: *"wenn sich die LehrerInnen wohlfühlen, dann fühlen sich die SchülerInnen wohl und dann fühlen sich auch die Eltern wohl"*. So können gesundheitsfördernde Projekte auch dem Burnout der LehrerInnen entgegenwirken. (ÖNGS 2004 250-257)

Je früher mit der Vermittlung von Ernährungswissen begonnen wird, desto besser stehen die Chancen Erfolge zu erzielen. Volksschulkinder sind leichter motivierbar, tragen auch mehr heim zu den Eltern, während Kinder in der Pubertät schon in ihrem Essverhalten geprägt sind und eine Umstellung schwerer meistern. Hier haben auch die Peer-Groups stärkeren Einfluss als die Eltern. (ÖNGS 2004 301-324)

4.2.3 Fazit Netzwerke

Netzwerke bieten nicht nur Möglichkeiten, engagierte Einzelpersonen bei Projekten zu unterstützen, ihre Relevanz liegt vor allem darin **Strukturen** zu bieten, um Nachhaltigkeit – z.B. in der Schulernährung – in den gelebten Alltag aufzunehmen, zu institutionalisieren und zu finanzieren. Die beiden Netzwerke Ökolog und ÖNGS legen beide Wert auf die Schaffung dauerhafter Strukturen. Sie betreuen etwa gleich viel Schulen und sind regional organisiert.

Die **Finanzierung der Netzwerke** muss jedoch gesichert sein, sonst sind aufgebaute Strukturen in Gefahr. Hier ist eine langfristige Bindung der Politik nötig.

Um Burnout entgegenzuwirken ist die Unterstützung von engagierten LehrerInnen wichtig. Vor allem Austausch, Teamarbeit und Möglichkeiten zur Konfliktbearbeitung sind hier gefragt. Dies sollte sich in den **Qualitätskriterien** der Netzwerke widerspiegeln.

Die Möglichkeit für **Mitbestimmung** der Schulen im Rahmen der Schulautonomie ist wichtig für die Implementierung von Strukturen.

Interessant wäre eine bessere **Koppelung der Netzwerke aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung**, um von den erworbenen Erfahrungen profitieren zu können, und um gemeinsame Qualitätskriterien festlegen zu können (siehe auch Kapitel 4.1.13).

4.3 Gemeinden

Da in Schweden die Stellung der Gemeinden für die Schulverpflegung von hoher Bedeutung ist, wurden zwei schwedische Gemeinden vor allem im Hinblick auf Organisation und Finanzierung des Schulessens untersucht.

Ausgewählt wurden die Gemeinden Stockholm und Karlstadt, da sie aufgrund ihrer Größe eine bessere Vergleichbarkeit mit deutschen Kommunen bieten. In beiden Gemeinden wurde auch je eine Schule befragt (siehe Kapitel 4.1).

4.3.1 Gemeinde Stockholm, Bezirk Kungsholmen

Charakteristik der Gemeinde

Die Stadt Stockholm teilt sich in 18 Bezirke mit ca. 60 Schulen. Kungsholmen ist einer der Bezirke.

Interviewt wurde der Deputy Head of the Department of Children and Youth in der Gemeindeverwaltung Kungsholmen, die für sieben öffentliche und sieben unabhängige Schulen zuständig ist. Mit letzteren existiert ein eher loser Kontakt. Von den sieben öffentlichen Schulen betreuen fünf sechs bis elf-jährige SchülerInnen und zwei Zwölf- bis Fünfzehnjährige. Für die Schulen, die ältere SchülerInnen betreuen, ist die Stadt Stockholm zuständig, nicht der Bezirk Kungsholmen.

Beschreibung wesentlicher Aspekte im Hinblick auf nachhaltige Ernährung

Die Gemeinde folgt den Richtlinien der National Food Administration für Schulessen, worin ein bestimmter Prozentsatz an biologischen Lebensmittel festgelegt ist. Bezogen wird das Schulessen von einem Unternehmen, das im Rahmen einer Ausschreibung aufgrund von Preis und Qualität ausgewählt wurde und das 10 % biologische Lebensmittel verarbeitet. Das Unternehmen muss die Verwendung der biologischen Nahrungsmittel auf den Rechnungen ausweisen, welche auch etwas teuer sind als konventionelle Lebensmittel. Milch wird immer aus biologischer Landwirtschaft bezogen. Im Rahmen des Liefervertrags wurden auch einige spezielle Bedürfnisse verbindlich vermerkt, die das Unternehmen zu erfüllen hat, u.a. zur Fleischqualität, das aus schwedischer Landwirtschaft stammen muss, oder alternatives Essen für bestimmte Gruppen. Die Firma liefert das Mittagessen und manche Schulen kaufen auch Frühstück dazu. Die Nachmittagsjause wird jedoch nicht von dieser Firma besorgt, sondern durch ein „fritidsham“, ein Freizeitzentrum. Für das Essen zu Mittag haben die Kinder ca. 20 Minuten Zeit. Die Speisesäle wurden erneuert, um die Essumgebung zu verbessern.

Die Finanzierung des Schulessens wird so berechnet, dass für jede Schülerin und jeden Schüler ein bestimmtes Budget errechnet wird, in dem auch das Schulessen beinhaltet ist. Die Gemeinde erhält das Budget vom Staat und verteilt es an die Schulen. Zwischen den Gemeinden existiert eine Art Solidarpakt mit Ausgleichszahlungen. Der Süden zahlt derzeit für den Norden mit, was ein heikles Thema in Schweden darstellt (SG2 850, 874): „So for instance we in Kungsholmen we, we get less money than a community with, many immigrants. Because they need more teachers and other resources for.“ (SG2 884-885, 897)

In jeder Schule wurde ein sogenannter Essensbeirat ("matråd") eingerichtet, in dem Eltern, SchülerInnen, VertreterInnen des Lieferunternehmens und Schulpersonal vertreten ist. Diese Essensbeiräte finden viermal im Jahr statt um gemeinsam zu planen und Feedback zu geben. Ökologische Belange werden über die

LieferantInnenbewertung behandelt (SG2 1403, 1424), es gibt aber scheinbar keine wirkliche Überprüfung dieser Vorgaben. (SG2 1440, 1444)

Probleme existieren auf finanzieller bzw. organisatorischer Ebene kaum, eher beim Geschmack der Kinder, was ihnen mundet und was nicht. Auch hier zeigt sich das Problem mit der Zunahme der übergewichtigen SchülerInnen. (SG2 1028-1029) Die meisten Schulen führen Projekte dazu durch (SG2 1033), aber auch zu Untergewicht und Drogenkonsum.

4.3.2 Gemeinde Karlstadt

Charakteristik der Gemeinde

Interviewt wurde eine Mitarbeiterin der Gemeinde Karlstadt, die für Schulessen zuständig ist¹⁹ Die Gemeinde hat 81.300 EinwohnerInnen mit ca. 3000 MigrantInnen und liegt in Südschweden.

Beschreibung wesentlicher Aspekte im Hinblick auf nachhaltige Ernährung

In dieser Gemeinde ist jeder Direktor/jede Direktorin für das Schulessen verantwortlich. Viele Gemeinden in Schweden haben ausgebildete ErnährungsberaterInnen, die alle öffentlichen Essensangelegenheiten organisieren und leiten. Das hat zur Folge, dass jede Gemeinde ihre eigenen Richtlinien festlegt. Daher schwankt auch der Anteil des Bio-Essens und die Berücksichtigung anderer ökologischer Aspekte von Schule zu Schule stark.

Die Gemeinde Karlstadt orientiert sich an den Gesetzen über die Schulernährung und an dem Schulplan, der den schulspezifischen Ernährungsrichtlinien zugrunde liegt. Die Gemeinde bemüht sich, die Verwendung von ökologischen Lebensmitteln laufend zu erhöhen. Das Essen wird nach den schwedischen Ernährungsempfehlungen zubereitet und serviert. Die ökologischen Lebensmittel werden im Rahmen des gegebenen Budgets finanziert, es existieren jedoch Probleme bei der Beschaffung. Die Schulen möchten zwar regionale Lebensmittel anschaffen, dies ist aber gegen den freien Wettbewerb der EU (Public Procurement Act), wo alle AnbieterInnen Zugang haben müssen.

Die Alltagspraxis wird laut Meinung der interviewten Person zu 50 % durch das Gesetz und zu 50 % durch das Engagement bestimmt. Jede Schule betreibt einen sogenannten Essensbeirat ("Matråd"), in dem die Angelegenheiten des Schulessens besprochen werden, sowie eine Großküche und einen Speisesaal. Ernährungsseitig konnte in den letzten Jahren der Gemüsekonsum der SchülerInnen erhöht werden. Ein Problem ist

¹⁹ Dieses Interview wurde aufgrund sprachlicher Probleme schriftlich durchgeführt und vom Schwedischen ins Deutsche übersetzt.

allerdings im Steigen begriffen: Aufgrund des Süßigkeitskonsums zu Hause steigt die Zahl der Übergewichtigen. (SG1 1028-1029) In diesem Bereich arbeiten daher bereits seit einigen Jahren Schulen, SchulbetreuerInnen und SchülerInnen in spezifischen Projekten zusammen.

Auch wenn die Organisation und die Finanzierung gut funktioniert, existiert doch das Problem, dass die SchülerInnen das Essen häufig nicht gut finden und lieber in die Cafeteria gehen (SG1 1645) und sich irgendetwas kaufen. (SG1 1649) Aus diesem Grund wird auch auf die Attraktivität der Speisesäle besonderer Wert gelegt, da dadurch die Kinder zum Essen motiviert werden sollen. Hier wären weitere Verbesserungen und Lösungen nötig, was allerdings eine Frage der Kosten ist. (SG1 1657) Derzeit betragen die Aufwendungen für das Mittagessen durch die Gemeinde ca. 1 – 1,5 Euro pro Kopf.

4.3.3 Fazit Gemeinden

Die schwedischen Gemeinden haben ein **Budget** für jedes Kind, mit dem die Kinderbetreuung inklusive dem Mittagessen bezahlt wird. Für einige Schulen reicht dieses Budget jedoch nicht wenn sie eine bestimmte Qualität anbieten wollen, es muss aus anderen Bereichen umgewidmet werden (siehe auch schwedische Schulfallbeispiele in Kapitel 4.1).

Ein wesentliches Instrument der **Mitbestimmung**, das von den Gemeinden gefördert wird, ist der Essensbeirat, der mehrmals im Jahr tagt. Er wird aus VertreterInnen von Elter, LehrerInnen und SchülerInnen, RektorIn und des Caterers zusammen gesetzt. In diesem Beirat werden Wünsche und Beschwerden diskutiert, der Caterer ist verpflichtet sie umzusetzen.

Gemeinden legen ihre eigenen Richtlinien bzgl. **Qualität** des Schulessens fest. Daher wäre es notwendig, eine einheitliche Qualitätsdefinition zu haben, wie dies auch im schwedischen Ernährungs-Aktionsplan vorgesehen ist (siehe Kapitel 3.4.2). Auch wird mit dem Anteil an Bio-Lebensmitteln unterschiedlich umgegangen.

Falls deutsche Gemeinden in Zukunft für Schulverpflegung zuständig sein sollten, wäre es wichtig die schwedischen Erfahrungen zu beachten.

5 Ansatzpunkte für Good Practice einer nachhaltigen Schulernährung in Österreich und Schweden

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Recherche der länderspezifischen Rahmenbedingungen und der untersuchten Fallbeispiele in Bezug zur deutschen Situation gesetzt und daraufhin untersucht, ob sie Good Practice darstellen.

Good Practice beschreibt den Umgang mit Problemlagen in der Schulernährung, die sich in Alltagspraxen, Strukturen und Rahmenbedingungen manifestieren. Dieser Umgang muss den Zielvorstellungen einer nachhaltigen Ernährung förderlich sein. Nachhaltige Schulernährung wird anhand der im Rahmen des Projekts Ernährungswende entwickelten Ziele nachhaltiger Ernährung als umweltverträglich, gesundheitsfördernd, alltagsadäquat und die soziokulturelle Vielfalt fördernd definiert.

Die hier vorgestellten Ansatzpunkte für Good Practice beziehen sich daher auf die im Rahmen des Gesamtprojekts zur Ernährungswende abgeleiteten Handlungsbedarfe, die in diesem Kapitel kurz vorgestellt werden.

Neben den hier dargestellten Ansatzpunkten für Good Practice werden auch wesentliche Hemmnisse angeführt, die sich in den analysierten Schulen, Netzwerken und Gemeinden als nachteilig erwiesen haben. Dieses Wissen kann als ebenso wesentlich erachtet werden, da es im Rahmen einer Ernährungswende in Deutschland eventuelle Misserfolge vermeiden helfen kann.

Handlungsbedarf: Übernahme von Ernährungsverantwortung

Im Zusammenhang mit der Enthäuslichung von Ernährung wird Ernährungsverantwortung zunehmend aus der Privatsphäre in den öffentlichen Raum verlagert. Eine Verantwortungsübernahme im öffentlichen Raum (z.B. Schule, Staat) steht bislang aus. Daraus folgt ein Defizit, das als ein wesentlicher Grund für die zunehmende Fehlernährung in Betracht gezogen werden muss.

Es besteht Handlungsbedarf hinsichtlich einer strukturellen gesellschaftlichen Diskussion wo, wie und zwischen wem Ernährungsverantwortung geteilt werden soll. Dies betrifft auch eine Neu-Verteilung der Verantwortung für die Haus- und Versorgungsarbeit und damit der Ernährungs- und Gesundheitsverantwortung zwischen den Geschlechtern.

Handlungsbedarf: Attraktive Ernährungsleitbilder

Es fehlen attraktive Ernährungsleitbilder, die typische Situationen der Alltagsgestaltung aufgreifen wie beispielsweise gesundheitsfördernde Ernährung im Arbeitsalltag, die Weitergabe von Ernährungskompetenzen zwischen den Generationen, die aber auch Konfliktsituationen bei der Organisation der alltäglichen Haus- und Versorgungsarbeit.

Die Entwicklung und Etablierung von Leitbildern ist notwendig, um gesellschaftliche Identifikation mit politisch gewollten Entwicklungen zu erreichen.

Handlungsbedarf: Wertschätzung von Ernährungskompetenz

Angesichts gestiegener Anforderungen durch wachsende Produktvielfalt und zunehmende Enthäuslichung der Ernährung ist die fehlende Kompetenzstärkung für den Ernährungsalltag als ein besonderes Hemmnis für eine Ernährungswende zu bewerten. So gehen etwa die Erfahrungen von SchülerInnen mit Nahrungszubereitung aus weitgehend unbehandelten Lebensmitteln und Kenntnis des Geschmacks zurück, während sie in zunehmendem Maße durch außer Haus Verzehr und Convenienceprodukte in ihrem Ernährungsverhalten sozialisiert werden.

Handlungsbedarf besteht zum einen bei der alltagsnahen Vermittlung ernährungsrelevanter Kompetenzen beispielsweise für die Zubereitung von Mahlzeiten aus frischen Produkten der Saison, aber auch für die Fähigkeit, die Kosten für Ernährung realistisch abzuschätzen.

Die Weitergabe von Ernährungskompetenzen zwischen den Generationen wird durch die zunehmende – politisch gewünschte - Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Wandel der traditionellen Geschlechterrollen erschwert, ohne dass beispielsweise geeignete schulische Angebote etabliert sind, die diese Aufgabe übernehmen könnten.

Vor allem unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen sind von mangelnder Ernährungskompetenz betroffen.

Handlungsbedarf: Entlastung der KonsumentInnen

KonsumentInnen sind angesichts gewachsener Integrationsansprüche im Alltag tendenziell überfordert. Handlungsansätze für eine nachhaltigere Ernährung dürfen daher den Wunsch nach Komplexitätsreduktion und Vereinfachung im Alltag nicht pauschal als Faulheit denunzieren, sondern müssen Strategien für eine Entlastung der KonsumentInnen beinhalten. Ein wichtiges Handlungsfeld ist der Bereich der Produktinformation.

Die Überforderung ist aber auch ein Resultat der Privatisierung der Ernährungsverantwortung und ihrer Zuschreibung an die KonsumentInnen und wird durch das Fehlen alltagsentlastender Settings, die eine gesundheitsfördernde und umweltverträgliche Ernährung in Schule oder Betrieb unterstützen, weiter verschärft.

Handlungsbedarf: Nachhaltige Ernährungsangebote und -strukturen

Vorhandene Ernährungsangebote weisen vielfach nur einzelne der für eine nachhaltige Ernährung erforderlichen Qualitäten auf. Was fehlt, ist die Bündelung von Qualitäten sowie Ansätze, die eine Integration von Produkten und Angeboten in den Alltag unterstützen (z.B. umweltverträgliches Fast-Food).

Ernährung war in Schulen bisher kaum Thema, es gab auch weder Räumlichkeiten noch Zeit und Geld dafür. Durch die Umstellung von Schulen auf Ganztagschulen sind die Schulen gefordert eine Mittagsverpflegung anzubieten, dadurch wird dieses Problem noch viel dringlicher.

Wichtige Ansatzpunkte sind die Gestaltung der Mahlzeiten, des räumlichen Ambientes und der gesundheitsfördernden Pausengestaltung, aber auch das Angebot an umweltverträglich produzierten Lebensmitteln für die Schulverpflegung.

Handlungsbedarf: Konstituierung eines Politikfelds Ernährung

Trotz des institutionellen und politischen Wandels in Deutschland muss das Politikfeld Ernährung nach wie vor als fragmentiert bezeichnet werden. Der Emanzipationsprozess des Politikfelds Ernährung muss also weiter gestärkt und ein klar umrissenes Politikfeld Ernährung (Strukturen, Institutionen, Budgets) geschaffen werden.

Handlungsbedarf: Vorsorgeorientierte Ernährungskommunikation

Obwohl Ernährungskommunikation allgegenwärtig ist und Orientierungsleistungen im Ernährungsbereich zunehmend komplexer und schwieriger werden, hat sie sich bislang nicht als Kommunikationssegment etablieren können. Weder ihre grundsätzliche Besonderheit und Kontur sind bislang systematisch beschrieben, noch verschiedene Spielarten abgegrenzt worden. Ernährungskommunikation braucht auch adäquate Ressourcen.

5.1 Good Practice für die Übernahme von Ernährungsverantwortung und für die Entlastung von KonsumentInnen

Verantwortungsteilung zwischen Staat und Frauen

In Österreich und in Deutschland liegt die Verantwortung für Ernährung großteils in den privaten Haushalten und dort bei den Frauen. Anders ist es in Schweden. Dort wird von staatlicher Seite Verantwortung für die Kinderbetreuung inklusive dem Mittagessen übernommen.

Ein Blick auf die politischen und kulturellen Rahmenbedingungen Schwedens zeigt, dass das Kernstück der schwedischen Gleichstellungspolitik das Leitbild der/des durch Erwerbstätigkeit finanziell unabhängigen Schwedin/Schweden ist. Auch die Familienpolitik ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Seit den 70er-Jahren werden daher berufstätige Eltern bei der Kinderbetreuung unterstützt. Diese Politik hat zu einem Quasi-Monopol des Staates in der Kinderbetreuung geführt.

Die öffentliche Kinderbetreuung wird in Schweden für Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren bereitgestellt, wodurch jedes Kind, unabhängig von seiner/ihrer Herkunft, dasselbe Recht auf Betreuung und schulische Erziehung hat.

Im schwedischen Schulgesetz ist festgelegt, dass jeder Schüler und jede Schülerin ein freies Essen (Finanzierung aus Steuergeldern) erhalten muss. (Skollagen 1997) Schulische Verpflegung wird bereits seit 1946 für Familien mit entsprechendem Bedarf angeboten. Zu Beginn wurde die Schulverpflegung zu 100 Prozent durch den Staat finanziert und reguliert. Im Laufe der Zeit verringerte sich der bundesstaatliche Anteil immer mehr und die Verantwortung für die Schulverpflegung verlagerte sich in Richtung Gemeinden. Seit den 70er-Jahren sind nun mehr die Gemeinden für die Bereitstellung des Schulessens verantwortlich.

Zwischen den einzelnen Gemeinden existieren im Hinblick auf Qualität, Kosten, Organisation und Zuständigkeiten Unterschiede, da die Gemeinden für diesen Zweck unterschiedlich hohe finanzielle Ressourcen bereitstellen. Im Jahr 2000 wurden durchschnittlich sechs Prozent des Gemeindebudgets für die Schulernährung verwendet.

5.2 Good Practice für nachhaltige Ernährungsangebote und -strukturen

Mitbestimmung als zentraler Wert für Strukturen

Die schwedische Bildungspolitik betrachtet demokratische Werte als fundamental verwoben mit organisationalen Strukturen und Ressourcen. Um dem bildungspolitischen Anspruch auf Erziehung zu demokratischen Werten gerecht werden zu können, sollen die Schulen selbst demokratisch organisiert sein. Die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Schulen liegt bei den Gemeinden und somit sind diese verpflichtet Ressourcen zur Verfügung zu stellen und Aktivitäten zu ermöglichen, die im Einklang mit den demokratischen grundlegenden Werte stehen.

Mitbestimmung in der Organisation des Schulessens wird von schwedischen Gemeinden vorgeschrieben. Im Rahmen der Anforderungsspezifikationen an Caterer, die das Schulessen kochen bzw. liefern, wurde definiert, dass auf Betreiben der Firma viermal im Jahr ein sogenannter Essenbeirat abgehalten werden muss. Dieser Essensbeirat wird besetzt aus VertreterInnen der Eltern, der SchülerInnen, der Schulangestellten, der Schuldirektion und des Caterers. Bei diesem Beirat werden eventuelle Probleme und der Bedarf an Veränderungen diskutiert. Die Firma ist verpflichtet, die auf dieser Versammlung beschlossenen Änderungen umzusetzen.

Auch in Österreichs Schulen gibt es alle zwei Monate sogenannte Speiseplansitzungen, die einem ähnlichen Anliegen wie in Schweden dienen.

Leistungsverzeichnisse als integrierte Instrumente für nachhaltige Schulernährung

Leistungsverzeichnisse für Caterer von Schulessen sind Instrumente, in denen die verschiedensten Anforderungen an Schulernährung aufgegriffen werden können. Lebensmittelauswahl und Gestaltung der Mahlzeiten können hier ebenso geregelt werden wie etwa ein Mindestprozentsatz an Öko-Lebensmitteln, verbindliche Qualitätskriterien, die Gestaltung der Speiseräume und die Anlieferung des Essens.

Die Festlegung eines Öko-Anteils in Leistungsverzeichnissen alleine reicht jedoch nicht aus. Schulessen wird in Österreich nicht wie in Schweden über die Gemeinden finanziert, daher können Schulen solche Öko-Beschlüsse manchmal aus finanziellen Gründen nicht erfüllen. Auch in Schweden ist es nicht immer möglich, mit dem vorgegebenen Budget pro Kind Öko-Lebensmittel zu kaufen. Es ist daher notwendig, dass nicht nur politische Beschlüsse vorgegeben werden sondern auch deren Umsetzung finanziell ermöglicht und ein entsprechendes Angebot von Caterern zur Verfügung gestellt wird.

Innerhalb der Leistungsverzeichnisse sollte Flexibilität gegeben sein, damit jede Schule die diversen Bedürfnisse ihrer SchülerInnen befriedigen kann. In Schweden beinhalten Leistungsverzeichnisse die Verpflichtung für die Caterer, Mitbestimmung von Gemeinden, Eltern und EssensgästInnen (SchülerInnen und LehrerInnen) in einem Essensbeirat zu ermöglichen. Die Vorteile einer solchen Mitbestimmungsmöglichkeit liegen auf der Hand. Erfahrungen aus Österreich zeigen etwa, dass Öko-Angebote von Caterern nicht angenommen werden, wenn diese nicht bereit sind auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern einzugehen, z.B. indem sie Menüs für islamische Kinder liefern.

Nachhaltigkeitsgütesiegel als Instrument für die Schulprofilbildung

Mit einem Nachhaltigkeitsgütesiegel können Schulen nach außen ein deutlich sichtbares Zeichen für Nachhaltigkeitsbewusstsein und –engagement setzen und sich damit profilieren. Zugleich etablieren sie nach innen Strukturen, in der die Beschäftigung mit Nachhaltigkeit einen dauerhaften Platz einnimmt.

Beispiele wie das österreichische Umweltzeichen für Schulen bieten bereits Ansatzpunkte, nicht nur Umweltthemen zu bearbeiten, sondern auch Gesundheitsförderung und Ernährung. Um dieses Gütesiegel zu erhalten, müssen die Schulen Kriterien erfüllen, unter anderem auch für Lebensmittel und Schulbuffet.

Ein Kriterienkatalog für ein Nachhaltigkeitsgütesiegel könnte noch viel weitergehende Kriterien beinhalten. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit der Netzwerke für Umweltbildung und für gesundheitsfördernde Schulen an. Kriterien sollten unter Partizipation von allen SchulakteurInnen und schulrelevanten PartnerInnen und NGOs erstellt werden.

Koppelung der Netzwerke aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung

Eine bessere Verbindung der Netzwerke aus Umweltbildung und Gesundheitsförderung wäre eine interessante Möglichkeit, um von den jeweils erworbenen Erfahrungen profitieren zu können, und um gemeinsame Qualitätskriterien festlegen zu können. Während die Netzwerke der Gesundheitsförderung stark auf Partizipation und Settingansatz Wert legen, können die Umweltbildungsnetzwerke den in der Gesundheitsförderung oft vernachlässigten Aspekt der Umweltverträglichkeit einbringen. So könnten z.B. gemeinsame Kriterien für die Förderung von Schulprojekten erstellt werden, oder ein wie oben bereits erwähntes gemeinsames Gütesiegel für nachhaltige Schulen entwickelt werden.

5.3 Good Practice für die Konstituierung eines Politikfelds Ernährung

Die schwedische Ernährungspolitik

Die schwedische Regierung genehmigte bereits 1995 einen Aktionsplan für Ernährung ("Schweden Nutrition Action Plan"), der von 1999 bis 2004 umgesetzt wurde. Im Zuge der Evaluierung der Effekte des Aktionsplans wurde eine Reihe von Defiziten festgestellt und in Forderungen für einen neuen Aktionsplan umgelegt (NFA 2005). Unter anderem ist die Forderung inkludiert, dass alle AkteurInnen, die von dem Aktionsplan betroffen sind, mitbestimmen können.

So wurden im März 2004 drei Hearings abgehalten, an denen VertreterInnen der Regierung, diverser Behörden und Organisationen, der Universitäten, Gemeinden, NGOs, des Gesundheitssektors, aus Schulen, Apotheken etc. teilnahmen. Es wurden 79 Vorschläge in den Bereichen lokale Umgebung, Schulen und Vorschulen, Gesundheits- und Medizinservices, professionelles Training und Kommunikation, Arbeitsplatz und Lebensmittelsektor als Basis für den zukünftigen Aktionsplan erarbeitet.

Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden prioritär gesetzt. Sie betreffen die Lehrpläne (auch für LehrerInnenbildung), die Vergabe von Geldmitteln, die Erstellung von Qualitätsindikatoren und Monitoringprogrammen, Vorschläge für gesetzliche Regelungen, aber auch außerschulische Ziele wie etwa das EU-weite Verbannen von Lebensmittelmittelwerbung für Kinder aus dem Fernsehen. Auch wird die Wichtigkeit einer gendersensiblen Vorgangsweise betont.

Da in Deutschland die fragmentierte Ernährungspolitik als Problem definiert wurde, könnte die Vorgangsweise für die Erstellung des schwedischen nationalen Aktionsplans, der übergreifend verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert, als Vorbild dienen. Die Einbindung aller relevanten AkteurInnen bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen politischen Konzepts zu ermöglichen hat sich als notwendig erwiesen, wie die Evaluation des ersten schwedischen Aktionsplans zeigte.

5.4 Ausblick

Die hier erarbeiteten Good Practice Beispiele fließen in die Erarbeitung der "Leitlinien für eine Ernährungswende in Schulen" ein. In diesen Leitlinien wird der Bezug zur deutschen Situation hergestellt.

Die Leitlinien werden im Juni 2005 fertiggestellt.

Abkürzungsverzeichnis

AK: Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte, Österreich

BMBWK: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Österreich

BMGS: vormals Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit, Österreich

BMLFUW: Bundesministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

FGÖ: Fonds Gesundes Österreich

FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs

GIVE: Servicestelle für Gesundheitsbildung im Österreichischen Jugendrotkreuz

KRAV: Schwedens Organisation zur Zertifizierung von Bio-Lebensmitteln

MA 56: Magistratsabteilung der Gemeinde Wien, die für Schulen zuständig ist

ÖNGS: Österreichisches Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen

ÖVP: Österreichische Volkspartei

Schulträger/erhalter: Schulträgerschaft umfasst das Errichten einer Schule, die Instandhaltung des Schulgebäudes, das Aufkommen für die Betriebskosten, das Anschaffen von Einrichtungen und Lehrmitteln, die Kosten für die SchulärztInnen sowie das Einstellen von erforderlichem Hilfspersonal (SchulwartIn, HeizerIn, etc.).

SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreichs

UZSB: Umweltzeichen für Schulen und Bildungseinrichtungen

WÖK: Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft

6 Literatur

- AK 2003/1: Nachmittagsbetreuungssituation der Eltern von SchulanfängerInnen in Oberösterreich, Oktober 2003, erstellt für die AK Oberösterreich
- AK 2003: Nachmittagsbetreuung in Wien. Ganztägige Schulformen und Horte. AK Wien und Stadt Wien (MA 11A, MA 56)
- AK 2004/1: Studie "Schulische Nachmittagsbetreuung für Kinder unter 14 Jahren. IFES, Dez. 2003. Veranstaltung vom 17.2.2004
- AK 2004/3: Pausensemmerl kommt Schüler teuer zu stehen, www.arbeiterkammer.at, zugegriffen am 24.3.2004
- AK 2004/4: So steht Österreich auf dem Weg zu mehr Beschäftigung. www.arbeiterkammer.at, zugegriffen am 7.7.2004
- AK 2004: AK: In Österreich fehlen 100.000 Schulplätze für Nachmittagsbetreuung. Presseausendung der Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte vom 17.2.2004
- AMS 2003: Geschäftsbericht des Arbeitsmarktservice Österreich
- Armutskonferenz 2004/2: Kinderarmut. Information aus www.armutskonferenz.at, zugegriffen am 28.4.2004
- Armutskonferenz 2004/3: Armut macht fremd. Information aus www.armutskonferenz.at, zugegriffen am 28.4.2004
- Armutskonferenz 2004: Frauenarmut in Österreich. Märchen und Wahrheit. Informationsblatt aus www.armutskonferenz.at, zugegriffen am 28.4.2004
- BGBI 428/1994: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst über die Beiträge für Schülerheime und ganztägige Schulformen. Ausgegeben am 8. Juni 1994
- BMBF 2003: Von Europa lernen. www.ganztagsschulen.org, zugegriffen am 7.5.2004
- BMBWK 1997/2: Richtlinie für Buffetbetriebe. Rundschreiben Nr. 53/1997
- BMLFUW 2001: Grüner Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2001
- BMLFUW 2002/1: Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2002, S.86
- BMLFUW 2002/2: Abteilung Öffentlichkeitsarbeit: Bilanz Landwirtschaft 2000-2002
- Der Standard 1.12.2003: Ganztagschulen ohne ideologische Scheuklappen. Artikel aus der Serie "Ganztagsschule"
- Der Standard 15.3.2003: Lehrer ganztags an die Schule
- Der Standard 25.5.2004: Tagesschulen rechnen sich.
- Der Standard 26.4.2002: Vorarlberg. Jugend: "Verwöhnt und überfordert."
- Der Standard 28.5.2002: Einkaufszentren. Sie kommen in Horden

- Der Standard 5.12.2003: Büffeln am Nachmittag. Artikel aus der Serie "Ganztagsschule"
- Der Standard 5.12.2003: Mehr soziale Integration. Artikel aus der Serie "Ganztagsschule"
- Der Standard 5.9.2003: Revolution im Wohlfahrtssystem: Neue Schulen und Spitäler privat
- diestandard.at 15.12.2003: Weiblich ist weniger wert. Interview mit der Entgelt-Expertin Edeltraud Ranftl
- diestandard.at 30.3.2004: Kindergeld hält Mutti im Heim. Zugegriffen am 28.4.2004
- Eberle, U. u.a. 2004: Umwelt-Ernährung-Gesundheit. Beschreibung der Dynamiken eines gesellschaftlichen Handlungsfeldes. Diskussionspapier Nr. 1 im Rahmen von Ernährungswende. Feb 2004
- Eberle, U. u.a. 2005: Nachhaltige Ernährung. Ziele, Problemlagen und Handlungsbedarf im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit. Diskussionspapier Nr. 8 im Rahmen von Ernährungswende. Feb. 2004
- Elmadfa, I. u.a. 2003: Österreichischer Ernährungsbericht 2003. Im Auftrag des BMGF
- EntschlieÙung Bgl. 2001: EntschlieÙung des burgenländischen Landtages am 07/06/01 betreffend Bio-Essen in öffentlichen Einrichtungen und Einkauf von Qualitätsprodukten aus kontrolliert biologischem Anbau
- EntschlieÙung NÖ 2001: EntschlieÙung des NÖ. Landtages bei der 36. Sitzung des Landtags am 21/11/01
- EntschlieÙungen Stmk 2002: EntschlieÙung Nr. 248 der 14. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode, Beschluss Nr. 249 der 14. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode, Beschluss Nr. 476 der 22. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages vom 05/02/02 Gesetzgebungsperiode, Beschluss Nr. 607 der 26. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode
- ES 2004: Interview mit der Direktorin einer Schule in Stockholm, vom 10.8.2004
- Frauenbildungsnetz Ostsee 2000: Dossier "Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming in Schweden". www.gem.or.at, zugegriffen am 24.11.2003
- GFG 1998: Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information (Gesundheitsförderungsgesetz) vom 20.1.1998
- HBLA: Interview mit der Wirtschaftsleiterin einer Höheren Landwirtschaftlichen Schule in Salzburg, vom 28.2.2003
- HBSC 2002: WHO-Weltjugendgesundheitsstudie, zitiert in Thomas und Ravens-Sieberer auf der 4. Schulgesundheitsstagung Mecklenburg-Vorpommern, 18.11.2004
- Hörander, E. keine Jahresangabe (k.J.): WÖK. Eine Wiener Institution. 1919 – 1994. Wiener Öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft m.b.H. Hrsg. Wigast Aktiengesellschaft
- HS: Interview mit dem Direktor einer Hauptschule in Niederösterreich, vom 18.2.2003

- HSG: Interview mit dem Direktor einer Hauptschule in Graz, vom 18.5.2004
- IFES 2003: Nachmittagsbetreuung in der Steiermark, Eltern von Schulkindern im Alter von 6 bis 13 Jahren, Oktober 2003; erstellt von IFES für die AK Steiermark
- Kirschner, R./Elkeles, T./Kirschner, W./Borgmeyer, S. 2002: Evaluation. Ergebnisbericht der Tätigkeit des Fonds Gesundes Österreich 1998 - 2001
- Kistler, E./Huber, A. 2002: Entlastet die demographische Entwicklung den Arbeitsmarkt nachhaltig? – Kein Licht am Ende des Tunnels, in: Demographischer Strukturbruch und Arbeitsmarktentwicklung, Probleme, Fragen, erst Antworten, SAMF-Jahrestagung; hrsg. von Mendius, H.G./Kistler, E., Stuttgart, S. 48-67
- Kromer, I. u.a. 2002: Wiener Jugendgesundheitsbericht 2002, Hrsg: Magistrat der Stadt Wien Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement. Adolf Holzhausen Nfg., Wien
- Kungsholmen 2004/1: Anforderungsspezifikationen. Information per Fax vom Juni 2004
- Kungsholmen 2004/2: Interview mit einem Mitarbeiter des Stockholmer Bezirks Kungsholmen, Abt. Kinder und Jugend, vom 17.6.2004
- Kungsholmen 2004: schriftliche Information eines Mitarbeiters des Stockholmer Bezirks Kungsholmen, Abt. Kinder und Jugend, vom 21.6.2004
- LSR 2003: mündliche Auskunft eines Vertreters des Landesschulrats Salzburg, vom 4.2.2003
- LSR Szbg 2003: mündliche Auskunft einer Mitarbeiterin des Landesschulrats Salzburg, vom 21.1.2003
- MA 56 und EV 2005: Informationsveranstaltung "Schulverpflegung Neu am 7.4.2005, Tagungsunterlagen der Interessensvertretung der Wiener Elternvereine und KlassenelternvertreterInnen (EV) und der Magistratsabteilung 56 der Stadt Wien
- MHS: Interview mit dem Direktor einer Hauptschule in Graz, vom 4.6.2004
- Mikkelsen u.a. 2002: Ekologiska livsmedel i offentliga Storhushall (Bio-Lebensmittel in öffentlichen Großküchen)
- NFA 2001: Riktlinjer för skolluncher. Livsmedelsverket och centrum för Tillämpad Näringslära/Hälsomålet
- NFA 2002: ExpertInneninterview mit einer Mitarbeiterin der National Food Administration (Livsmedelverket), vom 30.10.2002
- NFA 2005/2: A basis for an action plan concerning healthy eating habits and increased physical activity. February 23, 2004 auf www.slv.se (National Food Administration), Zugriff am 4.5.2005
- NFA 2005: Summary and proposed measures of the action plan for healthy dietary habits and increased physical activity. February 9, 2005 auf www.slv.se (National Food Administration), Zugriff am 4.5.2005
- ÖIF 2003: Familien in Zahlen, Ausgabe 2003, Tab. 23 (ÖIF = Österr. Institut für Familienforschung)

Ökolog 2004: Interview mit einem Vertreter des Netzwerks Ökolog vom 18.5.2004

Olsson, H. 2000: Social Security, Gender Equality and Economic Growth.

ÖNGS 2002: Interview mit einer Vertreterin des Österreichischen Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen ÖNGS, vom 7.8.2002

ÖNGS 2004: Interview mit einer Vertreterin des Österreichischen Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen ÖNGS, vom 10.5.2004

ÖNGS-K 2002: mündliche Auskunft der nationalen Koordinatorin des ÖNGS im BMBWK, vom 7.8.2002

ÖSTAT 2004/1: Statistisches Jahrbuch 2004

ÖSTAT 2004: Arbeitskräfteerhebung 2003

PflSchErh-GG 1996: Pflichtschulerhaltungs-Grundgesetz, BGBl. Nr. 771/1996

Schwedisches Institut 2002/1: Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Schwedisches Institut 2002/2: Die wirtschaftliche Lage der Haushalte

Schwedisches Institut 2002: Kinderbetreuung in Schweden

Schwedisches Institut 2003: Die Gleichstellung von Frauen und Männern

Schwedisches Institut 2004: Die schwedische Bevölkerung

SG1 2004: Interview mit einem Mitarbeiterin der Gemeinde Karlstadt, vom 17.6.2004

SG2 2004: Interview mit einem Mitarbeiter des Stockholmer Bezirks Kungsholmen, Abt. Kinder und Jugend, vom 17.6.2004

SHS1 2003: Interview mit der Küchenleiterin einer Schule in Karlstadt, vom 5.3.2003

Simshäuser, U. 2005: Diskussionspapier "Ernährung in Schulen", noch nicht veröffentlicht

Skollagen 1997: 4 Kapitel Grundskolan §4a, SFS 1997:1212: „Eleverna i grundskolan skall erbjudas kostnadsfria skolmaltider“

Skolverket 2004/1: Special education and special schools. Swedish National Agency for Education. www.skolverket.se, zugegriffen im April 2004

Skolverket 2004: Democracy and Fundamental Values. Swedish National Agency for Education. www.skolverket.se, zugegriffen im April 2004

SNW1 2002: Interview mit der Leiterin der School Food Friends, Lantbrukarnas Riksförbund (LRF; Verband der BäuerInnen)

SPÖ 2005: Wien europaweit borbildlich bei Bio-Essen an Schulen, Spitälern und Kindergärten. Presseaussendung des SPÖ Klubs vom 12.1.2005.

SS 2002: Interview mit dem Direktor einer Schule in Schweden, vom 24.9.2002

SSA 2004: mündliche Auskunft einer Mitarbeiterin des Stadtschulamtes Graz, vom 14.7.2004

StaBA (Hg.) 2002: Datenreport 2000, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Band 376, Bonn.

Statistics Sweden: www.ssd.scb.se, zugegriffen am 13.7.2004 und am 4.1.2005

Steinberger, L. 2004: Das Modell Schweden. In: Emma Nr. 1, Jan/Feb 2004: 46-50

SVS1 2003: Interview mit dem Direktor einer Schule in Schweden, vom 5.3.2003

TNS Emnid 2004, Ökobarometer März 2004, Umfrage im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums

USZB Richtlinie 2005: Österreichisches Umweltzeichen. Richtlinie USZB. Schulen und LehrerInnenbildungseinrichtungen. Ausgabe vom 1. Jänner 2005, <http://www.umweltzeichen.at/>

UZSB 2005: www.umweltbildung.at/cgi-bin/cms/af.pl?navid=52, zugegriffen am 29.3.2005

Veill, M. 2003: Kinderbetreuungs-Kulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland, in: *Politik und Zeitgeschichte* B44/2003

VS NÖ: Interview mit der Direktorin einer Volksschule in Niederösterreich, vom 28.2.2003

VSA: Interview mit der Direktorin einer Wiener Ganztagsvolksschule, vom 12.5.2004

VSZ: Interview mit dem Direktor einer Wiener Ganztagsvolksschule, vom 21.6.2004

VSW: Interview mit dem Direktor einer Wiener Ganztagsvolksschule, vom 15.6.2004

www.ganztagsschule.at: zugegriffen am 7.10.2003

www.land.salzburg.at/landesschulrat: zugegriffen am 14.7.2004

www.oekolog.at: zugegriffen am 16.7.2004

www.scb.se: zugegriffen am 13.7.2004

www.sverige.de 2004: Das Portal rund um Schweden. www.sverige.de, zugegriffen am 17.5.2004

www.sweden.se: Informationen über Schweden, Zugriff am 16.1.2005